Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 12 – 25. März 2006 UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

Vater Staat entdeckt seine Kinder

Familienförderung: Keine Almosen, sondern eine profitable Investition

Kostenlose Kindergartenplätze für alle, Rundumbetreuung in staatlicher Regie, etwas Draufsatteln beim Kindergeld, Steuervergünstigungen und Bonus bei Rente und Krankenkasse – was ist Deutschlands Familien in den letzten Wochen nicht alles versprochen worden! So ist es eben: Wenn Wahlen anstehen (oder drohen), wie in diesen Tagen in Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, zieht Vater Staat die Spendierhosen an. Mit großzügigen Geschenken soll der Bürger an die Urnen gelockt und zum Ankreuzen an der richtigen Stelle verlockt werden. Dies um so mehr, als die Wahlkämpfer der beiden großen Parteien sich diesmal sehr zurückhalten – schließlich ist der Gegner vor Ort zugleich Koalitionspartner auf höherer Ebene, das dämpft die Kampfeslust.

Und irgendwie paßt es ja auch zum Stil dieses Kuschel-Wahlkampfs der Großkoalitionäre, daß sie sich voller Inbrunst auf die sogenannten „weichen Themen" stürzen, wozu nach gängigem Sprachgebrauch „Familie und Kinder" zählen.

Vater Staat hat also seine Kinder entdeckt. Vor allem jene Kinder, die sein Volk leider nicht beziehungsweise in viel zu geringer Zahl hat. Als ob die dramatisch schrumpfenden Geburtenraten, die nun von Politikern jeglicher Couleur beschworen werden, etwas völlig Neues wären. So müssen sich unsere Politiker fragen lassen, warum sie eigentlich in den letzten 20, 30 Jahren jene warnenden Stimmen überhört haben, die schon damals die gefährliche demographische Entwicklung sehr konkret und sehr genau vorausgesagt haben. Stellvertretend für alle sei hier die Publizistin und Psychotherapeutin Christa Meves genannt.

Davon will Vater Staat heute natürlich nichts wissen. Er gefällt sich lieber darin, die Wohltaten gebührend herauszustellen, die er wählerwirksam und zum Wohle der eigenen Partei in Aussicht stellt. Worauf aber vorsichtshalber nicht hingewiesen wird: Bei allem, was die Politiker in diesen Tagen den Familien versprechen (und größtenteils hinterher doch nicht halten), handelt es sich nicht um großherzige Almosen, sondern um profitable Langzeit-Investitionen, mit Renditen, die manch ausgefuchsten Anlageberater vor Neid erblassen lassen.

Das Münchner ifo-Institut, geleitet von Prof. Hans-Werner Sinn, hat im vergangenen Jahr im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung untersucht, welche Ausgaben und Einnahmen dem Staat während des gesamten durchschnittlichen Lebenszyklus eines Menschen entstehen. Die Forscher kommen zu erstaunlichen Ergebnissen: Der Staat bleibt deutlich im Plus.

Auf der Ausgabenseite schlagen vor allem die Kosten für Kinderbetreuung, Bildung und Ausbildung zu Buche: mit 136 000 Euro im Schnitt. Der Ausfall an Steuern und Beiträgen durch familienspezifische „Privilegien" wird mit 120 000 Euro beziffert. Gezielte familienpolitische Maßnahmen, also direkte Zuwendungen an die Eltern von Kindern, kosten 65 000 Euro. Hinzu kommen 104 000 Euro für sonstige staatliche Leistungen, die ein Kind über den gesamten Lebenszyklus erhält. In der Summe beläuft sich das auf 405 000 Euro staatlicher Ausgaben pro Kind. Als Basis dieses Rechenmodells diente ein im Jahr 2000 geborenes Kind mit den für diesen Jahrgang typischen demographischen Daten (statistische Lebenserwartung, Ausbildung, Eintritt ins Berufsleben, Einkommen, Renteneintritt usw.).

Auf der Habenseite von Vater Staat stehen Einnahmen aus Verbrauchssteuern (126 000 Euro) und Einkommenssteuer (102 000) sowie Einzahlungen in die Rentenversicherung (139 000 Euro) und die Krankenkassen (70 000 Euro). Zusammen mit einer Reihe weiterer kleinerer Einzelposten errechnet sich daraus unterm Strich ein Überschuß von 77 000 Euro. Das ist immerhin eine Netto-Rendite von knapp über 19 Prozent. Im Klartext: Familienpolitik ist für den Staat ein gutes Geschäft.

Darüber sollte aber eines nicht vergessen werden: Es wirft kein gutes Licht auf den geistigen Zustand unserer Gesellschaft, wenn über Familie und Kinder immer nur unter finanziellen Aspekten diskutiert wird. So wichtig die materiellen Dinge auch sind – einer Kulturnation stünde es gut an, wenn seine Bürger und seine Politiker ein Kind, welches das Licht dieser Welt erblickt, nicht in erster Linie als Kosten- oder Einnahmenfaktor sehen würden – sondern als Mensch und (laut 1. Mose, 27) Ebenbild Gottes. *H.J.M.*


Foto: Caro

Vater Staat und seine Kinder: Vor den Wahlen entdeckt, nach den Wahlen wieder vergessen?

HANS-JÜRGEN MAHLITZ:

Rufmord als Geschäft

Nun hat es also einen prominenten Fußball-Nationalspieler erwischt, und das knapp drei Monate vor der Weltmeisterschaft im eigenen Lande: Ohne Beweise, nur aufgrund ominöser, vielleicht anonymer „Hinweise" (also Gerüchte) verbreitet ein Münchner Boulevardblatt, ein junger Stürmer sei in schmutzige Wettgeschäfte verwickelt. Spieler, Verein und Ermittlungsbehörden weisen den haltlosen Verdacht zurück, das Blatt muß widerrufen – und bestätigt damit, wie tief es selbst in schmutzige Geschäfte verwickelt ist.

Es ist das Geschäft mit dem Rufmord, von dem solche Presseorgane leben, die man durchaus auch als „Drecksblätter" kennzeichnen könnte. Aus blanker Profitgier setzen sie Anschuldigungen in die Welt, liefern fragwürdige „Beweise", stellen Verdächtige als bereits Überführte und Verurteilte öffentlich an den Pranger. Sie maßen sich an, Ermittler, Richter und Henker in einer Person zu sein. Sie nennen sich selbst – ganz bescheiden – die „Vierte Gewalt", obwohl eine solche in keiner demokratischen Verfassung vorgesehen ist. In Wirklichkeit aber sehen sie sich als „Erste Gewalt", die über allen anderen steht.

Wagt man es, sie zu kritisieren oder gar kontrollieren zu wollen, sehen sie die Pressefreiheit in Gefahr. Aber was ist das für ein Verständnis von Freiheit? Haben sie, die doch alles besser wissen wollen, noch nie davon gehört, daß Freiheit an Verantwortung gebunden ist – und an einen Rechtsrahmen, der auch noch andere Güter kennt als das „Recht", andere Menschen rücksichtslos „in die Pfanne zu hauen", „fertig zu machen" oder wie immer die flotten Sprüche lauten, mit denen solche Typen sich ihrer „Erfolge" (also „Abschüsse") brüsten.

Natürlich wissen sie genau, wo die Grenzen der veröffentlichten Meinung liegen. Aber sie wollen ganz bewußt davon nichts wissen, wenn es um den eigenen Profit geht, um den gewinnbringenden Vorsprung vor der Konkurrenz, um die auflagenträchtige Schlagzeile, die dann auch schon mal zur Totschlag-Zeile geraten darf. Rufmord – ein äußerst einträgliches Geschäft. Und dazu noch eins, das kaum Risiken birgt. Ehrenschutz wird vor deutschen Gerichten nur noch selten gewährt, und wenn ja, dann lassen sich Gegendarstellungen geschickt verstecken. Für den schlimmsten Fall sind zudem ein paar tausend Euro im Redaktionsetat eingeplant, für Schadensersatz, Schmerzensgeld und Anwaltskosten; der Gewinn, den eine aggressive, verlogene Schlagzeile einbringt, ist in aller Regel eh deutlich höher.

Doch vielleicht haben die Münchner Boulevardschreiber jetzt den Bogen überspannt. Diesmal haben sie sich nicht mit einem „Normalbürger" angelegt, der sich kaum wehren kann. Diesmal hat ihr Rufmordopfer einen stinkreichen Profi-Verein hinter sich, der wild entschlossen ist, ein Exempel zu statuieren. Diesmal soll es richtig weh tut, sollen die Täter ein Vielfaches von dem aufgebrummt bekommen, was sie zuvor durch dreiste Lügen eingenommen haben.

Das ist gut so, aber ob es reicht? Die meisten Opfer können sich weder die teuersten Anwälte noch den langwierigen und risikoreichen Weg durch die Instanzen leisten, vor allem, wenn der Rufmord dazu dient, eine links-ideologische „political correctness" durchzusetzen. Hier werden, so ist leider zu befürchten, die Betroffenen auch künftig auf verlorenem Posten stehen.

Es lohnt sich, an dieser Stelle einen Blick in die preußische Geschichte zu werfen. Im alten, heute oft zu Unrecht geschmähten Preußen war die Pressefreiheit klar geregelt. Ihre Freiräume waren ebenso sauber definiert wie ihre Grenzen und ihre Einbindung in Verantwortung und Gemeinwohl. Und ohne dies über Gebühr idealisieren zu wollen, kann man doch festhalten: Was wir unter dem Deckmantel einer grenzenlosen Meinungsfreiheit im heutigen Deutschland an Lügen, Verunglimpfungen und Geschmacklosigkeiten erleben, wäre damals in Preußen nicht möglich gewesen – felix Prussia!

Vom legendären Franz Josef Strauß stammt der Ausspruch, die Bayern seien „Deutschlands letzte Preußen". Das könnten sie jetzt unter Beweis stellen, indem sie, ganz preußisch, dem Mißbrauch der Freiheit wenigstens in diesem einen Fall einen Riegel vorschieben. Gerade weil es hier „nur" um Fußball geht, könnte dies eine heilsame Signalwirkung haben.

BdV-Wahl: Klarer Vertrauensbeweis

Präsidentin Erika Steinbach und alle Vizepräsidenten in ihren Ämtern bestätigt

Mit klaren Mehrheiten hat die Bundesversammlung des Bundes der Vertriebenen Ende letzter Woche in Berlin BdV-Präsidentin Erika Steinbach und ihre sechs Vizepräsidenten in ihren Ämtern bestätigt.

Ein herausragendes Ergebnis erzielte der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), Wilhelm v. Gottberg, für den 71 von 77 Stimmberechtigten votierten, deutlich mehr als für den Nächstplazierten. Beobachter sprachen von einem überzeugenden Vertrauensbeweis. Frau Steinbach, die sich auch als CDU-Bundestagsabgeordnete intensiv für die Belange der Flüchtlinge und Vertriebenen einsetzt, wurde mit über 80 Prozent wiedergewählt.

Ferner wurden als Vizepräsidenten bestätigt: Hans-Günther Parplies, Helmut Sauer, Matthias Sehling, Albrecht Schläger und Adolf Fetsch. Zu weiteren Präsidialmitgliedern wurden gewählt: Oliver Dix, Alfred Herold, Christian Knauer, Jakob Laub, Klaus Moerler und Dr. Wolfgang Thüne, Stellvertretender Sprecher der LO, der neu in das BdV-Präsidium kam. Die Präsidentin des Frauenverbandes im BdV, Sibylle Dreher, und der Präsident des Bauernverbandes der Vertriebenen, Christian Walter, gehören dem Präsidium kraft Amtes an. Insgesamt signalisierte der Ablauf der Bundesversammlung in hohem Maße personelle und inhaltliche Kontinuität. *EB*



Foto: BdV

Das neue BdV-Präsidium (v. l.): Alfred Herold, Klaus Moerler, Adolf Fetsch, Albrecht Schläger, Christian Knauer, Erika Steinbach, Jakob Laub, Oliver Dix, Helmut Sauer, Wilhelm v. Gottberg, Sibylle Dreher, Hans-Günther Parplies, Dr. Wolfgang Thüne, Christian Walter, Matthias Sehling

Solidarisch

Deutsche Vertriebene an der Seite der Armenier

Aus aktuellem Anlaß hat die Bundesversammlung des BdV auf ihrer Tagung in Berlin (s. Bericht auf dieser Seite) gegen einen Aufmarsch türkischer Nationalisten in der deutschen Bundeshauptstadt protestiert. Reaktionäre türkische Kräfte, so heißt es in einer BdV-Resolution, hätten damit „ein verheerendes Signal für Menschenrechtsverletzungen und die Leugnung von Vertreibungen und Völkermord" gesetzt.

„Mit der Erfahrung des eigenen Leides" stellte die BdV-Versammlung sich „solidarisch auf die Seite der Opfer jeder Vertreibung, jeder Flucht und jedes Völkermords", in diesem Falle insbesondere der Armenier, deren Vertreibung und massenhafte Ermordung im Jahre 1915 von türkischen Nationalisten noch heute geleugnet wird.

Ähnlich kritisch äußerte sich auch der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Flüchtlinge und Aussiedler der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Jochen-Konrad Fromme. Die türkischen Demonstrationen gegen den Deutschen Bundestag, der – wie auch andere europäische Parlamente – kürzlich aus Anlaß des 90. Jahrestages an den Genozid an den Armeniern erinnert hatte, und die damit verbundene Verunglimpfung der Opfer „werfen ein schlechtes Licht auf die Bereitschaft der Türkei, sich mit der eigenen Geschichte auseinanderzusetzen" (S. auch Seite 3). *M.S.*

Kontakt: 040/414008-0

Redaktion: -32
Anzeigen: -41
Abo-Service: -42
www.preussische-allgemeine.de

Diese Ausgabe enthält eine Beilage des Atlas-Verlages.

Die Schulden-Uhr:
Pensionslast wächst

Auf die öffentlichen Haushalte kommt in den kommenden Jahren eine Pensionslawine zu, die einen großen Teil der Steuereinnahmen aufzehren wird. So steigen die Versorgungsausgaben von Bund und Ländern bis zum Jahr 2050 voraussichtlich auf über 90 Milliarden Euro. Das ist 3,7 mal mehr als die heutigen Zahlungen. Eine Reform der Pensionen ist also dringend erforderlich.

1.491.838.361.288 €

(eine Billion vierhunderteinundneunzig Milliarden achthundertachtunddreißig Millionen dreihunderteinundsechzigtausend und zweihundertachtundachtzig)

Vorwoche: 1.490.564.186.367 €
Verschuldung pro Kopf: 18.083 €
Vorwoche: 18.052 €

(Stand: Dienstag, 21. März 2006, 12 Uhr. Zahlen: www.steuerzahler.de)

Über die eigene Grenze

Wehrbeauftragter belegt: Leistungsfähigkeit überschritten

Von H-J. von Leesen

Letztes Jahr wurde die Bundeswehr 50 Jahre alt. Der soeben vorgelegte Bericht des Wehrbeauftragten über das vergangene Jahr bietet wieder einen Blick ins Innere der „Armee in der Demokratie“, die, wie in den Einleitungszeilen formuliert, „den Frieden und die Freiheit der Bundesrepublik Deutschland und ihrer Bürgerinnen und Bürger“ gesichert habe. Das ist nun nicht wörtlich zu nehmen, denn von Jahr zu Jahr mehr müssen sich unsere Soldatinnen und Soldaten um alle möglichen Konflikte und Krisen in aller Welt kümmern – vom Kosovo und von Bosnien bis in den Sudan, von Afghanistan bis zum Horn von Afrika, ohne dabei ihre Mission als Militärbeobachter in Äthiopien, Eritrea und Georgien zu vernachlässigen.

Der neue Wehrbeauftragte Reinhold Robbe (51, nie Soldat gewesen) wiederholt das, was schon sein Vorgänger festgestellt hat: Angesichts der aus finanziellen Gründen weiter reduzierten Anzahl der Soldaten und der schrumpfenden finanziellen Mittel stößt die Bundeswehr „immer deutlicher an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit“. Vor allem beim Sanitätswesen, bei der Operativen Information, bei Heeresfliegern, Feldjägern, Fernmeldern und Pionieren fehlt es an Soldaten. Weil zu viele, die eigentlich in der Heimat die hier noch stationierten Reste ausbilden sollen, sich rund um den Globus betätigen, fehlen sie ihren Stammeinheiten. Und das wirkt sich auf deren Qualität aus. So mußten Bundeswehrkrankenhäuser Operationssäle schließen, weil sich die dafür vorgesehenen Ärzte in Auslandseinsätzen befanden.

Aber auch mit der Ausrüstung der Bundeswehr steht es nicht zum besten. Bei den laufenden Einsätzen „fehlt es beispielsweise an gepanzerten Fahrzeugen, Unterbringungsmöglichkeiten und modularen Sanitätseinheiten“. Zwar ist die Einsatzdauer der Soldaten theoretisch auf vier Monate herabgesetzt worden (tatsächlich aber müssen die Soldaten jeweils fünf Monate im Ausland zubringen), doch dafür verringert sich der Abstand zwischen den Einsätzen. Das belastet auch erheblich die in der Heimat zurückgebliebenen Familien.

Die Soldaten registrieren, daß der Staat der Bundeswehr immer neue Aufgaben im Ausland stellt, die dafür notwendige Ausrüstung aber nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stellt, weil das Geld fehlt. „Immer mehr Leistung für immer weniger Geld“, laute ihr bitteres Fazit, schreibt Robbe. Das hat offenbar bei den Soldaten und Soldatinnen das Vertrauen in ihren Dienstherren spürbar in Mitleidenschaft gezogen, denn Robbe mahnt an, daß die politisch Verantwortlichen endlich umdenken sollen. Es besteht immer noch ein Unterschied in der Besoldung, Bundeswehrsoldaten aus Mitteldeutschland erhalten weniger Sold als die übrigen – ein Unding bei der so vollmundig gepriesenen „Armee der Einheit“.

„Immer mehr Leistung für immer weniger Geld“: Bundeswehrsoldaten auf Patrouille in Kundus Foto: pa

Auch breitet sich Enttäuschung aus über das abnehmende Interesse in Politik und Gesellschaft an den Belangen der Bundeswehr. Wie stiefmütterlich die bundesdeutsche Öffentlichkeit mit ihren Soldaten umgeht, wird deutlich, wenn man liest, wie in den USA zwar die Mehrheit der Amerikaner jetzt gegen den Irak-Krieg eingestellt ist, daß aber trotzdem die US-Gesellschaft ihren Soldaten in Solidarität verbunden ist.

Wie anders ist es in der BRD! Wann erfährt man schon einmal etwas über die wirklichen Verhältnisse in den Einsatzgebieten unserer Soldaten? Eigentlich müßte in jeder Woche das öffentlich-rechtliche Fernsehen im Anschluß an die Hauptnachrichten zehn Minuten lang aus den Einsatzräumen berichten, aber man stelle sich das Hohngelächter vor, wenn dergleichen von den Intendanten verlangt würde. In allzu vielen deutschen Medien herrscht noch die Verteufelung deutscher Soldaten durch die 68er und ihre Zöglinge. So mahnt Robbe denn an, die deutschen Soldaten und Soldatinnen nicht allein zu lassen, und das mit Recht, auch wenn man die Sicherheitspolitik wegen ihrer perspektivlosen Interventionen mit guten Gründen kritisieren kann.

An den Wehrbeauftragten wenden sich Soldaten, wenn sie glauben, Grund zu haben, sich zu beschweren. Und diese Beschwerden sind häufig genug berechtigt, wie der Bericht zeigt. Bestürzend ist die offenbar häufig geübte Kritik an dem Führungsverhalten vieler Vorgesetzter. Sie sollen in Haltung und Pflichterfüllung ein Beispiel geben, wie das Soldatengesetz formuliert. Dagegen wird „in vielfältiger Weise verstoßen“. Robbe fährt fort: „Es handelt sich hier keineswegs um Einzelfälle.“ Beispiele machen deutlich, daß die Mahnung angebracht ist. „Die Tatsache, Vorgesetzter zu sein, berechtigt nicht zu selbstgefälligem oder überheblichem Auftreten.“

Offenbar ist Alkohol immer noch ein Problem in der Bundeswehr. „Saufen“ beeinträchtigt das Erscheinungsbild unserer Soldaten seit langem. Der Bericht enthält Fälle, in denen Körperverletzungen, Mißhandlungen und allgemein unangemessenes Verhalten auf die „enthemmende Wirkung des Alkohols“ zurückgeführt werden.

Natürlich muß auch wieder der Rechtsextremismus herangezogen werden, doch lassen die angeführten Beispiele (Hakenkreuze an Wänden von Klos, die allgemein zugänglich sind) den Verdacht aufkommen, daß es entweder um alberne oder um Vorfälle geht, die zwar kriminell, aber wohl kaum politisch einzuordnen sind, so etwa wenn als „latent Ausländerfeindlichkeit“ gewertet wird, daß ein Oberfeldwebel zusammen mit einem Bekannten sich außerhalb des Dienstes in einer Kneipe mit zwei Kenianern geprügelt hat. Immerhin werden 147 „Besondere Vorkommnisse“ mit Verdacht auf Rechtsextremismus aufgeführt, meistens „Propagandadelikte“ wie in den Verfassungsschutzberichten.

Im nächsten Absatz erfährt man, daß es sechsmal so viele Fälle des Mißbrauchs von Betäubungsmitteln in der Bundeswehr gab. Der Bericht darüber ist nur halb so lang wie der über Rechtsextremismus.

Frauen bilden inzwischen 6,2 Prozent der Zeit- und Berufssoldaten, pro Jahr dienen durchschnittlich 11500 Soldatinnen in der Bundeswehr. Schwerwiegende Probleme sollen dadurch nicht entstanden sein, doch gibt es offenbar Verärgerung bei männlichen Kameraden, weil Frauen bei Auswahlentscheidungen zum beruflichen Aufstieg bei gleicher Qualifikation bevorzugt zu berücksichtigen sind, wenn Frauen unterrepräsentiert sind. Diese Quotenregelung stößt auf Kritik, man sieht darin eine Benachteiligung der Männer.

Eher amüsiert liest man, daß ein Erlaß, der ausschließlich Soldaten verpflichtet, kurze Haare zu tragen, Verärgerung hervorruft. Soldatinnen dürfen nämlich ihr Haar lang tragen, worin die Männer eine Benachteiligung erblicken. Die Verärgerung schlägt um in Verwirrung, weil Truppendienstgerichte in Süd und Nord gegensätzliche Beschlüsse zu diesem Problem getroffen haben.

Einen betrüblichen Eindruck nicht nur für die Bundeswehr vermittelt ein Bericht über den Gesundheitszustand junger Männer bei der Musterung. 2005 mußten mehr als 30 Prozent als „nicht wehrdienstfähig“ eingestuft werden; hinzu kommen weitere 8,6 Prozent, die nach Antritt ihres Wehrdienstes ausgemustert wurden wegen gesundheitlicher Probleme. Hauptursache für den schlechten Gesundheitszustand sind. Bewegungsmangel, aber auch psychische Schwierigkeiten,. Drogen- und Medikamentenkonsum.

Ungelöst ist das Problem des Gammelns, das alle Soldaten seit Jahrzehnten beklagen. Ein Rekrut wandte sich an den Wehrbeauftragten, weil er zusammen mit drei Kameraden vor Aufgaben gestellt wurde, die gerade mal für eine Person ausreichten. Die übrigen schlugen die Zeit tot. „Ich bin schließlich nicht dreizehn Jahre zur Schule gegangen, um nur sinnlos herumzusitzen.“ Der Wehrbeauftragte fordert die Vorgesetzten auf, den Grundwehrdienst „mit einer gewissen Sinnhaftigkeit zu verbinden.“ Ob's hilft?

Am Rande wird ein Vorfall erwähnt, der noch erhebliche Folgen haben könnte. Ein Stabsoffizier hatte den Befehl bekommen, an Planungen für den Luftkrieg der Nato gegen Jugoslawien teilzunehmen. Dieser Krieg war ein völkerrechtswidriger Angriffskrieg, weil er ohne Genehmigung des Sicherheitsrates der Uno geführt wurde. Unter Hinweis darauf, daß die Vorbereitung eines Angriffskrieges laut Artikel 26 des Grundgesetzes verboten ist, verweigerte der Stabsoffizier den Befehl. Daraufhin sollte er wegen Gehorsamsverweigerung belangt werden, doch entschied das Bundesverwaltungsgericht unter Hinweis auf die Gewissensfreiheit (Art. 4 Abs. 1 GG), daß er freizusprechen sei und bestätigte damit, daß in der Tat die Bundeswehr an einem Angriffskrieg beteiligt war.

Der Wehrbeauftragte meint, daß „Fragen nach der Tragweite des Urteils über den Einzelfall hinaus“ noch offen seien. Angesichts dieses Konfliktes zwischen Befehl und Gehorsamspflicht auf der einen und Gewissensfreiheit auf der anderen Seite müßten sich nach Robbes Ansicht Bundeswehr und Ministerium nach den Grundlagen des militärischen Dienstes offensiv stellen, wenn das Vertrauen der Soldaten in die Rechtmäßigkeit ihres Tuns nicht Schaden nehmen soll.

Wohin mit dem Müll?

SPD will das nukleare Endlager »Schacht Konrad« weiter verzögern

Wohin mit dem Müll? – das fragen sich nicht nur streikgeplagte Bürger in diesen Wochen, sondern Deutschlands Energie- und Umweltpolitiker seit nunmehr einem Vierteljahrhundert. Es scheint, als sei die Frage beantwortet, was den Atommüll betrifft: ins Endlager „Schacht Konrad“ bei Salzgitter soll er. So beschloß es das Oberverwaltungsgericht Lüneburg und beendete damit die seit 1982 andauernde Planungs-, Demonstrations- und Prozeßphase.

Ob in der ehemaligen Eisenerzmine tatsächlich schwach- und mittelaktive Abfälle aus Kernkraftwerken und nuklearmedizinischen Kliniken endgelagert werden können, ist aber noch immer nicht ganz sicher. Zwar ließ das Gericht keine Revision zu, genau gegen diese Nichtzulassung aber legten die Kläger Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht ein. Die Prozeßhanselei könnte also in eine weitere Runde gehen.

Das Erzbergwerk Konrad war in den 50er Jahren aufgelassen, 1976 aber mangels Rentabilität wieder stillgelegt worden. 1982 leitete die Bundesregierung – noch unter dem Sozialdemokraten Helmut Schmidt – ein Planfeststellungsverfahren für ein Atommüll-Endlager ein. 1987 kaufte der Bund die Schachtanlage für rund 80 Millionen Mark.

Im Jahr 2002 stimmte die niedersächsische Landesregierung – noch unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel – dem Planfeststellungsbescheid zu und genehmigte damit das Endlager. Derselbe Gabriel, inzwischen nach seinem Scheitern auf Landesebene ins Bundeskabinett aufgerückt, übt sich nun in Hinhaltetaktik: Er wolle zunächst abwarten, ob doch noch eine Revision gegen das Lüneburger Urteil zugelassen werde. Dabei beruft er sich ebenso auf den Koalitionsvertrag wie Bundeswirtschaftsminister Michael Glos (CSU), der eine zügige Umrüstung des Schachtes fordert; dies sei schon angesichts der bisherigen Investitionen von 800 Millionen Euro geboten.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jochen-Konrad Fromme (Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel) beziffert den Schaden durch die langjährige rot-grüne Verzögerungstaktik sogar auf insgesamt rund fünf Milliarden Euro und verlangt, die für die gesamte Region „schädliche Negativdiskussion“ zu beenden und die Fertigstellung des Endlagers zügig voranzutreiben. *H. J. M.*



Bisher hatte der Stammtisch im Deutschen Haus angenommen, die Unsitte der Sprachzerstörung in Deutschland sei die Masche durchgeknallter Werbefritzen, die mit Anglizismen Modernität und Weltläufigkeit vortäuschen wollen.

Nun wurde der Stammtisch vom Kölner Regierungspräsidenten Hans Peter Lindlar und den Zeitungsverlegern in Nordrhein-Westfalen eines Schlimmeren belehrt: Mit dem albernen anglizistischen Sprachmix „Zeitung 4 you“ und im Bunde mit dem Ministerium für „Schule und Weiterbildung“ (!) des größten deutschen Bundeslandes sollen bis zu 55000 Hauptschüler des Landes mit Tageszeitungen beliefert werden, um ihnen das Lesen von Zeitungen beizubringen. So sollen „Lesemotivation“ und „Lesekompetenz“ (und Auflagezahlen) gesteigert werden. Wer täglich in die Tageszeitung schaue, erweitere seinen Horizont und stärke sein Allgemeinwissen, meinte der Herr Regierungspräsident. Das sei ein „guter Start ins Berufsleben“, und da soll ja nach Auffassung anderer Politfunktionäre sowieso „Englisch die Arbeitssprache“ der Zukunft werden.

Der Stammtisch meinte: „Shame 4 you“ sei die passende Antwort auf spinnerte Beamte und Zeitungsverleger, die mit der deutschen Sprache Schindluder treiben, der Jugend schlechte Beispiele geben und offensichtlich auf pseudoenglischen Sprachenmix stehen.

Euer Michel

Türken rechtfertigen Völkermord

Demonstranten in Berlin behaupten: Armenier-Genozid war normale Kriegshandlung



„Nimm Deine Fahne, komm nach Berlin“: 2000 Türken demonstrierten ihr Geschichtsbild in der deutschen Hauptstadt

Foto: HF

Von Harald Fourier

Am 15. März 1921 war der Frühling in der deutschen Hauptstadt längst angebrochen. Mehmet Talat Pascha, der frühere türkische Innenminister, ahnt nichts, als er auf der Hardenbergstraße zum Steinplatz gelangt. Pascha war seit dem Ende des Ersten Weltkriegs untergetaucht. Im Gewühl der Millionenmetropole fühlt er sich sicher.

Was der frühere Großwesir nicht weiß: Der Armenier Soghomon Tehlirian hat ihn längst ausfindig gemacht. Er folgt dem Türken. In einem günstigen Moment zieht er seine Pistole. Ein Schuß fällt.

Die tödliche Kugel trifft den Türken. Der Armenier hat blutige Rache genommen: Seine Familie war beim Völkermord an den Armeniern wenige Jahre zuvor ums Leben gekommen. Eine Million Menschen sollen die Türken getötet haben.

Talat Pascha gilt als einer der Drahtzieher des Genozids. Heute befindet sich an der Stelle, an der er ums Leben kam, die Mensa Nord der Technischen Universität. Knapp 2000 Türken kamen dort vergangenen Sonnabend zusammen, um an den Mord an Talat Pascha zu erinnern. Sie legen eine Schweigeminute ein und singen dann ihre Nationalhymne.

Mitten unter ihnen steht Dogu Perinçek. Seine Anhänger haben ihm ein Pappschild ans Revers geklebt, auf dem eine Schleife abgedruckt ist. Sie erinnert an den toten Türken, nicht an die Million toter Armenier.

Groß war im Vorfeld das Interesse der deutschen Öffentlichkeit an der Türkendemo. In nationalistischen Kreisen hatten Perinçeks Anhänger lauthals getrommelt. „Nimm deine Fahne, komm nach Berlin“ lautete die Parole, mit der Türken aus ganz Mitteleuropa zusammengerufen wurden.

Bis zuletzt hatte es vor Gerichten Streit wegen des Aufmarschs gegeben. Die Armenier wollten die Leugnung des Genozids verhindern. Die Polizei rückte schließlich mit einem Großaufgebot an. „Wir werden die Veranstaltung sofort unterbinden, wenn die Türken gegen die Auflagen verstoßen“, hatte es geheißen. Erst der Karikaturenstreit, dann die Demos vor den dänischen Botschaften in aller Welt – darunter auch in Berlin. Darauf der Erfolg von „Tal der Wölfe“ in deutschen Kinos. Und jetzt diese Manifestation von türkischen Nationalisten, die angeblich den Armenier-Genozid leugnen – so hatten sich viele Pressevertreter und Politiker die multikulturelle Gesellschaft nicht vorgestellt.

Auch für manch einen „einfachen“ Berliner war das Maß voll. Ein Radfahrer, der den Demonstrationszug in der Budapester Straße passiert, schimpft lautstark über „das Pack“. Ein junger Türke ruft ihm nicht weniger ungehobelt hinterher: „Du kriegst gleich auf die Fresse, Alter!“

Solche Rempeleien am Rande bleiben aber die Ausnahme. Nur in der Hardenbergstraße ereignet sich ein Zwischenfall. Ein Armenier hält die Landesfarben seiner Heimat hoch, und eine Frau demonstriert mit einem Anti-Türkei-Button gegen die Türken.

„Die heutige Türkei gehört nicht in die EU“ steht auf dem Anstecker von Corinne Vezilan. Als die Türken diesen stummen Protest der Armenier ausmachen, rennen zwei, drei Hitzköpfe los, bullige Kerle, die die zierliche Frau und den Mann allem Anschein nach sofort verprügeln möchten. Ein halbes Dutzend türkischer Ordner verhindert den wenig öffentlichkeitswirksamen Exzeß.

„Ich bin gekommen, weil die türkischen Nationalisten hier demonstrieren. Ich kann das nicht glauben“, empört sich die armenischstämmige Französin. Viele ihrer Landsleute sind nach den Übergriffen der Türken nach Frankreich geflüchtet. Dort leben heutzutage weit mehr Armenier als in Deutschland.

Vezilan spricht Deutsch, Englisch und Französisch – mit mehreren Fernseh- und Radioreportern gleichzeitig. „Ich habe mit einem Türken gesprochen, der sagte, das sei eine Lüge. Die verharmlosen den Völkermord.“ Als hätte es dafür noch eines Beweises bedurft, tritt ein Türke auf sie zu und sagt ihr auf Englisch, sie sei dumm.

Der Zug trottet weiter. Dogu Perinçek, der Chef einer Ein-Prozent-Partei, ist extra aus der Türkei eingeflogen worden. Unter die 2000 Teilnehmer seines „Marsches auf Berlin“ haben sich „mindestens zwei Dolmetscher“ gemischt, versichert ein Polizeisprecher. Die sollten sicherstellen, daß keine verbalen Straftaten begangen werden (Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener). Dabei leugnen die Türken in Berlin den Genozid nicht einmal. Auf Transparenten – sofern sie deutsch beschriftet sind – stehen eher moderate Forderungen. Und „Nieder mit den USA“ zu brüllen, ist nicht verboten und gehört zum ermüdenden Standardrepertoire orientalischer Demos überall auf der Welt.

Die heiklen Informationen werden schriftlich an Pressevertreter verteilt. „Bist du Presse?“ fragt einer der Ordner. Ja. „Dann kriegst du Handout“, sagt er und reicht einen Stapel Papier – alles auf Deutsch.

Die „Vierzig Tage von Musa Dagh“, Franz Werfels Standardwerk über den Völkermord an den Armeniern, sei eine gefälschte „Sex and Crime“-Story, so die Argumentation der türkischen Propagandisten.

Schließlich hätten sich die Armenier selbst als eine kriegführende Nation bezeichnet. Insofern könne die Schlußfolgerung nur lauten: Die Armenier waren an ihrem Schicksal selbst schuld.

Der Völkermord wird also gar nicht geleugnet, sondern gerechtfertigt. Die deutsche Polizei hätte auf den Einsatz von Türkisch-Dolmetschern verzichten können.

General-Verdacht

Von Harald Fourier

In einer Strickjacke ließ der NS-Richter Roland Freisler General Erich Hoeppner antreten. Auch sein Gebiß durfte der preußische Offizier nicht tragen. Hoeppner sollte zutiefst gedemütigt werden, als er wegen seiner Beteiligung am 20. Juli 1944 vor dem Volksgerichtshof landete.

Aber nicht nur die Nationalsozialisten hatten keinen Respekt vor Hoeppner. Auch in der Bundesrepublik Deutschland gibt es verstärkte Bestrebungen, ihn zur Unperson zu erklären.

Erich Hoeppner gehörte zum engsten Kreis um den Hitler-Attentäter Claus Schenk Graf von Stauffenberg. Die beiden hatten erstmals bei der Besetzung des Sudentenlandes 1938 zusammengearbeitet. Hoeppner als Generalleutnant, Stauffenberg als zweiter Generalstabsoffizier der 1. Leichten Division aus Wuppertal.

Während der „Führer“ von Sieg zu Sieg eilte, wuchs in den beiden Militärs der Widerstand gegen die NS-Diktatur. Hoeppner soll sich innerhalb des Generalstabs unbeliebt gemacht haben – wegen seiner Opposition gegen Entscheidungen des Oberbefehlshabers. Er nahm dann als Kommandeur einer Panzertruppe am Rußlandfeldzug teil, wo er sich Anerkennung verdiente. Schließlich wirkte er am Angriff auf Moskau Ende 1941 mit.

Sagte ich Rußlandfeldzug? Hoeppner hat am Krieg gegen die Sowjetunion teilgenommen. Kann einer, der gegen Stalin gekämpft hat, als Widerständler gegen Hitler gefeiert werden? Kann er offenbar nicht. Nicht in einem Land, das davon überzeugt ist, am 8. Mai von der Roten Armee nicht von einer Diktatur in die nächste geführt, sondern befreit worden zu sein.

Und deswegen soll das Hoeppner-Gymnasium in Berlin-Charlottenburg jetzt umbenannt werden. Obwohl Hoeppner als Regimegegner am 8. August 1944 in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde. Auf einer Internetseite diskutieren Schüler bereits über Alternativen: E. T. A. Hoffmann, aber auch Bob Marley und sogar Ernesto Che Guevara werden als neue Namenspatronen vorgeschlagen.

Ein Musikstar aus der Karibik und ein Linksextremist aus Südamerika, der Castros Unterdrückungsapparat ins Laufen brachte – Vorbilder für deutsche Schüler.

Che Guevara steht, das beweisen die immer noch verbreiteten T-Shirts mit seinem Konterfei, offenbar hoch im Kurs. Der „Revolutionär“ ließ bis zu 2000 politisch Mißliebige erschießen, Zigtausende steckten seine Schergen in Lager, darunter auch zahllose Kubaner, deren einziges „Verbrechen“ darin bestand, homosexuell zu sein. Wenn „Che“ das Rennen macht als neuer Namenspatron, sollte man Klaus Wowereit die Taufe der Schule überlassen.

Körting: »Demo hat Nachspiel«

Berlin – Die türkische Demonstration am vergangenen Sonnabend in Berlin (siehe Beitrag oben) hat laut Innensenator Ehrhart Körting (SPD) möglicherweise juristische Folgen. Gegen den Chef einer Splitterpartei, Dogu Perinçek, werde ermittelt, weil er möglicherweise den Mord an den Armeniern geleugnet habe. Ein Urteil könnte lauten, daß er Deutschland nicht mehr betreten darf.

BND-Zentrale: Vorentwurf steht

Berlin – Der Vorentwurf für den neuen Sitz des BND in der Berliner Chausseestraße ist fertig. Der endgültige Beschluß über den Umzug des Geheimdienstes von Pullach in die Hauptstadt soll spätestens Ende Juli fallen. Berlins Senat ist optimistisch, daß die 4500 Mitarbeiter 2011 an die Spree versetzt werden.

Die Babyboom-Lüge vom Kollwitz-Platz

Medien und Trendforscher bejubeln angeblich hohe Kinderzahl im Szeneviertel – Studie entlarvt: eine Legende

Von Patrick O'Brian

Die Geburtenarmut in Deutschland ist in aller Munde. Vergreisung, Rentenloch, Aussterben – wie Hufschläge donnern die Horrorvokabeln aufs Gemüt der Deutschen. Wenn Fernsehsender jedoch ihre Kameratrupps losschicken, um auch einmal ein paar positive Entwicklungen zu zeigen, dann landen die nicht selten am Käthe-Kollwitz-Platz im Prenzlauer Berg. Erst in dieser Woche porträtierte der Münchner Sender Pro7 im Rahmen seiner Serie „Unsere Straße“ die Husemannstraße, die direkt zum „Kolle“ führt, als den liebevollen familienfreundlichen „Kiez“ im östlichen Berlin.

Jeden Sonnabend steht hier ein fast schon legendärer Wochenmarkt, zu dem der halbe Stadtbezirk zusammenzukommen scheint: Aus ihren sanierten Altbau-Wohnungen strömen die Anrainer herbei, um Lebensmittel einzukaufen, Wein und Käse zu verzehren oder einen Plausch mit den Nachbarn zu halten.

Und immer mittendrin: unzählige Kinder. Den Mittelpunkt des Kollwitz-Platzes bildet ein riesiger Spielplatz für die Kleinsten. In der Knaackstraße grüßt ein Kindergarten. Ein Stück weiter runter in der Kollwitz-Straße lockt ein Abenteuerspielplatz die Größeren. In den Bars rund um den Platz dominiert junges Publikum im heiratsfähigen Alter. Ist der Prenzlauer Berg die Antwort auf die leeren Krippen? Immerhin haben Bürokraten dem Bezirk schon den „Europäischen Städtebaupreis für kinderfreundliche Stadterneuerung“ verliehen!

Seit mehr als 30 Jahren zählt Deutschland weniger Geburten als Todesfälle. Durch Zuwanderung und wachsende Lebenserwartung schlug sich das lange Zeit nicht negativ auf die Bevölkerungszahl nieder. Nun aber hat die Schrumpfung eingesetzt. Das private „Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung“ untersucht diesen Schrumpfungsprozeß. Schon zum zweiten Male hat das Institut nun eine Studie zur „demographischen Lage der Deutschen“ vorgelegt.

Überraschend sind einige Ergebnisse zum Raum Berlin/Brandenburg. Die Wissenschaftler räumen leider gründlich auf mit der These, der Prenzlauer Berg sei ein Vorzeigebezirk, was die Geburten-Situation angeht.

Es stimmt zwar, daß es im Prenzlauer Berg viele Kinder gibt. Diese Tatsachenbeschreibung ist aber zu oberflächlich. Der Stadtteil, der seit 2001 zum Großbezirk Pankow gehört, hat sich nämlich mitnichten vom Trend des restlichen Landes abkoppeln können. Im Gegenteil.

Auf jede Berlinerin zwischen 15 und 45 kommen statistische 1,16 Kinder. Dies wird als die Fruchtbarkeitsrate bezeichnet. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 1,36. Im Prenzlauer Berg läßt sie sich wegen der Fusion mit Pankow nicht mehr genau berechnen. Sie liegt ungefähr bei mickrigen 1,0 – errechneten die Statistiker.

Woher kommen dann die vielen Kinder, wenn hier angeblich noch viel weniger geboren werden als anderswo? Haben sich die Statistiker schlicht verrechnet? Keineswegs: Mit der deutschen Vereinigung stieg der Prenzlauer Berg über Nacht zum Junge-Leute-Magneten der Hauptstadt auf. Kohorten westdeutscher Studenten kamen nach Berlin und zogen – wohin sonst? – in die günstigen Wohnungen nördlich vom Alexanderplatz.

Aus den Studenten wurden Absolventen, die Wohngemeinschaften reiften zu Familien. Tatsächlich ist der Prozentanteil der Kinder an der Gesamtbewohnerzahl im Prenzlauer Berg so hoch wie in den Landkreisen Cloppenburg oder Vechta, wo die höchste Geburtenrate Deutschlands gemessen wurde.

Um diese hohe Kinderzahl zur Welt zu bringen, bedurfte es in dem Berliner Szene-Kiez jedoch doppelt so vieler junger Frauen wie in den kinderreichen Kreisen West-Niedersachsens. Der Anteil von Frauen zwischen 25 und 40 Jahren an der Gesamtbevölkerung des Prenzlauer Berges beträgt 21 Prozent. In Vechta sind es nur zehn Prozent! Mit anderen Worten: Das junge „Prenzlberg“ hat sehr wohl viele Kinder, doch umgerechnet auf die Menge junger Frauen fällt ihre Zahl jämmerlich aus. Auch der „Prenzlberg“ halbiert sich mit jeder Generation. Der Bezirk erlebt eine Scheinblüte aufgrund der Zuzüge von Jungen, die woanders fehlen.

In wenigen Jahren wird die gleiche Entwicklung wahrscheinlich im Bezirk Friedrichshain einsetzen, dem nächsten aufstrebenden Szenebezirk, in den heutige Studenten bevorzugt ziehen.



Foto: Corbis

„Wir wollen uns jetzt nicht mehr wie Zitronen auspressen lassen“: Französische Studenten demonstrierten teils friedlich, teils randalierend gegen das neues CPE-Gesetz.

Von JEAN-PAUL PICAPER

Sturm auf die Regierung

Frankreichs Linke treibt frustrierte Jugend zum Kampf um eine andere Republik

Frankreichs Staatsschiff fährt schon seit einigen Monaten durch stürmisches Gewässer, und niemand kann sagen, wohin die Reise führt. Ohne bleibende Schäden jedenfalls wird weder das Land noch die Regierung den Ausweg finden. Angeblich ist die Lockerung des Kündigungsschutzes für die ersten zwei Jahre bei Berufseinsteigern unter 26 Jahren in einem von der Parlamentsmehrheit verabschiedeten Muster-Einstellungsvertrag (Contrat Première Embauche / CPE) der Stein des Anstoßes.

Zugegeben, die Regierung hätte vielleicht kein Sondergesetz für die Jugend machen sollen, aber die jungen Leute haben schließlich größere Probleme auf dem Arbeitsmarkt als die älteren Arbeitnehmer. Immerhin ist dieses Vertragsmodell und der schon bestehende CNE (Contrat Nouvelle Embauche) für alle Altersstufen arbeitnehmerfreundlicher als die in Deutschland in Unternehmen mit unter zehn Mitarbeitern zulässige ungeschützte Kündigung, die ohne Zeiteinschränkung gilt und jetzt auf Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern ausgedehnt werden soll.

In Frankreich geht es ein Jahr vor den Parlaments- und Präsidialwahlen vor allem um die Macht im Staate, auch wenn auf den Transparenten vom letzten Sonnabend, als eine halbe Million auf den Straßen marschierte (die Organisatoren hatten 1,5 Millionen Teilnehmer erwartet), immer noch die bedingungslose Rücknahme der CPE gefordert wurde. Dies käme nämlich der Abdankung des Premierministers gleich und wäre damit politisch.

Nach den gewalttätigen Unruhen in den Vororten vom letzten November haben sich diesen Monat die radikalisierten Gewerkschaften und die von Agitatoren angestachelten Studenten beziehungsweise Gymnasiasten insbesondere in Paris, Toulouse und Rennes, mit Abstrichen auch in Lyon und Marseille der Stadtzentren bemächtigt. Sie haben für die lernwilligen Kommilitonen drei Viertel der 80 Universitäten unzugänglich gemacht. Damit machte nach nur einigen Monaten der Ruhe ein neuer Aufstand der konservativ-liberalen Regierung und dem staatstreuen Normalbürger klar, daß sie auf einem Pulverfaß sitzen.

In einem autoritären Staat wäre es kein Problem, einen studentischen Aufruhr dieser Art zu brechen, aber Frankreich ist eine Demokratie, ja die Erfinderin der Menschenrechte. Innenminister Nicolas Sarkozy, Spitzname „Sarko“, hat bisher in diesen roten März-Unruhen wie auch im grünen November-Aufstand – grün, weil überwiegend mohammedanisch – mit Fingerspitzengefühl und Intelligenz verhindert, daß jemand unter den Demonstranten und Randalierern zu Tode kam und von den anderen als Märtyrer instrumentalisiert wird, wie es im Dezember 1986 bei den Massendemonstrationen gegen die Universitätsreform von Alain Devaquet geschehen ist. Der Tote, Malik Oussedine, war schwerkrank gewesen (er war Dialyse-Patient), aber das Drama führte zur Rücknahme dieser sinnvollen Reform, die Frankreich bestimmt vorangebracht hätte. Bildungsminister Devaquet wurde vom liberalen Flügel der Regierung fallengelassen und mußte zurücktreten. Dieses Trauma spukt heute in ministerialen Köpfen noch immer umher und läßt einiges verständlich erscheinen.

Jugendarbeitslosigkeit in Frankreich liegt bei 20 Prozent

Innenminister Nicolas Sarkozy, den der Premierminister Dominique de Villepin einige Tage im Regen hatte stehen lassen, als die „banlieues“ im Herbst brannten, übte sich diesmal sofort in Solidarität mit seinem Rivalen, vermied jede Kritik und eilte sofort von einer Reise in der französischen Karibik nach Paris zurück. Die Lage ist so ernst, daß jeder Zwist Gift wäre. Es ist seiner offensichtlich gut ausgebildeten und – trotz der vielen Verletzten in ihren Reihen – gut motivierten Polizei gelungen, die Spitze der Unruhestifter in Schach zu halten und zu verhindern, daß Zustände wie im Mai 1968 sich wiederholen.

Sarkozy, der neben seinem Regierungsamt Vorsitzender der Regierungspartei UMP ist, könnte die letzte Rettung der konservativ-liberalen Mehrheit sein, falls Villepin doch noch zurücktreten muß. Sollten nämlich Staatspräsident Chirac und seine Mannschaft das Handtuch werfen und den Weg für vorgezogene Neuwahlen frei machen, würde die Linke in der heutigen Aufgeregtheit haushoch siegen. Dabei haben die Sozialisten (PS) und die Kommunisten (PC) keine Patentlösung für die Wirtschafts- und Politikkrise. Das Land würde ganz im Gegenteil unter deren Kuratel noch schneller in den Abgrund abrutschen.

Der März 2006 hat nichts mit dem Mai 1968 zu tun. 1968 war eine Revolte von verwöhnten Kindern, die sich in der Konsumgesellschaft und in der Demokratie langweilten und von einem romantischen Totalitarismus träumten, wie es ihn nur in den Köpfen von spätpubertären und ignoranten Jungs und Mädchen geben kann. Im Gegensatz dazu geht es den heutigen Aufrührern um mehr Geld, um sichere Arbeitsplätze „vom Bafög bis zur Rente“, um eine eigenständige Wohnung weit weg von den Eltern, und um ein neues Handy, später ein schickes Auto.

Es geht ihnen auch darum zu zeigen, daß es sie gibt. Sie vegetieren in der Massengesellschaft von Universitäten, die nichts anderes als Wartesäle vor der sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit (20,5 Prozent im Durchschnitt, über 40 Prozent in Problemvierteln) sind und Scheinbildung für geistig-kulturell minderbemittelte Intelligenzler vermitteln, seitdem das Abitur beinahe jedem geschenkt wird und keine Hürde mehr ist. Dieser Jugend geht es bloß um ihre Existenz. Die künftigen Eliten des Landes werden in Privatschulen, Privatuniversitäten und Elitehochschulen ausgebildet. Sie gehen nicht auf die Straße.

Einige Traditionslinke unter den Jugendlichen träumen freilich von einem neuen 1968 und beneiden im Nachhinein ihre Eltern um dieses historische Erlebnis in glücklicheren Zeiten. Die Erstürmung der Sorbonne hat in ihren Köpfen die Symbolik übernommen, die die Erstürmung der Bastille 1789 in französischen Schulbüchern hatte. Aber die Regierung hat die Bedeutung dieses altehrwürdigen Uni-Gebäudes der Pariser Mitte erkannt und läßt sich kein zweites Mal überraschen, nachdem es am 12. März einigen Chaoten gelungen war, dort einzudringen und beträchtliche Sachschäden anzurichten. Der Staatsapparat verfügt noch über einige Mittel und der Staatspräsident könnte eventuell den Ausnahmezustand laut Artikel 16 der Verfassung verkünden. Es gibt einige Möglichkeiten, die in Deutschland noch nicht gelten, so zum Beispiel eine Intervention der Armee im Inneren. Die Gendarmerie ist in Frankreich ohnehin ein Armeekorps.

Die Regierung gibt nicht nach. Man sollte sich aber nicht täuschen. Wenn solche Aufstände ausbrechen, so liegt es daran, daß die Staatsmacht geschwächt ist. Der Staatspräsident Jacques Chirac und alle, die von ihm abhängen, angefangen mit Villepin, haben sich von dem gescheiterten Europa-Referendum vom Mai 2005 nie richtig erholt. Außerdem präsentiert die Linke Chirac jetzt, ein Jahr vor der Präsidentenwahl (im Mai 2007) die Rechung dafür, daß sie bei seiner Wiederwahl vor vier Jahren zu seinem Sieg mit 80 Prozent der Stimmen beigetragen hat, um den rechtsextremen Kandidaten Le Pen zu verhindern.

Immer wieder wurden die Studenten als Speerspitze beziehungsweise als Hemmschuh gegen Reformen der konservativ-liberalen Regierungen von den linken Parteien und Gewerkschaften mißbraucht. An den Studentendemonstrationen scheiterten 1984 und 1985 die Wirtschaftsreformen von Balladur und Juppé. Fast ebenso viele Studenten wie Gewerkschafter demonstrierten 2003 zur „Verteidigung der Renten“ und 2004 zur „Verteidigung des öffentlichen Dienstes“ sowie 2005 gegen die Abiturreform von Minister Fillon. Jetzt protestieren sie auch „für die Aufnahme illegaler Zuwanderer“ und „gegen die Privatisierung des staatlichen Gasunternehmens“.

Gewerkschaften benutzen Studenten als Hemmschuh

So kommt es, daß kein Rezept gegen die Jugendarbeitslosigkeit und den Bildungsabstieg, für die Modernisierung der Gesellschaft zustande kommt. So werden die Studenten künstlich im Zustand eines geistigen Proletariats gehalten, das Schlagworte gierig aufsaugt und dem Herdentrieb folgt. Jugend auf den Straßen macht immer einen starken Eindruck.

Die Bevölerung vor den Fernsehern empfindet Sympathie für deren Forderungen. Innerhalb einer Woche stieg vor dem Hintergrund der Demonstrationen der Anteil derjenigen Bürger, die sie unterstützten von 55 Prozent auf 68 Prozent. Im Januar meinten 52 Prozent der Franzosen, daß der CPE „die Jugendarbeitslosigkeit reduzieren würde“. Anfang März dachten dagegen 66 Prozent, daß er „die Unsicherheit („la précarité“) des Arbeitsmarktes erhöhen würde“. Indessen sackten die Popularitätswerte des Premiers de Villepin blitzartig ab.

Wer die Studentenrevolte der 60er Jahre erlebt hat, weiß, daß Vollversammlungen Akklamations- und Deklamationsveranstaltungen sind, daß dort kritische Stimmen niedergeschrieen werden und daß sie das Ziel verfolgen, die Anwesenden aufzuhetzen. Den unbescholtenen Erstsemestlern werden von den Kadern niedrige Aufgaben anvertraut, wie Flugblätter verteilen, in bestreikten Gebäuden Wache halten. Diese Scheinbeschäftigungen binden sie an die „Bewegung“.

Hinzukommt, daß die Sozialistische Partei, die Kommunisten und die Anarchisten in der französischen Studentenschaft dauerhaft Wurzeln geschlagen haben.

Das zeigen rote und schwarze Fahnen, Koordinationskomitees wie „Stop-CPE“ sowie die Gesinnung der Anführer der Studentengewerkschaften UNEF (Union des Etudiants de France), UNEF-ID, Alternatifs, Altermondialisten, „Junge Kommunistische Wiedergeburt JRCF“, die „Kuba gegen den amerikanischen Imperialismus verteidigt“, und die anarcho-syndikalistische CNT. Nicht anders ist es mit der Gymnasiastenorganisation UNL (Union Nationale Lycéenne).

Im Dezember 1986 war Philippe Darriulat und Isabelle Thomas von der UNEF-ID die Anführer der Demonstrationen. Ersterer, ein Trotzkist, gründete unter den Fittichen von Premierminister Lionel Jospin den Konvergenz-Club, eine Untergruppierung der PS, und die Agitprop-Expertin Lambert wurde 1989 Jugendreferentin von François Mitterrand. Damals war der Trotzkist Jean-Christophe Cambadélis Vorsitzender der UNEF. Er steht heute dem ehemaligen sozialistischen Finanzminister Dominique Strauss-Kahn nahe.

De Villepin erklärte, daß „die wahre Lebensunsicherheit bei den 20 Prozent arbeitslosen Jugendlichen (gegen nur acht Prozent in Dänemark, wo die Arbeitsflexibilität total ist) liegt“.

Er sagte, daß er „die Ängste und Bedenken begreift“, und streckte die Hand aus. Aber er bekam gleich ein „Njet“ der Linksparteien und der Gewerkschaften, die jetzt mit Generalstreik drohen.

Sicherlich kann die fristlose Kündigungsmöglichkeit im CPE in einigen Branchen von zwei auf ein Jahr verkürzt werden.

Die Berufseinsteiger müssen auch gegen die Launen eines Arbeitgebers geschützt werden, der vielleicht lieber seine Nichte oder den Sohn seines Freundes einstellt. Darüber kann man diskutieren.

Aber was die Opposition jetzt will ist etwas ganz anderes, und zwar eine andere Republik.

Neue Allianzen für die Zukunft

Während die USA und Rußland sich dem Emporkömling Indien zuwenden, wartet Europa ab

Von Jürgen Liminski

Man ist schnell zur Tagesordnung übergegangen, so als sei das Ereignis nicht so wichtig gewesen. Aber es hatte den Hauch der Historie und war schlicht Realpolitik. Man könnte es auch Machtpolitik nennen, wenn das Wort für deutsche Ohren nicht so einen Mißklang hätte. Aber mit einer an den Maßstäben des Rechts allein orientierten Politik hat die Annäherung der USA an Indien, auch über nukleare Mittel, ziemlich wenig zu tun. Hier geht es einfach um eine Eindämmung des wachsenden Rivalen China und auch um eine Präventivstrategie für den Fall, daß Pakistan einmal in die Hände von radikalen Muslimen fallen sollte. Und natürlich geht es auch um harte Dollars. Die sind bei und mit der wirtschaftlich wie politisch aufstrebenden künftigen Großmacht Indien eher zu holen als im alternden Europa oder im politisch unsicheren Hinterhof von Lateinamerika.

Indien hat den Atomwaffensperrvertrag nicht unterschrieben, wurde deswegen jahrzehntelang gemieden und an den Rand des Weltgeschehens gedrückt, teilweise sogar mit Sanktionen belegt. Nun ist das alles vergessen. Was sollen die Iraner davon halten? Sie werden sich denken: Was dem Inder billig, ist dem Iraner recht. Sie werden jetzt noch weniger nachgeben wollen. Aber sie täuschen sich. Es gehört auch zur Realpolitik, daß man die Atomwaffenreife verhindern will. Indien hat sie schon, Iran will sie erlangen. Daß Amerika es ernst meint mit seiner Machtpolitik, scheint aber auch den Mullahs langsam zu dämmern. Sie geben sich gesprächsbereit – bezeichnenderweise bilateral gegenüber Washington. Washington wird das Angebot annehmen, solange es um den Irak geht. In der Atomfrage bleibt man am Potomac kompromißlos. Iran gilt nach wie vor als „größte Herausforderung", wie es in der neuesten Fassung der Nationalen Sicherheitsstrategie heißt, die im Prinzip nicht von der alten abweicht und einen Präventivschlag vorsieht, sollten die vitalen Interessen Amerikas gefährdet sein, etwa durch die Beschaffung von Atomwaffen in Staaten, die dem Terror nahestehen.

> Indien ist nicht nur demographisch im Wachstum begriffen

Ganz anders im Fall Indien. Die wirkliche Bedeutung des neuen strategischen Bündnisses in Südasien aber betrifft die Weltpolitik. Offenbar ist man in Washington überzeugt davon, daß Indien schon wegen der demographischen Größe zu den kommenden Weltmächten zählt. Wer die von 15 Stiftungen, den Geheimdiensten und weiteren großen Instituten angefertigten jährlichen Berichte über die Zukunft der Weltpolitik verfolgt, den wird das kaum wundern. Seit mehr als fünf Jahren schon spielt die Demographie darin eine bedeutsame Rolle. Darüber wundern sich die Europäer, weil sie dieses Thema verdrängen. Aber es ist ein Faktor der Geopolitik. Washington und Neu Delhi zeigen es nun. Junge Menschen in einem freiheitlichen, marktwirtschaftlichen und demokratischen System, das bedeutet auch viel Innovationskraft, Unternehmergeist, preiswerte Arbeitskräfte. All das ist ein Warnschuß für das sozialstaatsgesättigte Europa. Amerika wird sich nicht vom alten Kontinent abwenden, aber es wird ihn eben als einen alternden Kontinent betrachten, der Gefahr läuft, in den nächsten Jahrzehnten islamisiert zu werden, weil seine Widerstandskräfte erlahmen, wenn er sich nicht auf seinen Logos, seine Philosophie, sein Rechtsdenken und die Menschenrechte, auf sein historisches Erbe und vor allem auf die Lebensoffenheit seiner christlichen Kultur besinnt.

> Europa sollte auf historische Erfahrungen zurückgreifen

Der strategische Allianzenzuwachs Amerikas muß jedoch nicht das letzte Wort der Weltpolitik sein. Indien ist ein großes Potential, aber es ist auch eine große Unbekannte. Kastenwesen und religiöser Eifer fesseln den Riesen. Von sozialer Marktwirtschaft keine Spur. Gewerkschaften, soziale Sicherungssysteme, sozialer Friede – Fehlanzeige. Und die Rivalität zu China kann auch mal zur Partnerschaft werden. Dennoch, Amerika handelt, Europa schaut vor allem zu. Zwar versucht Frankreich, mit dem sudöstlichen Riesen ins Geschäft zu kommen, und auch Rußland ist nicht zimperlich. Es liefert Uran trotz des noch gültigen Embargos. Damit überholt Moskau sozusagen die Amerikaner. Außerdem hilft es Indien bereits beim Bau zweier Kernreaktoren im Süden des Subkontinents. Auch Moskau betreibt kaltschnäuzig Machtpolitik.

Aber Europa hat noch Trümpfe: Seine historischen Erfahrungen mit Indien und darüber hinaus, seine Fähigkeit zur Partnerschaft, die nicht nur business heißt, seine Wettbewerbsfähigkeit in einigen Bereichen der Spitzentechnologie, zum Beispiel der Elektrooptik. Europa darf sich nicht auf eine Zuschauerrolle beschränken – noch nicht, dafür ist der Primat des Rechts zu wenig verankert, auch in der neuen Welt. Ein wenig sollte, ja muß Europa in der Machtwelt noch mitspielen. Sonst rutscht es ab auf Kolonialstatus.


Foto: AP

Sucht nach Partnern, die wirtschaftlich und gesellschaftlich mit den USA am ehesten kompatibel sind: US-Präsident Bush in Indien

Chance oder Gefahr?

Indien mausert sich als größte Demokratie der Welt zur Weltmacht

Indien hat das Potential zur Weltmacht. Das Land verfügt über eine stabile Demokratie, eine neue Mittelschicht, die über 300 Millionen Menschen umfaßt, großen militärischen Einfluß in Südasien sowie eine blühende Wirtschaft. Zukunftsprognosen sind immer schwierig, doch Experten sagen Indien eine gute Zukunft voraus. In einem Beitrag für Deutsche Bank (DB) Research vertritt Teresita Schaffer, Direktorin des Südasien-Bereichs im Center for Strategic and International Studies in Washington, die These, daß die größte Demokratie der Welt das Zeug zur Weltmacht habe. Für den Zeitraum von 2006 bis 2020 wird ein durchschnittliches reales Wirtschaftswachstum von sechs Prozent prognostiziert. Allerdings muß Indien seine zahlreichen strukturellen Probleme und sein ausuferndes Haushaltsdefizit in den Griff bekommen.

Als größter Rivale gilt China, das in den nächsten Jahrzehnten zumindest bevölkerungsmäßig überrundet werden dürfte. Um den asiatischen Konkurrenten auch ökonomisch zu überholen, ist Indien auf längere Sicht auf ein Wirtschaftswachstum von mindestens acht Prozent angewiesen. Indien habe in allen Bereichen sehr viel Nachholbedarf, sagt Bharat Shah, einer der erfolgreichsten Fondsmanager für indische Aktien und CEO sowie Managing Partner von ASK Raymond James in Bombay: „Indien hat erst 14 Jahre nach China mit der wirtschaftlichen Öffnung begonnen, und durch die Demokratie ist der Prozeß auch langwieriger. Noch vor zehn Jahren mußte man auf einen Telefonanschluß vier bis sechs Jahre warten. Heute hat Indien eine der am modernsten entwickelten IT-Infrastrukturen in der Welt und die günstigsten Telefontarife."

Die Börsianer beurteilen den indischen Schwellenmarkt unterschiedlich. Albert Edwards, Stratege bei Dresdner Kleinwort Wasserstein, erinnert der indische Aktienmarkt an die thailändische Börse des Jahres 1997, also jenen Zeitpunkt unmittelbar bevor sie kollabierte. „China ist bei der Masse der Privatanleger zwar bekannter als Indien, aber ich sage Ihnen ganz klar: Indien wird in den kommenden zehn Jahren der spannendste Markt unter den NIC-Emerging-Markets sein", so der Emergings-Markets-Experte Daniel Wilhelmi. Indien entwickele sich zum globalen Dienstleister und zum künftigen „High-Tech-Labor der Welt". Die indische Regierung fördere in Bangalore ein noch relativ junges IT-Mekka, das das Silicon Valley Asiens werden solle. Zwar weist auch Wilhelmi auf die diversen Probleme Indiens hin. Doch insgesamt lasse sich sagen, daß die Risiken in Indien zwar groß, aber die Chancen noch viel größer seinen.

„Es gibt keinen Schwellenmarkt, der ohne Risiken ist", betont auch Jörg Peisert, Geschäftsführer der Düsseldorfer Peisert und Partner Vermögensmanagement GmbH. „Man darf nicht vergessen, daß Indien vor nicht allzu langer Zeit noch sozialistisch regiert wurde und ein Agrarland war. Die in kürzester Zeit erzielten Fortschritte stimmen mich optimistisch, daß es auch in Zukunft weiter vorwärts gehen wird. So wurde die Armutsquote sowohl in den städtischen als auch in den ländlichen Gebieten stark zurückgedrängt. Und ein Millionenheer an hervorragend ausgebildeten und perfekt englisch sprechenden Fachkräften, das mit Amerikanern und Europäern mühelos konkurrieren kann, macht Indien für ausländische Investoren sehr interessant." *J. Meges*

Machtfragen

Selbst Albaner über den Kosovo uneins

Die zweite Runde der Kosovo-Verhandlungen vorige Woche in Wien begann mit einem heftigen Protest der serbischen Delegation gegen den Verhandlungsleiter der Kosovo-Albaner. Deren Delegation wurde diesmal angeführt von Hashim Thaçi, einst Kommandant der Untergrundarmee UÇK und jetzt Chef der Demokratischen Partei des Kosovo. Thaçi wird von Serbien als Kriegsverbrecher angesehen und mit internationalem Haftbefehl gesucht. Das Haager Tribunal hingegen erhob gegen ihn keine Anklage.

Die Verhandlungen drehten sich vor allem darum, wie weitreichende Kompetenzen die serbischen Gemeinden auf dem Gebiet des Kosovo erhalten sollen – und wie sehr sie damit auch in Zukunft auf finanzielle Hilfe aus Belgrad angewiesen und von Belgrad abhängig sein würden. Die Kernfrage, der endgültige völkerrechtliche Status des Kosovo, wurde neuerlich auf später verschoben, obwohl allen Beteiligten klar ist, daß die lokale Autonomie untrennbar damit verbunden ist: Sie wäre nämlich die Vorstufe zur Teilung des Landes, die ihrerseits von Uno und EU strikt abgelehnt wird. Wenigstens pro forma auch von den Kosovo-Albanern.

Eine „vorbeugende" Reaktion auf die mögliche Teilung des Kosovo kam mittlerweile vom albanischen Außenminister Besnik Mustafaj: Albanien könne in einem solchen Fall nicht die Unverletzlichkeit seiner Grenzen zu Kosovo und Makedonien garantieren. (Etwa ein Drittel der Einwohner Makedoniens sind Albaner.) Brüssel und Belgrad protestierten heftig. Aber sogar in Albanien selbst ist „Großalbanien" nicht unumstritten: Das albanische Volk besteht nämlich aus zwei sprachlich und kulturell unterschiedlichen Gruppen, den Tosken im Süden und den Gegen im Norden. Die albanische Schriftsprache basiert auf der Variante der Tosken, die auch sonst eher das Sagen haben. Ein Anschluß der albanischen Gebiete des Kosovo und Makadoniens würde hingegen das Gewicht deutlich zugunsten der Gegen verschieben. Doch es ist ohnehin alles graue Theorie ... *R. Kerschhofer*

Küsten gestürmt

Spanien erlebt neuen Flüchtlingsandrang

Ceuta? Melilla? Ach ja, die beiden spanischen Exklaven auf dem afrikanischen Festland, die einen derartigen Ansturm von afrikanischen illegalen Zuwanderern erlebten, daß auch deutsche Medien einige Wochen über die Probleme Spaniens und Italiens mit diesem Personenkreis berichteten. Dramatische Bilder von schwarzen Männern, die über Stacheldraht versuchten in das für sie gelobte Land zu gelangen, gingen durch alle Medien. Seit einigen Monaten herrscht allerdings Ruhe, so als ob die Immigrationswilligen sich zurück in ihre Heimatländer begeben hätten.

Daß dem nicht so ist, betont nun der spanische Außenminister Miguel Angel Moratinos, der die österreichische EU-Ratspräsidentschaft dazu drängt, das Problem des Migrantenzustroms auf die Tagesordnung des nächsten EU-Außenministertreffens zu setzen, denn das Problem sei nur aus den Medien, nicht aber aus der Realität. Denn auch wenn es um Ceuta und Mellila ruhiger geworden ist, so seien allein an einem Tag im März auf den Kanarischen Inseln 400 illegale Einwanderer aus neun Booten an Land gegangen. Ein weiteres Boot sei gekentert und habe 24 Menschen in den Tod gerissen.

Obwohl die spanische Regierung hart durchgreift und die Menschen inzwischen umgehend zurück nach Afrika schickt, wagen immer mehr Menschen die Flucht in den Westen. Die Nachrichten auf Teneriffa vermelden fast täglich die Zahl der Boote und Menschen, die an den Küsten der Kanarischen Insel gelandet sind. Der Anblick dieser Boote gehört für die Bewohner der Küste zum Alltag. Allein in den ersten Monaten dieses Jahres sind bereits 3500 Flüchtlinge aus Afrika eingetroffen. Da dies bereits mehr als halb so viel wie im gesamten Vorjahr sind, muß schnellstens gehandelt werden, denn trotz Zusammenarbeit mit Mauretanien, von wo die meisten Boote in See stechen, bekommt Spanien das Problem nicht in den Griff. Die spanische Tageszeitung „El Pais" behauptet, 500000 Afrikaner wollten von Mauretanien aus die Flucht nach Europa wagen. *Bel*

USA verstimmt

UN-Menschenrechtsrat durchgesetzt

Die Uno-Generalversammlung beschloß am 15. März die Errichtung eines UN-Menschenrechtsrates, der die bisherige Menschenrechtskommission ersetzen soll. Für den neuen Menschenrechtsrat stimmten 170 der 191 Uno-Mitgliedsländer, vier – nämlich die USA, Israel, die Marshall-Inseln und Palau – stimmten dagegen und drei enthielten sich der Stimme. Einige Länder sind wegen rückständiger Beitragszahlungen nicht stimmberechtigt. Während die Menschenrechtskommission 53 Mitglieder hatte, wird der Rat nur 47 Mitglieder haben. Uno-Generalsekretär Annan wollte ein noch kleineres Gremium, in das jeweils 30 Länder gewählt werden sollten.

Der neue Menschenrechtsrat geht auf eine Initiative der Schweiz zurück, die dies als diplomatischen Erfolg verbuchen kann. Die Gegenstimme der USA wurde damit begründet, daß man strengere Hürden für die Wahl in den Rat bevorzugt hätte. Über die Gründe Israels ist nichts bekannt. Die Marshall-Inseln und Palau, einst deutsche Kolonien und zuletzt unter US-Mandat, sind von den USA durch einen Assoziierungsvertrag abhängig.

Der bisherigen Kommission war vielfach vorgeworfen worden, daß in sie Mitglieder gewählt werden konnten, die sich selbst schwere Verletzungen der Menschenrechte zuschulden kommen ließen. Absehbar ist, daß die Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen in aller Welt auch weiterhin sehr davon abhängen wird, welche Staaten jeweils in den Menschenrechtsrat gewählt werden. Wie erinnerlich, waren die USA äußerst verstimmt, als sie vor fünf Jahren aus der Kommission hinausgewählt wurden – ein Jahr später wurden sie allerdings wiedergewählt. Die USA haben trotz ihres Votums in der Uno-Generalversammlung dem Budget von vorläufig 4,5 Millionen US-Dollar für die Errichtung des neuen Rates zugestimmt. Es wird daher angenommen, daß sich die USA auch um einen Sitz bewerben werden. Die Wahl in den Rat ist für den 9. Mai geplant, die erste Sitzung soll am 19. Juni in Genf stattfinden. *RGK*

Aktion gelungen – Chaos perfekt

Kurz vor Wahlen in Israel häufen sich die Katastrophenmeldungen

Foto: Reuters / Corbis

Ruinenfeld: Palästinas Flagge weht über dem von Israelis zerstörten Gefängnis in Jericho.

Von Sverre Gutschmidt

Morgens um neun Uhr verlassen die Wachen unauffällig ihr Gefängnis, die Insassen ahnen nichts davon, erwarten die tägliche Routine oder klammern sich an die Hoffnung auf Freilassung, die in jüngster Zeit von ihrem Staatspräsidenten genährt wurde. Das Gefängnis ist ein heruntergekommenes Bauwerk in Jericho, im Palästinensergebiet, bewacht von Agenten zweier ausländischer Geheimdienste (US-amerikanischer CIA und britischer MI5), die an jenem Morgen abziehen, um einer anderen, den Insassen verhaßten Macht die Stürmung des Gefängnisses zu erleichtern. Panzer rücken an, Mauern fallen. Was wie ein orientalischer Agententhriller beginnt, hat sich am vorvergangenen Dienstag in Jericho im Westjordanland zugetragen und erhitzt seither die Gemüter der Palästinenser. Der Zwischenfall beeinflußt womöglich entscheidend den Ausgang der Wahlen in Israel am 28. März.

Schlüsselfiguren zum Verständnis dieser Erstürmung sind der israelische Tourismusminister Rechwam Seewi und der Chef der „Volksfront zur Befreiung Palästinas“ Ahmad Saadat. Seewi wurde 2001 ermordet, Saadat, mutmaßlicher Drahtzieher des Anschlags, lebt seitdem auf der Flucht beziehungsweise verschanzte sich im seinerzeit von Israelis umstellten Palästinenser-Hauptquartier Jassir Arafats. Der im November 2004 verstorbene Palästinenserpräsident Arafat handelte auch die Bedingungen der Haft Saadats aus: Keine Auslieferung an Israel, sondern Gefängnis in Jericho unter westlicher Aufsicht. Damit ist es vorbei – Israel holte Saadat und mehrere Gefolgsleute, bevor die Palästinenser ihre Ankündigung, sie freizulassen, umsetzen konnten.

Die spektakuläre Aktion kommt im israelischen Wahlkampf der amtierenden Regierung Ehud Olmert und seiner im Herbst 2005 durch den Eintritt Ariel Sharons erst chancenreich gewordener Kadima-Partei zugute. Der konkurrierenden Likud-Partei und ihrem Kandidaten Benjamin Netanjahu blieb nichts übrig, als den Vorstoß, bei dem kein Israeli zu Schaden kam, zähneknirschend zu loben: „Eine gelungene Aktion verändert noch nicht eine insgesamt falsche Politik.“ Saadat hatte sich noch vor Wochen ebenfalls als Wahlkämpfer betätigt. Ungehindert feuerte er aus dem Gefängnis seine radikalmarxistische „Befreiungsfront“ an.

Während Israel Saadats erzwungene Verbringung dementierte, brachen im Gaza-Streifen Aufstände aus, die sich gegen westliche Einrichtungen richteten. Das Ereignis hat eine Doppelwirkung: In Israel wird die Führung der Kadima-Partei – erst gefährdet durch Korruptionsvorwürfe und den Koma-Zustand des eigentlichen Spitzenkandidaten Ariel Sharon – wieder stabilisiert, Palästina schliddert in eine dramatische Führungskrise. Israel, die USA und der Westen verstärken angesichts der konsequenten Weigerung der Hamas, Israel anzuerkennen, sowie angesichts brennender europäischer Kultureinrichtungen in Palästina nebst dort entführten Europäern den Druck. Die Anerkennungsforderung wurde freilich der Fatah so nie gestellt. Dennoch sitzen Hamas wie Fatah im selben Boot. Es geht um den finanziellen Fortbestand der Autonomie, sagt der palästinensische Chefunterhändler Sajeb Erekat. Was keiner sagt: Auch der Nimbus des Freiheitskampfes ist vor dem Hintergrund der ungewohnt heftigen Reaktionen der Palästinenser auf die Saadat-Verschleppung in Gefahr. Selbst Palästinenser-Ministerpräsident Ismail Hanija sei nicht tabu, wenn gezielte Tötungen notwendig seien, verkündet Israel. Hanija beteuert sofort im US-Fernsehen, nie einen Selbstmordanschlag angeordnet zu haben. Ein Schritt, der Wirkung zeigte – Amerika nahm es zur Kenntnis, Israel relativierte seine Vorwürfe gegen Hanija. Dessen Partei hat angesichts stockender Verhandlungen ohne die vom Westen favorisierte Fatah eine Regierung gebildet – Palästinenserpräsident Abbas (Fatah) sei unfähig, mit der Besatzung klarzukommen. Zeitgleich bekundet Abbas Solidarität mit Hamas, kritisiert Israel, gezielt die Fatah schwächen zu wollen, und ruft Ausländer angesichts des Saadat-Vorfalls zum Verlassen Palästinas auf. Israel wiederum setzt Abbas unter

Hamas-Kabinett zwischen Haß und Geldnöten

Druck, nicht der Verwandlung der Autonomie- in eine „Terrorbehörde“ zuzustimmen – Chaos total. Die Hamas-Regierung hat den denkbar ungünstigsten Start. In Gaza droht wegen der von Israel geschlossenen Grenze eine Hungersnot, Israel will den neuen Hamas-Ministern die Durchfahrt verweigern, und der neue Außenminister im Hamas-Kabinett wird in Israel als Terrorist gesucht.

Am Vorabend der Israel-Wahl häufen sich damit die Katastrophenmeldungen – in Israel bricht die Vogelgrippe aus, in den Palästinensergebieten die Gewalt. Die spektakuläre Überführung der Gefangenen wirkt wie eine Initialzündung. Der Zorn der Palästinenser auf die Westler, deren Wachen in Jericho nach palästinensischem Verständnis die Gefangenen unter Einsatz des Lebens hätten verteidigen müssen, heizt den Konflikt um die neue Hamas-Regierung weiter an. Derzeit größtes Manko der Palästinenser: Die Autonomiebehörde in Ramallah ist abhängig von westlicher Hilfe, um auch nur die notwendigsten öffentlichen Aufgaben wahrzunehmen. Ein sofortiger Stop der Hilfen, begründbar durch ungebrochene Radikalität der Hamas, hätte den Zusammenbruch des Schul- und Gesundheitswesens der Palästinenser zur Folge. Somit ist auch der Westen in das Dilemma verwickelt. Er muß noch wenigstens einige Wochen Geld fließen lassen, will er die Palästinensergebiete nicht austrocknen. Betrachtet man das neue Hamas-Kabinett, in dem die Radikalen den Ton angeben, dürfte dies dem Westen schwerfallen.

Während Israel einem Sieg der Kadima entgegensteuert und somit auch der langfristigen Aufgabe seiner Siedlungen in den besetzten Gebieten, ist die Zukunft der palästinensischen Selbstverwaltung mehr als ungewiß. Dies um so mehr, da ihre anderen Geldgeber, die Saudis und die wohlhabenden Golf-Öl-Staaten vorsorglich erklären, sie wollten den Anteil des Westens an der Palästinenser-Förderung nicht übernehmen.

Von Hans Heckel

Tod eines kritischen Mahners

Mit Lennart Meri verstarb einer, der den Schuldkult der Deutschen offen tadelte

Wer es im 20. Jahrhundert zu einer politischen Spitzenposition gebracht hatte, war selten ohne Brüche durchs Leben gekommen. Diese Epoche belauerte ihre Zeitgenossen von allen Seiten mit Verlockungen und Versprechungen einer besseren Welt, die sich nicht selten als Albtraum entpuppten. Sie verschlang selbst die Integren, um sie gefangen in einem Knäuel aus Verstrickung, Schuld oder Irrtum wieder auszuspeien.

Das betrifft längst nicht nur die, die bereits in der ersten Hälfte des Jahrhunderts Verantwortung trugen. Angesichts der Teilung Europas und der fortwährenden Unterdrückung im Osten versagten Politiker und Intellektuelle auch später reihenweise. Nur hatte die Lüge ein anderes Gesicht bekommen. Die Flucht in linkische Beflissenheit war an die Stelle der hohlen heroischen Phrase getreten – garniert mit moralischem Sermon und der dauernden Bereitschaft zur Verurteilung anderer, die man nun zur „Bewältigung“ nötigen wollte, um nur selbst keine Rechenschaft ablegen zu müssen. Diese Ära hat ihren eigenen Politikertypus ausgeworfen. Er strahlt schwammige Unruhe aus. Selbst wenn er es einmal ehrlich meint, fällt es dem Zeitgenossen schwer, ihn für echt zu halten. Der Ruf des Politikerberufs ist schlechter denn je.

Eine der Ausnahmen von der traurigen Regel war Lennart Meri. Wer dem am 14. März verstorbenen estnischen Präsidenten a. D. begegnete, spürte vom ersten Moment an, daß er einem anderen Typ Politiker gegenüberstand. Meri strahlte die innere Ruhe eines Gelehrten aus, der von dem Jahrhundert der Lüge genug gesehen hatte, um dessen Blendwerk zu verachten, beiseite zu schieben und mit dem unbedingten Willen zur Wahrhaftigkeit der Fratze ins Gesicht zu lächeln.

Als Sohn eines Diplomaten der jungen Republik Estland erblickte Lennart Meri am 29. März 1929 in Reval das Licht der Welt. Der Beruf des Vaters führte den Jungen früh in alle Welt, er lernte Finnisch, Französisch, Deutsch, Englisch, Russisch und Lateinisch (letzteres auch sprechen). Als die Sowjets die kleine Baltenrepublik im Juni 1940 besetzten, waren die Meris jedoch wieder in Estland. Als Kind erlebte er die rabiate Sowjetisierung seiner Heimat.

Am 14. Juni begannen die zwölf finstersten Jahre seines Lebens. Am frühen Morgen jenes Tages marschierten russische Soldaten mit zwei estnischen Handlangern in sein Elternhaus: 20 Minuten zum packen, dann ging es auf dem offenen Lastwagen zum Revaler Hafen, wo die Züge für die Deportation nach Sibirien warteten. Den Vater trennten die Sowjets von der übrigen Familie. Mit einem Klaps auf die Schulter eröffnete ihm sein Vater, daß nun er der Mann in der Familie mit seiner Mutter und dem kleineren Bruder sei. Die Kindheit des Zwölfjährigen endete damit, daß er seinem Vater hinterher sah, wie er von zwei sowjetischen Soldaten davon geführt wurde. Als Meris Familie nach Estland zurückkehren durfte, war er doppelt so alt.

In Sibirien mußte er als Holzfäller schuften, oder als Kartoffelschäler oder Flußruderer, um sich und die Seinen durchzubringen.

Nach der Rückkehr 1953 begann er ein Studium an der Geschichts- und Sprachfakultät der Universität Dorpat. Historiker zu werden verboten ihm jedoch die Kommunisten, also begann Meri, als Theaterdramatiker zu arbeiten, und produzierte später Hörspiele. Seinen Lebensunterhalt verdiente er sich mit dem Schreiben und brachte 1958 sein erstes Buch heraus. Sein Vater wurde noch mehrmals von den Sowjets verhaftet, seinem jüngeren Bruder wurde verboten, das Abitur zu machen. So war Lennart Meris Arbeit auch für das Durchkommen der Familie unentbehrlich.

Mit Reise- und Expeditionsberichten erlangte er Popularität, 1976 folgte ein Werk über die Geschichte Estlands und des Ostsseeraums. Weitere historische Schriften folgten.

1986 erhielt er die Ehrendoktorwürde der Universität Helsinki, 1988 gründete Meri das „Estnische Institut“ – eine nichtstaatliche Einrichtung, die den Studentenaustausch mit den nichtsozialistischen Ländern und den kulturellen Dialog mit ihnen ankurbelte.

1991 war Meri Mitbegründer der „Estnischen Volksfront“, der Befreiungsbewegung des kleinen Volkes von der schwindenden Sowjetherrschaft. Nach kurzer Zeit als Botschafter in Finnland setzte sich Lennart Meri bei den Präsidentschaftswahlen 1992 gegen den einstigen estnischen KP-Chef Arnold Rüütel durch und wurde so Estlands zweiter Präsident.

Die Verbundenheit seines Landes mit Deutschland hat Lennart stets hervorgehoben. Ohne das Auftauchen der Hanse und der deutschen Ordensritter im Mittelalter wäre das estnische Volk schon vor langer Zeit im Russentum untergegangen. Der starke deutsche Einfluß habe sein Land für immer geprägt. „Unsere Bräuche, unsere Lieder, ja sogar unsere Denkweise sind Ergebnis einer 800 Jahre alten Zugehörigkeit zum deutschen Kulturraum“, so der Staatschef. Selbst „die Rebe der estnischen Sprache ist aus dem deutschen Weinstock emporgewachsen, und wir empfinden einen aufrichtigen Dank und tiefe Achtung vor der missionarischen Hingabe der Gärtner“.

Für Esten, die es nicht so gern hörten, wenn ein Deutscher Reval statt Tallinn sage, hatte er wenig Verständnis. Die deutschen Bezeichnungen seien entlehnt von älteren estnischen Namen und seien niedergeschrieben worden von den Deutschen zu einer Zeit, „als die Esten die Kunst des Schreibens noch nicht beherrschten“. „Dorpat“ und „Tartu“ leiteten sich somit beide her aus dem altestnischen Wort für Auerochse: Tarbatu, belehrte er einmal seine Zuhörer.



Freund der Deutschen: Estlands Ex-Staatspräsident Lennart Meri Foto: pa

Die Botschaft solcher Ausflüge in die Winkel der Sprachgeschichte schob Meri gleich nach: „Wir müssen endlich die nationalistischen Komplexe aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg überwinden und verstehen, daß wir von unserem gemeinsamen Heimat, von einem einheitlichen Kultur- und Rechtsraum sprechen, der zum Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation gehörte.“

Mit dem heutigen Deutschland hatte Meri in seiner selbstbewußten Offenheit allerdings auch seine Probleme. 1995 lud ihn die politische Führung Berlins ein, die Festrede zum fünften Jahrestag der deutschen Einheit zu halten. Er las ihr die Leviten und prägte das Wort von der „Canossa-Republik Deutschland“. Wörtlich schrieb er der versammelten Politikerelite der Bundesrepublik ins Stammbuch: „Deutschland ist eine Art Canossa-Republik geworden, eine Republik der Reue. Aber wenn man die Moral zur Schau trägt, riskiert man, nicht ernst genommen zu werden. Als Nichtdeutscher erlaube ich mir die Bemerkung: Man kann einem Volk nicht trauen, das sich rund um die Uhr in intellektueller Selbstverachtung übt. Um glaubwürdig zu sein, muß man auch bereit sein, alle Verbrechen zu verurteilen, überall in der Welt, auch dann, wenn die Opfer Deutsche waren oder sind. Für mich als Este ist es kaum nachzuvollziehen, warum die Deutschen ihre eigene Geschichte so tabuisieren, daß es enorm schwierig ist, über das Unrecht gegen die Deutschen zu publizieren oder zu diskutieren, ohne dabei schief angesehen zu werden – aber nicht etwa von den Esten oder den Finnen, sondern von den Deutschen selbst.“ Diese Offenheit hatten die Honoratioren der Bundesversammlung wahrlich nicht erwartet und waren – trotz höflichem Beifall – einigermaßen verstimmt.

Den heimatvertriebenen Baltendeutschen bot Meri mehr als nur einmal die Rückkehr in ihre estnische Heimat an, um dort zu leben. Seine Dankesrede zur Verleihung der Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen in Stuttgart 1999 schloß er mit den Worten: „Von ganzem Herzen willkommen!“

Meri wäre am 29. März 77 Jahre alt geworden. Seine zweite Frau Helle hat ihren Mann verloren, ihre drei Kinder den Vater, vier Enkel ihren Großvater und Deutschland einen großen, aufrichtigen Freund.

Moselms sollten »Gotteskrieger« verdammen

Betr.: „Mohammed lag falsch" (Nr. 7)

Als einfacher Bürger gewinne ich den Eindruck, daß diese Karikatur zutreffend sein kann, wenn man die momentane überzogene Reaktion der Moslems sieht.

Für mich ist es undenkbar, daß im Namen Allahs Verbrechen gegen Menschen und Sachen begangen werden. Erst sehr spät und zögernd haben einzelne Glaubensgruppen der moslemischen Welt gegen diese Art von Kampf öffentlich Stellung bezogen.

Der jetzige globale „Flächenbrand" muß schon gesteuert sein, weil dieser Aufstand in keinem Verhältnis zu den Karikaturen steht. Karikaturen mit christlichen Symbolen in gotteslästerlicher Art, die manchmal schon an Blasphemie grenzen, kennen wir auch.

Aus der Christenheit kommen wohl Proteste, die legitim sind. Aber es kommt keiner auf den Gedanken, zu einem Mord an einzelnen Personen, zum Bombenlegen oder zu Entführungen aufzurufen. Im Gegenteil, es wird aufgerufen, als Christ für diese Person zu beten.

Was sind das für Menschen, die junge Leute rekrutieren, um im Namen Allahs, mit Bomben am Leib, sich und andere, „Ungläubige" umzubringen.

Von den japanischen Kamikazefliegern kennen wir, daß diese Jugendlichen von fanatischen Erwachsenen mit Versprechen zu diesen Selbstmorden, um anderen zu schaden, angehalten wurden.

Die jungen Leute damals, wie heute die jungen Moslems, sind auch lebensfroh und wollen sicher noch weiterleben. Und ich besitze soviel Phantasie, mir vorzustellen, daß manch einer, der kurz vor seinem Einsatz steht und abspringen will, nichts zu lachen hat. Auch die moslemische Welt, gleich welcher Glaubensrichtung, sollte immer wieder gegen die sogenannten „Gotteskrieger im Namen Allahs" aufstehen, weil Gott keine Morde gutheißt. (5. Mos. 5,17).

Jürgen Schultz, Soest

Appeasement der Dialogillusionisten beenden!

Betr.: „Mohammed lag falsch" (Nr. 7)

Der Karikaturenstreit zeigt wieder einmal: Der Islam ist hier (und in der Weltgemeinschaft) kaum bis nicht integrierbar. Es ist auch zu bezweifeln, ob er sich überhaupt integrieren will beziehungsweise kann. Denn unter Integration verstehen doch gläubige Muslime bestenfalls, daß die Nichtmuslime sich den muslimischen Vorstellungen, Sitten, Allmachtsansprüchen, Anmaßungen anzupassen haben.

Bei allen nicht zu leugnenden und kaum zu überwindenden Gegensätzen ist gegen eine vernünftige Aussprache und seriösfriedliche Beziehungen zum gegenseitigen Vorteil nichts einzuwenden, das sind seit jeher Selbstverständlichkeiten im Zusammenleben der Völker, Staaten, Bevölkerungsgruppen. Aber Dialog und Verkehr haben auf gleicher Augenhöhe stattzufinden. Sehen aber die echten Muslime die anderen als gleichberechtigt an? Wohl kaum. Sie denken in Etappen des Fortkommens, des Macht-Zugewinns.

Daher muß endlich auch (wie auch gefordert von der von den Islam-Militanten mit dem Tode bedrohten Islam-Kritikerin Ayaan Hirsi Ali) das feige Appeasementverhalten der ständig zurückweichenden Dialogillusionisten in Frage gestellt und korrigiert werden.

Zudem werden im Koran und in sonstigen islamischen Texten und Medien Juden, Christen und ganz besonders extrem Heiden und Atheisten oftmals auf das Schlimmste entwürdigt, beleidigt. Hat sich dafür schon mal jemand aus dem Islamlager so entschuldigt, wie es nun für die Mohammed-Karikaturen gefordert wird?

Toleranz ja, aber sie sollte auch endlich in islamischen Ländern in gleichem Maße gewährt werden.

In Saudi-Arabien zum Beispiel sind alle christlichen Symbole, Bücher, Kirchen verboten und wird die Ausübung des Christentums verfolgt, ist sogar in ausländischen Botschaften offiziell untersagt.

Horst Jürgen Schäfer, Frankfurt am Main

China sei Dank

Betr.: „Alles nur geklaut?" (Nr. 8)

Natürlich nur geklaut – aber ist das so schlimm? Wir Deutschen müssen uns da an die eigene Nase fassen, denn wir wollten diesen Zug ja im eigenen Lande nicht haben! Warum ausgerechnet die Grünen in der Schröder-Regierung sich so vehement gegen die einzige wirkliche Innovation auf verkehrstechnischem Gebiet gewehrt haben, bleibt deren Geheimnis.

Nun sollten wir den Chinesen dankbar sein, daß sie uns zeigen, wie man solche Projekte schnell und erfolgreich durchzieht. Schließlich wird es höchste Zeit, daß der total überzogene innerdeutsche Flugverkehr durch ein effektives, umweltschonendes neues Verkehrssystem abgelöst wird.

Hans Fred Adler, Ludwigshafen



Foto: pa

Streik des öffentlichen Dienstes: Verhärtete Fronten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern

»Gustloff« riß Freundin in den Tod

Betr.: Versenkung der Wilhelm Gustloff

Günter Grass hat Jahrzehnte gebraucht, ehe er die Tragödie um den Untergang der „Wilhelm Gustloff" thematisierte. Ob die Vermischung von Dichtung und Wahrheit der Aufarbeitung des ungeheuerlichen Geschehens dienlich war, bleibt zumindest fragwürdig. Das Erinnern lebt vor allem von der Betroffenheit Beteiligter. Das Verstehen und Bewahren dieses Ereignisses für die Geschichte braucht eher eine realistische und objektive Darstellung.

Ich verbinde mit dem Namen dieses Schiffes zwei völlig verschiedene Begebenheiten: Im Jahre 1938 errang die „Spielschar Tilsit" (HJ) einen Preis bei einem musischen Wettbewerb. Er bestand in der Teilnahme und kulturellen Ausgestaltung einer KDF-Reise nach Norwegen. Sie sollte am 9 September 1939 beginnen. Leider brachte der Polenfeldzug uns um die Lorbeeren.

Die zweite Begebenheit verschaffte mir eine traurige Gewißheit. Auf dem 80. Geburtstag meines Lehrers E. Scz. in Oldenburg wurde ich einem Lehrer K. aus Treuburg vorgestellt. Als ich ihn nach meiner Jugendfreundin Edith K. aus Treuburg fragte, gab er an, ihr Onkel zu sein. Seiner Nichte war nach ihrem abgeschlossenen Medizinstudium in Königsberg gerade noch die Flucht gelungen. Leider mit der „Wilhelm Gustloff".

Ich schäme mich – auch 25 Jahre nach dieser schrecklichen Auskunft – meiner Tränen nicht.

Horst Redetzky, Delmenhorst

Bsirske-Streik – ein Verbrechen

Betr.: „Der Müll, der Streik und der Schnee" und „Glaubst du noch an den Klassenkampf?" (Nr. 10)

Für mich hat dieser Bsirske-Streik den Charakter eines Vergehens / Verbrechens, weil er sich gegen „Unschuldige" richtet. Die Müllmänner haben ihre Arbeit zu leisten. Tun sie es nicht, müssen private Firmen herangezogen werden, die vor jeglicher Behinderung zu schützen sind.

Rücken Winter- oder Krankendienste nicht aus, ist der Tatbestand der „Unterlassenen Hilfeleistung" gegeben. Zumindest der oder die Anstifter sind zur Rechenschaft zu ziehen.

Wer eine Arbeit beim öffentlichen Dienst annimmt, muß wissen, daß seine Arbeit der Allgemeinheit dient, die zu bestreiken unzulässig ist.

Letztendlich: Die Kommunen haben kein Geld. Mehrausgaben treffen nicht einen privaten Arbeitgeber und schmälern seine Gewinne, sondern sie belasten alle Bürger und über die Schuldenaufnahme auch Kinder und Enkel.

Boris Tangermann, Ravensburg

Wer vertritt unsere Interessen, wenn nicht die Gewerkschaften?

Betr.: „Der Müll, der Streik und der Schnee" (Nr. 10)

Die beiden Artikel zum Streik im öffentlichen Dienst haben mich durchaus angesprochen.

Gerade was meine christlich-konservative Grundeinstellung betrifft, konnte ich mit vielen Aussagen übereinstimmen. Doch ich finde, man darf darüber nicht vergessen, um was und wen es bei diesem Streik geht. Primär geht es um Menschen, die zum Nulltarif mehr arbeiten sollen und deren Lebensgrundlage verschlechtert werden soll.

Arbeitende Mütter und Väter sollen mehr Zeit in der Arbeit verbringen und weniger Geld dafür erhalten. Sekundär geht es um den Einfluß von Gewerkschaftsbonzen und profilierungssüchtigen Politikern. Natürlich sparen die öffentlichen Arbeitgeber viel von unseren Steuergeldern, wenn die Beschäftigten mehr Leistung für weniger Lohn zu erbringen haben. Auf der anderen Seite wird deshalb kein neuer Arbeitsplatz geschaffen und unser Geld wird anderweitig (zum Beispiel für Polen und Tschechen) verschleudert. Ich selbst bin jetzt über 20 Jahre in der Gewerkschaft und habe mir schon oft überlegt auszutreten. Doch wenn die Gewerkschaften noch mehr an Einfluß verlieren, wer nimmt dann noch die Interessen der Erwerbstätigen wahr? Ich bin 38 Jahre alt, verheiratet, zwei Kinder und abhängig beschäftigt (nicht im öffentlichen Dienst). Ich habe meine Familie zu ernähren und bei Tarifverhandlungen wird von Seiten der Arbeitgeber bei uns immer gerne auf den öffentlichen Dienst verwiesen. Natürlich nur, wenn es von Vorteil für die Arbeitgeberseite ist.

Jahrzehntelang hatten wir in der BRD einen gewissen sozialen Frieden, weil die Unterschiede zwischen „arm" und reich, erträglich waren. Wenn aber mit Gewalt wieder eine Zweiklassengesellschaft geschaffen wird, kann Klassenkampf doch nur die logische Folge sein. Insofern finde ich die angesprochenen Artikel gefährlich reaktionär. Niemand mit christlich-konservativer Einstellung kann eine Verschlechterung der Lebensgrundlagen für Erwerbstätige und Familien wirklich befürworten!

Klaus Reichert, Weilheim

»Gewissen darf nicht Verstand ersetzen«

Betr.: „‚Umstrittener' Rundumschlag" (Nr. 7)

Dieses „Aufräumen" nimmt allmählich pathologische Formen an; im Ausland lächelt man nur noch über uns. Sagte doch schon Bernard Shaw, wir Deutschen zeichneten uns dadurch aus, daß wir eine an sich gute Sache so perfekt betrieben, daß daraus eine böse Sache würde. Auch meinte kürzlich ein französischer Minister, wir grübelten ständig über Fragen, die uns gar keiner stellte. Ein anderer Franzose meinte im „Presseclub", wir sollten aufpassen, daß bei uns nicht das Gewissen den Verstand ersetze ...

Wird auf Boelcke und Immelmann noch Richthofen folgen? Werden wir uns seiner nur noch am Gedenkstein bei Saint-Lambert erinnern dürfen? Wird man von den Leistungen bedeutender Militärs nur noch in den Hörsälen ausländischer Militärakademien etwas erfahren? Und die Namen deutscher Forscher, die Afrika erschlossen haben, eines Tages lediglich noch auf den Straßenschildern in Städten Namibias lesen können? Völlig unglaublich aber erscheint, daß sich einmal ein Historiker mit der Frage befassen wird, wie ein bolschewistisches Spanien als Stützpunkt der Sowjetunion sich auf die Entwicklung Europas ausgewirkt haben könnte. Übrigens: Unsere Verbündeten hatten keine Einwände, daß ehemalige Angehörige der Legion Condor in führenden Positionen am Aufbau der Bundesluftwaffe beteiligt waren.

Will Seelmann-Eggebert, Ahlhorn

Von Dummheit geprägter Haß

Betr.: „Schmelzt ihn ein" (Nr. 10)

Ich weiß nicht, was diese Linksextremen treibt, die man schon so benennen muß, weil man nicht alles, was politisch links steht, in einen Topf werfen darf (Das gilt auch für rechts!).

Woher dieser von Dummheit, Ignoranz und Unwissenheit geprägte Haß? Was haben möglicherweise Eltern an diesem Bodensatz unserer Gesellschaft verbrochen? Welche Rolle spielen Verführer? Wie dem auch sei: Wenn wir uns nicht gegen diese letztendlich für unser soziales, mitmenschliches Gemeinwesen Verlorenen nicht wehren, tragen wir selber die Schuld.

Franziska Schuppan, Esslingen

Sesselhocker

Betr.: „Zur Länderzusammenlegung fehlt der Mut" (Nr. 8)

Ich habe den Artikel sorgfältig gelesen. Seit September 1956 bin ich in der Bundesrepublik. Die ganzen Jahre habe ich oft mit vielen Leuten diskutiert über die Länderregierungen. Bin immer zu dem Schluß gekommen, daß wir zu viele haben. Vor allem mit zu vielen Abgeordneten!

Das gleiche gilt für den Bundestag. Müssen wir für 80 Millionen Menschen 605 Abgeordnete haben. Nein! Denn 300 oder 400 würden auch reichen! Auch haben wir zu viele Staatssekretäre! Die 16 Bundesländer sind auch zu viel! So wie Sie es vorgeschlagen haben, wäre es zu machen. Aber leider sind die Politiker dagegen. Die hocken lieber auf ihren Sesseln.

Siegfried Fandrich, Bremen

Wer rettete das Kant-Grab in Königsberg?

Betr.: Zeitzeugen gesucht

Das Norbertusgymnasium (NG) ist eine Schule in freier Trägerschaft der Edith-Stein-Schulstiftung des Bistums Magdeburg mit Bischof Dr. Gerhard Feige. Das NG kann sowohl von getauften als auch von ungetauften Mädchen und Jungen besucht werden.

Das besondere Profil unserer Schule besteht darin, den Schülerinnen und Schülern eine ganzheitliche Bildung auf der Grundlage des christlichen Menschenbilds zuteil werden zu lassen.

Im Rahmen unseres Russischunterrichts der 12. Klasse möchten wir an einem Projekt teilnehmen, daß sich mit Menschen beschäftigt, die sich im Zweiten Weltkrieg auszeichneten, indem sie sich für den Frieden einsetzten. Wir haben dafür das Thema Ostpreußen mit spezieller Ausrichtung auf das heutige Kaliningrad gewählt. Besonders interessiert uns die Geschichte des Doms. Dazu benötigen wir die Unterstützung von Zeitzeugen oder deren Angehörigen sowie Menschen, die etwas zur Geschichte von Ostpreußen berichten können. Dazu unsere konkreten Fragen: Wie wurde die Ruine des Doms mit dem Kant-Grab vor der Zerstörung bewahrt? Gibt es Erkenntnisse darüber, wer sich konkret dafür, möglicherweise unter Einsatz seines Lebens, engagierte? Welche Risiken ging man ein, wenn man sich gegen die russischen Besatzer auflehnte? Wie war der Widerstand organisiert?

Für Ihre Hilfe wären wir Ihnen sehr dankbar. Marianne Wilke, Norbertusgymnasium, Nachtweide 77, 39124 Magdeburg, mailto: marianne.Wilke@freenet.de.

Marianne Wilke, Magdeburg

Verschmähter Retter Dönitz

Betr.: „Kein Vorbild für unsere Generation" (Nr.1)

Es ist richtig, wenn Herr von Leesen schreibt, Dönitz hat durch den Einsatz der Marine in diesen letzten Kriegswochen vielen Menschen das Leben und mögliche Gefangenschaft beziehungsweise Verschleppung erspart.

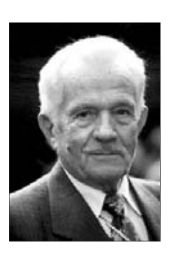
Da sollten sich die „Offiziellen" weiß Gott nicht zieren, einen entsprechenden Obolus beizusteuern. Aber wir tun uns ja schwer mit der Tradition, der Vergangenheit. Ich bin meistens im November in Argentinien und besuche am Volkstrauertag nach Möglichkeit die Zeremonie auf dem deutschen Friedhof in Buenos Aires. Botschafter und Attachée legen dann immer einen Kranz dort ab, früher durften sie jedoch nicht offiziell zum Grabe vom Spee-Kommandanten Hans Langsdorf gehen, der mit einigen weiteren, während der Internierungszeit gestorbenen Seeleuten der „Spee" nur wenige Schritte entfernt bestattet ist. Der Grund war, das immer noch das Hakenkreuz im Emblem des Grabsteins war. Man hat es – vor ich glaube zirka neun Jahren – herausgefräst. Unverständlich für andere ausländische Freunde, vor allem die Franzosen.

Was mich – um auf Dönitz zurückzukommen – wundert, ist die Tatsache, daß niemand von der Familie oder von anderen Gremien hier eine Unterstützung gibt.

Walter Boecker, Schwelm

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

»Moment mal!«



Israel braucht Freunde – keine blinden Prosemiten

Von Klaus Rainer Röhl

Fast jeden Abend gibt es im Nahen Osten Krieg gegen Frauen und Kinder. Palästinensische Selbstmord-Attentäter sprengen sich inmitten eines Schulfestes in die Luft, reißen Dutzende von israelischen Kindern mit in den Tod. Blutlachen, laute Trauerklagen, geballte Fäuste. Am selben Abend starten israelische Kampfflugzeuge in den nächsten palästinensischen Ort, (die Entfernung beträgt dort nur Minuten, die meiste Zeit geht für die Vorbereitung der Raketen drauf), beschießen einen Wohnblock, in dem der Attentäter gewohnt hat, mit Raketen. Dutzende Tote, Kinderleichen, Blutlachen, Trauerklagen, geballte Fäuste. Von einer bestimmten Zahl von Toten an muß das alles ins Fernsehen. Wenn es nur Verletzte gibt, nicht unbedingt.

Seit eine der Selbstmörder-Gruppen, die Hamas, selber als größte Partei ins palästinensische Parlament gewählt wurde, weiß keiner mehr, wie es weitergehen soll. Auch die Europäische Union muß passen, jedenfalls bis zur nächsten israelischen Wahl. Unsere sonst so engagierten Journalisten, die linken von der „taz" und die eher rechten von der „FAZ" und der „Welt", wollen sich hier im Nahen Osten ungern engagieren, keiner möchte sich da die Finger verbrennen, Partei ergreifen. Das hat Gründe.

Mauer wird als »Schutzzaun« verharmlost

Das fängt damit an, daß niemand offen ausspricht, daß die Palästinenser Heimatvertriebene sind, die nach drei großen, von der arabischen Seite angezettelten Kriegen fast ihr ganzes Land an die Israelis verloren haben. Das, was sie jetzt noch ihr Land nennen, sind mehr oder weniger unfruchtbare Landstriche und Flüchtlingslager, die zu großen Betonstädten ausgewuchert sind. Kleine Ortschaften und Städtchen, die biblische Namen tragen, sind oft genug durch israelische Industrieanlagen oder moderne Tierfarmen und Gewächshäuser unterbrochen. Sie haben nie Gelegenheit gehabt, sich wie Ostpreußen, Pommern oder Sudetendeutsche irgendwo zu integrieren. Warum spricht niemand in unserer so vielfältigen Presselandschaft darüber?

Ja. Warum wird die acht Meter hohe, aus besonders stabilem Stahlbeton gefertigte Mauer, die die Israelis im Nahen Osten bauen, in den meisten deutschen Zeitungen grundsätzlich nur Schutzzaun genannt? Allen Besuchern und Journalisten Israels ist die Ähnlichkeit des Bauwerks mit Ulbrichts „antifaschistischem Schutzwall" natürlich gleich bei den ersten Metern aufgefallen. Auch Ulbrichts Mauer war ja keineswegs aus Einzelsteinen errichtet, sondern aus vorgefertigten Betonteilen zusammengefügt, an den Nahtstellen besonders gut gesichert, und auch sie führte durch das ganze weite Land in Form von Sperranlagen, Gittern und elektronischen Sicherungen. Auch die israelische Mauer, die im restlichen Europa auch so genannt wird, führt quer durch das ganze Land, das ehemalige Palästina. Sie soll, als sicher unzulängliches letztes Mittel, das nach 1948 entstandene Land Israel und sein in drei Kriegen hinzugewonnenes Territorium vor Überfällen palästinensischer Terroristen schützen. Was die weitgehend fertig gestellte Mauer besonders abstoßend und deshalb für fast alle Europäer unannehmbar macht, ist die Absicht, sie um alle die zahllosen, kleinen und großen „Siedlungen" herumzuführen, die quer durch das ganze Westjordanland, teilweise noch nach (!) dem Osloer Abkommen, auf palästinensischem Gebiet gebaut worden sind. Viele der älteren Siedlungen unterhalten, hochsubventioniert und mit ausländischem Kapital ausgestattet, modernste Obst- und Gemüseplantagen und Verarbeitungsanlagen, die bisher mit der Hilfe palästinensischer Arbeiter aus der Umgebung betrieben wurden, die wiederum nur dort Arbeitsplätze fanden. Die acht Meter hohe Sperrmauer um sämtliche der 36 großen und unzähligen kleinen Siedlungen herumzuführen bedeutet, daß das geplante selbstständige Palästina in unzählige kleine und kleinste Einzelteile zerteilt wird, ein von allen Ländern der EU und mehrheitlich von der Uno bereits als unerträglich bezeichneter Zustand.

Der Abscheu in den Medien der Welt über diese Mauer ist allgemein. Nur nicht in Deutschland. Die Springer-Parole: „Die Mauer muß weg!" gilt hier nicht. In Deutschland findet die Mauer in der Regel gar nicht statt. Ein ziemlich strikt eingehaltenes Tabu gegenüber Israel veranlaßt die gesamte linksliberale und teilweise auch die konservative Presse, das acht Meter hohe Monstrum nur unter der stark verharmlosenden Bezeichnung Sperrzaun zu erwähnen oder – und das ist meistens der Fall – zu verschweigen. Das gilt auch für die Zeitungen des Springer-Konzerns, allen voran „Bild" und „Welt", seit ihrer Gründung strikt antitotalitär und beim Kampf gegen das Unrecht, welcher Art auch immer, stets allen anderen voran. Die ohne Scheu die Entgleisungen der Amerikaner oder Engländer bei der Behandlung politischer Gefangener in Afghanistan und im Irak beim Namen nennen und dabei auch das Wort „Folter" nicht scheuen, sind im Falle Israels von einer dauerhaften Sehschwäche befallen. Die sonst so glaubwürdig gegen Terrorismus und Willkür überall auf der Welt schreibenden „Welt"- und „Bild"-Redakteure sind, wenn es um Israel geht, auf einem Ohr taub und auf einem Auge blind. Dies hat nicht etwa mit einer allgemeinen Angst zu tun, die Gebote der politischen Korrektheit zu verletzen. Den Verboten dieses neuen Tugendterrors mit seinen zahlreichen, zerquälten Phrasen begegnen diese Kollegen seit seinem Auftreten in Deutschland ebenso furchtlos wie gelassen. Im Falle Israels geht es aber um eine ziemlich simple Sache, über die jedermann infomiert ist und über die buchstäblich niemand spricht: Die sogenannten Springer-Essentials.

Lassen Sie mich dazu eine ganz kleine Geschichte erzählen, die ich selber erlebt habe und also den Vorzug hat, aus erster Hand zu sein: Ende 1997 wurde ich in der „Welt am Sonntag" in einer Buchbesprechung zunächst als „Tucholsky dieser Republik" gelobt und wenig später, also in der Zeit vor den Bundestagswahlen von 1998, vom damaligen Chefredakteur Claus Jacobi als Kolumnist zur „WamS" geholt. Dort schrieb ich zweieinhalb Jahre lang regelmäßig alle vier Wochen die Kolumne „Moment mal!", die stets auf Seite 2 des großen Sonntagsblattes stand. Die Themen dieser Kolumnen wurden von mir selbst gewählt, dann mit der Chefredaktion abgesprochen und von den Lesern gut aufgenommen, wie viele Leserbriefe, aber auch Befragungen ergaben, die dort über jede einzelne Ausgabe angestellt werden. In all diesen Jahren wurde nie eine der von mir geschriebenen Kolumnen abgelehnt. Bis in einem einzigen Fall. Es handelt sich um die Glosse über das geplante Holocaust-Denkmal, das damals diskutiert wurde und gerade beschlossen worden war. „Warum kein Mahnmal für tote Deutsche?"

Israel gehört weit eher in die EU als die Türkei

Diese Kolumne wurde nie in der „Welt am Sonntag" gedruckt. Sie sollte auch nicht, was gelegentlich der Fall war, gekürzt oder in einigen Sätzen verändert werden, sie wurde, ohne lange Debatte, einfach „gekippt". An ihrer Stelle erschien ein Text eines der anderen Kolumnisten. Eine richtige Begründung dafür wurde mir nie gegeben, aber nach langem Insistieren wurde mir angedeutet, daß dies etwas mit den Springer-Essentials zu tun habe, die man offenbar durch diesen Abdruck zu verletzen fürchtete. Die Kolumne erschien in aktualisierter Form in der *PAZ*.

Eine Ablehnung eines meiner Texte aus politischen Gründen war für mich, der 30 Jahre lang Herausgeber und also mein eigener Chefredakteur gewesen war, etwas Neues. Ich kannte, selbst in meiner Kommunistenzeit, keine Essentials, die die Ablehnung eines Textes nahelegten. Deshalb bin ich der Sache nachgegangen. Den Wortlaut der „Springer-Essentials" kenne ich nicht, höre aber, daß sie Bestandteil jedes Arbeitsvertrags bei Springer sind. Sie verpflichten den Redakteur, die Lehren aus der deutschen Vergangenheit zu ziehen und also stets der Verpflichtung zu gedenken, die wir den Opfern des jüdischen Volkes schulden und dem Staat Israel, den die Überlebenden des Mordes an den Juden in Europa gegründet haben.

Die Springer-Presse unterdrückt Kritik wegen des Holocausts

Ich bezweifele nur, daß der Verlagsgründer, lebte er heute noch, dieser leidenschaftliche Gegner allen Unrechts und ganz besonders der unmenschlichen Diktatur der deutschen Kommunisten, mit der Umbenennung und Verharmlosung der israelischen Mauer in einen „Schutzzaun" oder einen „Sicherheitszaun" einverstanden wäre. Axel Springer war jederzeit in der Lage, die Zeichen der Zeit zu erkennen und entsprechend zu handeln. Das sollten auch die bedenken, die er dazu bestimmt hat, sein journalistisches und moralisches Erbe zu hüten und darüber zu wachen.

Bauen wir den Schutzzaun um Israel ab, den wir alle nach 1945 aus achtenswerten Gründen, erschüttert über die jüdischen Opfer der Hitlerdiktatur, errichtet haben und der heute oft nur noch aus wohlfeilem Prosemitismus aufrechterhalten wird. Und behandeln wir Israel endlich als das, was es am liebsten sein möchte, als ein normales Land. Einen der wichtigsten Partner Europas. Israel ist nach der Herkunft des überwiegenden Teils seiner Bewohner ein europäisches Land, die aus den USA stammenden Einwanderer kommen ebenfalls aus einem Land mit europäischen Wurzeln, europäischer Bildung und Kultur. Sie haben eine ähnlich strukturierte Wirtschaft, sie hören die gleichen Lieder, lesen die gleichen Bücher und sehen die gleichen Filme wie Franzosen und Deutsche und Polen, selbst die kurzlebigen Idole der Pop-Kultur der Jugend sind die gleichen. Die im Land geborenen Israelis fühlen sich als aufgeklärte Erbauer und Nutznießer einer hochentwickelten Zivilisation inmitten einer von religiösem Fanatismus beherrschten, fremden und unterentwickelten und Jahr für Jahr weiter verelenden arabischen Bevölkerung, mit der sie in Frieden leben und deren Wirtschaft sie aufbauen könnten.

Israel gehört weit eher in die EU als die Türkei. Vor allen Dingen: Israel ist eine funktionierende Demokratie. Eine Demokratie freilich mit einem zu Zeit ausufernden militärischen Machtapparat, der jeden Ansatz von Verständigung im Keim erstickt, wie auf der anderen Seite die Haßprediger und Terroristen jeden Ansatz von Vernunft im besetzten Palästina unterdrücken.

Es wird Zeit, das Verhältnis zwischen Deutschen und Israelis gründlich zu überdenken. Laßt uns die lange Epoche der gutgemeinten, aber längst zu einem anbiederischen und heuchlerischen Ritual des Polit-Tourismus gewordenen Beziehungen zu Israel einschließlich der obligatorischen Jerusalem-Besuche mit wohlfeilen Schuldbekenntnissen beenden und die Israelis als zukünftige Verbündete behandeln, die mit uns einen gemeinsamen Feind haben: den Terrorismus. Mit islamistischer Motivation und einem Anhängerstamm aus verarmten, gering ausgebildeten und ständig ohne Perspektive lebenden Menschen.

Ich glaube, Israel braucht jetzt eine andere Art von deutscher Hilfe als die bisher aus schlechtem Gewissen unentwegt, aber auch immer mit Murren getätigten Geldzuwendungen und die ständig dorthin pilgernden Besuchergruppen mit Selbstbezichtigungen auf den Lippen. Es braucht Freunde. Reichen wir als Deutsche den Israelis die Hand, aber von nun an ohne kollektive Schuldgefühle, Befangenheit und ohne heuchlerischen, anbiederischen Prosemitismus. Und als Freunde sagen wir ihnen ganz offen die Wahrheit: Israel mit seiner bisherigen Politik war bisher offene Flanke des Westens gegen den militanten Islamismus. Ein großen Teil des Zulaufs für den Terrorismus und dessen außergewöhnliche Steigerung in den letzten Monaten basiert auf der israelischen Besatzungspolitik in dem von ihm in drei Kriegen eroberten Land. Jedenfalls wird diese Besatzungspolitik der Armee, die manchmal sogar eine Besatzer-Willkür ist, von den Untergrundhetzern der Al Kaida und den Haßpredigern der Hamas und des Dschihad Islami zum willkommenen Anlaß genommen, neue Wellen psychisch verwirrter Selbstmörder und Selbstmörderinnen ins Land zu schicken. Aber diese jungen Leute brauchen keine jahrelange Gehirnwäsche, um von explodierendem Haß erfüllt zu sein. Es genügt oft, Augenzeuge einer einzigen Militäraktion der israelischen Armee gewesen zu sein, mit erschossenen oder von Raketen zerrissenen Frauen und Kindern. Bis sie weit und breit keinen Ausweg mehr sehen als diesen jämmerlichen, ohnmächtigen Selbsthaß, aus dem die Bereitschaft zur Selbsttötung kommt, und kein anderes Gefühl als diesen Haß, der durch keine Mauer aufgehalten werden kann. Das muß ein Ende haben.

Die Israelis haben es nicht nötig, daß wir ihre Mauer und ihre Militär-Aktionen und Hinrichtungen durch verbale Schutzräume und Schreibtabus verteidigen. Offenheit tut not, wie sie der international renommierte und in Deutschland vielgelesene Schriftsteller Amos Oz schon 2003 bewies:

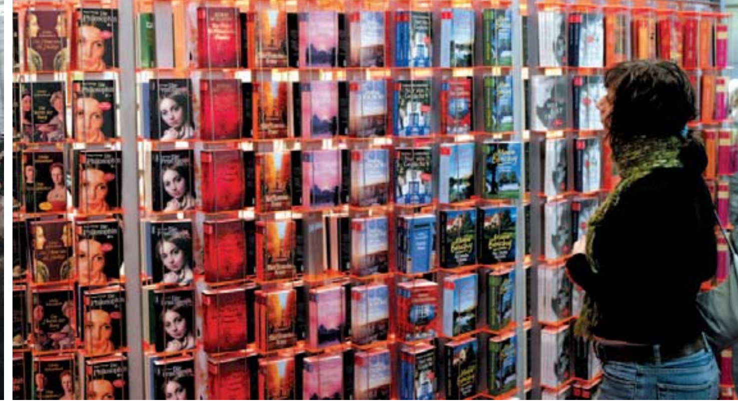
„Woche um Woche zeigen Meinungsumfragen in Israel und Palästina sehr eindrücklich, daß auf beiden Seiten mehr als 70 Prozent für eine Waffenruhe sind, für den Friedensplan und für die Zwei-Staaten-Lösung – Israel und Palästina Seite an Seite.

Der Feind des Friedens ist die ‚Koalition' der Fanatiker auf beiden Seiten. Diejenigen, die jeden Kompromiß ablehnen und der anderen Seite nur das Recht zugestehen, entweder zu sterben oder zu verschwinden.

Wie kommt es, daß diese Gruppierungen fanatischer Araber und extremistischer Juden es immer wieder schaffen, den Weg zum Frieden zu blockieren und uns in den Teufelkreis von Gewalt und Rache hineinzuzwingen?

‚Gleichzeitigkeit' ist das Stichwort. Palästina muß die Terrorgruppen entwaffnen, und zugleich muß Israel, notfalls mit Gewalt, die illegalen Siedlungen auflösen."





Vielseitig interessierte Besucher: Ob Bücherstände, Lesungen oder Podiumsdiskussionen – kaum ein Veranstalter konnte sich über mangelnde Nachfrage beklagen.



Fotos (3): Leipziger Buchmesse

Gut besucht: Menschenmassen drängten in die Hallen.

Lesefest der Rekorde

Buchmesse in Leipzig weckte bei vielen Besuchern die Leselust

Von Bernhard Knapstein

Pisa-Studien zum Trotz überrannten ganze Schulklassen das Leipziger Messegelände. Nicht verwunderlich, denn viele Schulen im Großraum Leipzig hatten nicht hitze- sondern messefrei. So rollten die Schüler in Buskolonnen in den Norden der Messestadt zur Leipziger Buchmesse. Damit aber kein falscher Eindruck entsteht, sei eines vorweg genommen: Die Schüler bestätigten dann doch etwas die regelmäßig für deutsche Schüler ungünstig ausfallenden Bildungsstudien. Die Masse der Jugend fand sich eher an den Ständen der Comic-Branche ein.

Gleichwohl: Die Leipziger Buchmesse war in diesem Jahr um eine Schönwetterfront bemüht. Zum Bild passend sprach man vom ersten bis zum letzten Messetag von einer Rekordbeteiligung. Insgesamt verzeichnete die Buchmesse mit 126 000 Besuchern tatsächlich einen Zuwachs von 17 Prozent. Mehr der Rekorde: 2162 Verlage und Editionen aus 36 Ländern, die auf rund 53 000 Quadratmetern Messegelände und in Leipzig selbst 1800 Veranstaltungen präsentierten, rückten die Meßlatte für künftige Buchmessen nach oben.

Aus ostdeutscher Sicht erfreute die Präsenz der Kulturstiftung der deutschen Heimatvertriebenen, die unter dem Motto „Kulturerbe des deutschen Ostens“ an ihrem Stand Institutionen vorstellte, die sich mit ostdeutscher Kultur und Geschichte im besonderen Maße befassten, wobei der Schwerpunkt der Präsentation auf in Mitteldeutschland wirkende Institutionen gelegt wurde. So präsentierte die Kulturstiftung beispielsweise Schriften der Lehrstühle für Neuere und Neue Geschichte an der Universität Leipzig und der TU Chemnitz sowie das Schlesische Institut Görlitz und die Kopernikusgesellschaft. Daß der Umgang mit Kulturgütern stets Potential hat, Menschen und Staaten zu entzweien, aber ebenso, diese durch gemeinsame Bemühungen um Schutz und Pflege zusammenzuführen, belegten die Ausführungen der Experten im Rahmen einer von der Kulturstiftung ausgerichteten Podiumsdiskussion. Während Frank Fechner, Professor am Institut für Rechtswissenschaften der TU Ilmenau, in diesem Rahmen zunächst den völkerrechtlichen Begriff des Kulturguts und die verschiedenen Kompetenzen zum Schutze desselben erläuterte, zeigte Dr. Idis Hartmann vom Bundesinstitut für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa den Stand der Inventarisierung der Kunstgüter in Schlesien auf. Hans-Günther Parplies, der neben der Kulturstiftung auch im Förderkreis Kirche Tharau mitwirkt, zeigte das Spektrum der Probleme mit den Behörden und die Widrigkeiten in der praktischen Arbeit des Denkmalschutzes im russischen Herrschaftsraum auf. „Ostdeutsche Kultur und Geschichte sind auf der Buchmesse noch zu wenig präsent“, resümiert der Geschäftsführer der Kulturstiftung, Dr. Ernst Gierlich, zum Abschluß der Messe. Noch mehr Engagement und Kooperation der verschiedenen Vertriebeneninstitutionen sei zur Buchmesse erstrebenswert, denn man habe die Nachfrage und das steigende Interesse am ostdeutschen Kulturraum nicht genügend bedienen können.

Die Buchmesse erweist sich zwar als vielschichtig. Themenaktualität konnte man indessen nicht überall konstatieren. Der Karikaturenstreit etwa fehlte auf dem Messegelände ebenso wie außerhalb der Messe eine angekündigte Antifa-Demonstration gegen eine konservative Wochenzeitung aus Berlin, die ihre Teilnahme nur nach einer breit angelegten Medienkampagne durchsetzen konnte. Vielleicht gingen die aktuellen Themen auch in der Unüberschaubarkeit der Veranstaltungen unter. So erscheint es erklärlich, wenn hochdotierte Autoren wie Frank Schätzing („Tod und Teufel“, „Der Schwarm“) vor gerade einmal 100 Zuhörern lesen.

Dennoch, das Leipziger Lesefest kam an. Die alte Verlagshochburg Leipzig hat lange um den Standort für die Buchmesse kämpfen müssen, und jede Buchmesse endete stets mit der Frage, ob eine Fortsetzung empfehlenswert sei. Aber ein langer Atem zahlt sich aus. Lesungen haben derzeit Konjunktur. Die Leipziger Buchmesse konnte sich als Messe für Leser von der großen Schwester in Frankfurt, die eher als klassische Messe für Verleger und Buchhändler ausgerichtet wird, endgültig emanzipieren.

Auch der Börsenverein ließ durch seinen Vorsitzenden Gottfried Honnefelder Optimismus versprühen. Mit üppigen Umsatzsteigerungen der Verlage sei zu rechnen. Etwas Vorsicht bleibt dennoch geboten. Konjunkturversprechen geraten allzu schnell zu Konjunkturversprechern. Denn der Gesamtumsatz im Buchhandel kann aktuell gerade einmal eine Steigerung von 0,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat verzeichnen. Der Belletristik- und auch der Reiseliteraturmarkt schrumpfen weiter. Letzterer immerhin um 10 Prozent. Die Kritik der Leser an den Buchpreisen steigt vernehmlich, auch wenn sich die Verlage durch den kostensenkenden Druck im Ausland zunehmend darauf einstellen.

Doch auch wenn einiges Wasser den Wein streckt: Die Leipziger Buchmesse erfüllt einen wichtigen Zweck, der allein schon ihre Existenz berechtigt. Sie bringt mit ihrem Motto „Leipzig liest“ die Autoren zu den Lesern und umgekehrt. Das macht Lust am Lesen, und für die pisageprügelte deutsche Gesellschaft ist Leselust allemal besser als Lesefrust.

Anzeigen

Zeitzeugen schreiben Geschichte(n)!

Prominente Persönlichkeiten aus Kultur, Medien und Politik fanden sich Ende Januar im Literaturhaus Berlin ein, um die Preisträger des Frieling-Zeitzeugenpreises Berlin / Brandenburg zu ehren und das Anliegen zu würdigen, gelebte Geschichte festzuhalten.

Professorin Dr. Dr. h. c. mult. Rita Süssmuth, Präsidentin der OTA Hochschule in Berlin, betonte in ihrem Grußwort den großen Wert der Zeitzeugenschaft als verdichtete Geschichte. Sie stellte fest, daß es keine Gegenwart und keine Zukunft ohne Herkunft geben könne. Monika Griefahn, MdB, hielt als Mitglied der Jury die Laudatio. Übereinstimmend mit Frau Professorin Süssmuth formulierte sie, daß ohne Kenntnis der Geschichte die Zukunft nicht gestaltet werden könne.

„Schreiben Sie Geschichte“ hatte der Frieling-Verlag Berlin Zeitzeugen aus Berlin und Brandenburg aufgefordert und lud ein, mit Erinnerungen aus den Jahren 1945 bis 1960 am Schreibwettbewerb Frieling-Zeitzeugenpreis Berlin / Brandenburg 2005 teilzunehmen. Mit der Ausschreibung des Frieling-Zeitzeugenpreises möchte der Frieling-Verlag Berlin die gesellschaftliche Bedeutung niedergeschriebener persönlicher Erinnerungen hervorheben. Gleichzeitig halten die Autoren Zeitgeschehen für nachfolgende Generationen fest und entreißen es so dem Vergessen. Eine Anthologie mit den besten Wettbewerbsbeiträgen erscheint unter dem Titel „Zeitzeugen schreiben Geschichte(n)“ im April 2006.

Seit über 20 Jahren unterstützt der Verlag, der sich als Förderer der Bürgerkultur versteht, Autoren bei der Veröffentlichung ihrer Bücher. Die zahlreichen Autobiografien im Verlagsprogramm spiegeln auf persönliche Weise Zeitgeschichte wider.

Nur für Lyrik!

Der Deutsche Lyrik Verlag (dlv) ist ein Imprint-Verlag der Karin Fischer Verlag GmbH, Aachen. Neben Romanen, Erzählungen, Autobiographien und Kunst wurde vor allem dem Gedicht bereits im Karin Fischer Verlag stets eine große Aufmerksamkeit zuteil. Lyriker wie der gefeierte Büchner-Preisträger Karl Krolow und der vom Internationalen Koreanischen PEN-Zentrum wiederholt für den Nobelpreis vorgeschlagene Ku Sang zählten zu den ersten Autoren des renommierten Aachener Verlagshauses, das seit 1989 unter der Leitung des Verlegerehepaars Karin Fischer und Dr. Manfred S. Fischer steht.

Mit der Gründung des Deutschen Lyrik Verlags (dlv) im Oktober des Vorjahres eröffnen die beiden engagierten Verleger ein ganz besonderes Forum für das deutschsprachige Gedicht, um an exponierter Stelle ein markantes Zeichen zu setzen und doch durch die Namengebung die Bedeutung, die dem Gedicht in deutscher Sprache nach ihrem Dafürhalten immer zukam, nachhaltig zu unterstreichen.

Durch seine ausschließliche Konzentration auf Lyrik will der Deutsche Lyrik Verlag mittelfristig als ein allgemein bekanntes Verlags- und Informationszentrum für Lyrik Anerkennung finden, dessen Leistungen weit mehr umfassen als die Veröffentlichung von Büchern. Online- und Printverzeichnisse, Workshops, Foren und Jahrbücher, umfangreiche Informationsangebote für Lyriker sowie Veranstaltungen, Ausstellungen und anderes sollen eine verstärkte Aufmerksamkeit für Lyrik herstellen, sowohl bei Autoren und Lesern wie auch beim Buchhandel und den am literarischen Buch Interessierten bei Presse und anderen Medien.

Auf der Buchmesse Basel, wie auch auf den Buchmessen in Leipzig und Frankfurt, ist der „Deutsche Lyrik Verlag“ jedes Jahr mit einem Stand vor Ort.

Info: (02 41) 960 90 90
www.deutscher-lyrik-verlag.de

Anzeigen

Erinnerungen für die Zukunft

Sie möchten aus Ihrem Leben berichten, Sie wollen ein Buch mit Ihren Erinnerungen herausgeben? Dann sind Sie bei der Biografiewerkstatt Otto an der richtigen Adresse. Egal, ob Sie schon ein fertiges Manuskript haben oder lieber Ihre Erinnerungen erzählen möchten.

Es lohnt sich, Ihre eigene Lebensgeschichte festzuhalten – besonders wenn es um Ihre Kindheit und Jugend in der verlorenen Heimat geht. Ihre Vergangenheit sollten Sie für Ihre jüngeren Angehörigen schildern und so in der Erinnerung bewahren.

Entweder haben Sie schon selber Ihre Erinnerungen aufgeschrieben. Oder Sie erzählen Ihre Lebensgeschichte und die Autorin Anja Otto verfaßt aus der Aufnahme einen gut lesbaren Text, der in Ihrem persönlichen Sprachstil gehalten ist.

Ihr Buch entsteht von der ersten bis zur letzten Zeile nach Ihren Wünschen. Fotos, Briefe und Dokumente machen es anschaulich und lebendig. Ihre Biografie kann entweder in einem kleinen Privatauflage erscheinen oder auch veröffentlicht werden – ganz wie Sie es möchten.

Für Ihre Angehörigen ist Ihr Leben spannender als das jedes Prominenten. Wenn Sie Ihre Lebenserinnerungen für die Nachwelt bewahren und Verwandten sowie Freunden ein ganz persönliches Geschenk bereiten möchten, wenden Sie sich an die Biografiewerkstatt Otto, Breite Straße 8, 55124 Mainz, Telefon (06131) 971 68 50.

Tradition und Gegenwart

In den nunmehr 29 Jahren seines Bestehens haben der R.G. Fischer Verlag und edition fischer nahezu 4000 Titel verlegt.

Stark vertreten sind dabei die beiden Gebiete Lyrik und Biographien.

So gibt der Verlag jährlich zu den großen Buchmessen hochwertig ausgestattete Lyrik- und Prosa-Anthologien heraus, an denen sich Autoren auch mit wenigen Seiten beteiligen können.

So haben Schriftsteller die Möglichkeit, auch Texte zu publizieren, die für ein eigenes Buch nicht umfangreich genug sind.

Zur diesjährigen Frankfurter Buchmesse im Oktober ist das Erscheinen der Anthologie „Dokumente erlebter Zeitgeschichte“, Band 2, geplant, für die der Verlag noch bis Ende Mai 2006 (auto)biographische Textbeiträge annimmt.

Für die Lyrik-Anthologien „Das Gedicht lebt!“ die zur Frankfurter Buchmesse erscheinen, ist der Einsendeschluß jährlich am 30. Mai, für die „Collection deutscher Erzähler“ mit Prosabeiträgen, die zur Leipziger Messe im März erscheinen, jeweils der 30. November.

Umfangreichere Manuskripte, die für ein eigenes Buch ausreichen, prüft der Verlag jederzeit kostenlos und unverbindlich und bemüht sich gerne, Wunschtermine der Autoren (Weihnachten, Geburtstage, Jubiläen) bei der Publikation einzuhalten.

Im R.G. Fischer Verlag erscheinen auch Bücher unbekannter Autoren zu oft hochinteressanten Themen. So zum Beispiel der Titel „Die Putbusser“ von Klaus Montanus, in dem der Autor seine Erlebnisse als Schüler einer Napola beschreibt – ein Thema, das aktuell ein sehr hohes Interesse genießt.

Bei R.G. Fischer haben Autoren schon bis zu 16 Titel herausgebracht – auf solche Vertrauensbeweise ist der Verlag besonders stolz. Einzelne erfolgreiche Titel sind bis zur 7. und 8. Auflage lieferbar, der Ullstein-Verlag hat wiederholt R.G. Fischer-Titel als Taschenbuch herausgebracht.

17 Schritte vom Manuskript bis zur Lesung für 895 Euro

Lesen und Bewerten des eingereichten Textes – Übernahme der Text-Datei in unsere Datenverarbeitung – Setzen des Textes – Einarbeitung von bis zu zehn Fotos oder anderen Dokumenten, gegebenenfalls Aufarbeitung derselben – Gestaltung des Umschlags nach Wünschen der Autorin / des Autors – erste Korrektur durch Mitarbeiter des Verlags, unbegrenzte Zeichen – Eingabe der ersten Korrekturen durch unsere Schreibkräfte – Zusendung der Druckfahne an die Autorin / den Autor – zweite Korrektur durch dieselben – Eingabe der zweiten Korrekturen durch unsere Schreibkräfte – Druck und Bindung mit vierfarbigem Cover, 250 g/m², vierfach genutet – Lieferung der Bücher frei Haus – Versand der Pflichtexemplare an die Deutsche Bibliothek – Lagerung des Werkes über viele Jahre in der Datenverarbeitung unseres Verlags – ISBN-Nummer – Stellung von Werbematerial in Form von Flyern – Plakate für Lesungen.

Kein Preis-Dschungel wie bei der Bundesbahn.

Wir korrigieren alle Fehler auch an allen geraden und ungeraden Werktagen!

Wie viele Bücher gibt es für 895 Euro?

Bei 100 Buchseiten liefern wir zum Beispiel 101 Bücher.

Bei uns freuen sich die Autoren nicht nur, wenn sie das erste Buch aufschlagen, sondern schon bei Vertragsabschluß!



Gegen Doppelmoral

Norman G. Finkelstein über Antisemitismus als Waffe

„Chutzpah“ meint in Jiddisch etwas zwischen „Frechheit“ und „Unverschämtheit“. Das Wort avancierte in Amerika sogar zum Modewort mit positivem Unterton, nämlich „Kühnheit“. In diesem Sinne betitelte der umstrittene Harvard-Rechtsprofessor Alan Dershowitz, Strafverteidiger von O.J. Simpson (erfolgreich) und Mike Tyson (ohne Erfolg) seine Autobiographie „Chutzpah“. Seine Nemesis heißt Norman Finkelstein, Professor für Politikwissenschaften an der DePaul University in Chicago.

Finkelstein ist Sohn von Holocaust-Überlebenden, die nach Amerika auswanderten, wuchs in New York auf und setzt sich seit seiner Dissertation für einen gerechten Ausgleich zwischen Israelis und Palästinensern ein. Zusammen mit Ruth Bettina Birn schrieb er das bedeutende Buch „A Nation on Trial“ (1998), das die Thesen von Daniel Goldhagen vernichtend kritisierte, dann folgte sein Bestseller „Die Holocaust-Industrie“ (Piper), in welchem er die pietätslose Kommerzialisierung des Leidens der Juden anprangerte. Nun rechnet er mit Dershowitz ab, dem führenden publizistischen Anwalt des Zionismus in Amerika. In neun Kapiteln und drei Anlagen beschäftigt sich Finkelstein vor allem mit Dershowitz' Thesen in dessen Buch „The Case for Israel“ (2003), das in Tausenden von Exemplaren vom israelischen Außenministerum gekauft und verteilt wurde. Der Titel der neuen Streitschrift Finkelsteins „Jenseits von Chutzpah“ erklärt sich durch seine Empörung über den Versuch von Dershowitz, die Folterpraxis der israelischen und amerikanischen Militärs und Geheimdienste, die gezielten Tötungen von Palästinensern, den „collateral damage“ und die Tötung tausender palästinensischer Zivilisten einschließlich Kindern (im Verhältnis von 20 palästinensischen auf ein israelisches Opfer), die Vertreibung von Hunderttausenden Palästinensern seit 1947 und die Zerstörung ihrer Häuser zum Zwecke der Errichtung jüdischer Siedlungen beziehungsweise der Mauer zu rechtfertigen.

Ein Teil des Buches von Finkelstein besteht aus einer gründlichen Analyse und Widerlegung der Thesen von Dershowitz, und es gelingt ihm, eine Reihe eklatanter sachlicher Fehler und Manipulationen aufzuzeigen. Akribisch zeigt Finkelstein, wo Dershowitz Fakten verbiegt und was er verschweigt, und bezichtigt ihn, das inzwischen als unwissenschaftlich geltende Machwerk von Joan Peters „From time Immemorial“ (1984) plagiiert zu haben.

Gewiß gibt das Derschowitz-Buch Anlaß zur Widerlegung, aber Finkelstein geht darüber hinaus, um dem Leser fundamentalere Fragen zu stellen. Schließlich geht es nicht um die intellektuelle Redlichkeit eines Harvard-Professors, sondern um den Frieden im Nahen Osten und um das Wissen und die Weisheit, die notwendig sind, um das Zusammenleben von Israelis und Palästinensern zu ermöglichen. Hierzu liefert Finkelstein eine Fülle belegbarer Fakten über die jüdische Siedlungspolitik seit der Balfour-Deklaration (1917), und jeweils nach der Peel Commission (1937), der UN-Teilungs-Resolution (1947), der Sicherheitsrat-Resolution 242 (1967), Camp David (2000), Taba (2001), sowie der ersten (1987–93) und zweiten („Al-Aqsa“) Intifada (seit 2000).

Finkelstein setzt sich für eine klare Abgrenzung zwischen einer legitimen Kritik an der Politik Israels und dem vulgären Rassismus ein. Er illustriert, wie der Vorwurf des Antisemitismus durch die amerikanischen Medien zum Zwecke der Einschüchterung in der politischen Auseinandersetzung instrumentalisiert wird, was die notwendige offene Diskussion über eine friedliche Lösung im Nahen Osten erheblich erschwert.

Nützlich erweisen sich Finkelsteins Auswertung der Jahresberichte von Amnesty International 1991 bis 1999 mit entsprechenden Zitaten zahlreicher Berichte von Human Rights Watch, Berichten der israelischen Nichtregierungsorganisation B'Tselem, des UN-Sonderberichtserstatters für die Israelisch Besetzten Gebieten, des UN-Sonderberichtserstatters für Folter sowie seine Hinweise auf die Diskussionen in Plenarsitzungen der Menschenrechtskommission.

Zu bedauern ist, daß Finkelstein die einschlägigen Berichte und Schlußfolgerungen des Menschenrechtsausschusses und des Ausschusses gegen die Folter der UN kaum berücksichtigt, auch nicht die Berichte des „Centers for Housing Rights and Evictions (COHRE)“, die seine Argumente noch weiter untermauern würden. Eine Diskussion der „Geneva Initiative“ von 2003 und der „Roadmap“ des Quartetts hätte die Analyse abgerundet. Zwar fehlt ein Literaturverzeichnis, doch sind alle Quellen in den mehr als 500 ausführlichen Fußnoten zu finden.

Die bisherigen Rezensionen des vorliegenden Buches sind überwiegend anerkennend. Bislang sind die von ihm angeführten Fakten von keiner Seite widerlegt oder seine wissenschaftliche Methodologie entkräftet worden. Die Kritik ist ad hominem gerichtet. Er wird als „Verräter“ und Anti-Zionist bezeichnet. Dies stört Finkelstein ebenso wenig wie der Vorwurf, daß er „Beifall von der falschen Seite“ bekomme. Eigentlich wendet er diesen Vorwurf gegen seine Kritiker um, wenn er betont, er schreibe vor allem deswegen, weil die „gute Seite“ es versäumt habe, die entscheidenden Fragen zu stellen.

Finkelstein protestiert nämlich gegen die lähmende politische Korrektheit in den amerikanischen Universitäten, und es gelingt ihm, fundamentale Probleme des Zeitgeistes zu verdeutlichen. Wie kommt es, daß wissenschaftlich fehlerhafte Bücher wie jene von Peters, Goldhagen und Dershowitz Bestseller werden können. Zweitens, wie sich Professoren an berühmten Universitäten nicht nur wissenschaftliche Manipulationen, sondern auch Plagiate ohne Konsequenzen leisten können. Drittens, wie ist es möglich, daß trotz der kritischen Beurteilung durch unabhängige seriöse Beobachter der menschenrechtlichen Lage in Israel und den besetzten Gebieten die politische Führung Amerikas die gebotenen Schlußfolgerungen ignoriert und die faktische Kolonisierung Palästinas durch israelische Siedler deckt und finanziert, einschließlich der berüchtigten Trennungs-Mauer. Viertens, warum kann Israel permanent gegen etliche Resolutionen der Vereinten Nationen und sogar gegen die Advisory Opinion des Internationalen Gerichtshofes vom 9. Juli 2004 mit völliger Straflosigkeit verstoßen?

Es lohnt sich, dieses Buch durchzulesen und darüber nachzudenken, welche Konsequenzen für den politischen Alltag notwendig sind, insbesondere in der Menschenrechtspolitik der EU. In der Tradition seines Mentors Noam Chomsky, nahmt uns Finkelstein, unsere Prinzipien ohne doppelte Moral zu behaupten. *Alfred de Zayas*

***Norman G. Finkelstein: „Antisemitismus als politische Waffe – Israel, Amerika und der Mißbrauch der Geschichte“**, Piper, München 2006, geb., 400 Seiten, 19,90 Euro*

Bereits jeder Dritte stirbt heute an Krebs!

Und jedem Betroffenen bleibt meist nichts anderes, als das Martyrium einer Chemo- oder Bestrahlungstherapie über sich ergehen zu lassen.

Wie kommt es überhaupt, daß trotz Milliarden an Forschungsgeldern weltweit ein wirklich erfolgreiches Krebsheilmittel noch nicht gefunden werden konnte – ja, die Fachleute sogar noch immer über die Natur der Krankheit rätseln? Und woran liegt es, daß die Krebsrate in westlichen Industriestaaten ständig und rapide ansteigt, während es Völker auf der Erde gibt, bei denen Krebs bis auf den heutigen Tag unbekannt ist?

G. Edward Griffin enthüllt den größten Skandal des Pharmakartells: Der US-Arzt Ernst Theodor Krebs hat bereits vor 50 Jahren die wahre Ursache des Krebses entdeckt und ein natürliches Heilmittel gefunden. Mehrfache klinische Tests gaben ihm Recht. Doch seine Entdeckung wurde vom Pharmakartell unterdrückt und er selbst als Scharlatan diffamiert. Wo liegt das Problem? Sein Heilmittel ist für jeden zugänglich und deshalb nicht patentierbar – somit läßt sich kein Geld damit verdienen. Die Verleumdungskampagne geht sogar soweit, daß die Krebsmafia dafür gesorgt hat, daß das Heilmittel in den USA bis heute verboten ist.

„Ein klarer und revolutionärer Einblick in die wissenschaftlichen und politischen Aspekte der Krebstherapie“, urteilt Dean Burk vom amerikanischen „National Cancer Institute“.



Flucht und Vertreibung: Ein Flüchtlingstreck aus Ostdeutschland sucht in Potsdam Unterkunft, nicht ahnend, daß die Hoffnung auf baldige Rückkehr in die Heimat sich nicht erfüllen wird.

Thesen zur Vertreibung

Neuauflagen der Standardwerke von Prof. Alfred M. de Zayas

Zu den Standardwerken über Flucht und Vertreibung der Deutschen aus dem Osten zählen seit Jahrzehnten die Werke des Völkerrechtlers Prof. Dr. Alfred M. de Zayas („Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung", 1977, sowie „Anmerkungen zur Vertreibung", 1986). Beide Bücher wurden jetzt komplett überarbeitet, ergänzt und aktualisiert neu herausgegeben, das erste unter dem Titel „Die Nemesis von Potsdam" bei Herbig in München; das andere heißt nun „Die deutschen Vertriebenen – keine Täter, sondern Opfer" und erscheint bei Ares / Stocker in Graz. Wie der Autor bereits in einem Interview mit dieser Zeitung (*PAZ* 52 / 2005) betonte, sind jeweils etwa 20 Prozent völlig neu.

Als Anhang hat de Zayas, Kulturpreisträger der Landsmannschaft Ostpreußen und ständiger Autor dieser Zeitung (siehe Seite 10), seine wichtigsten Aussagen in zwölf Thesen zusammengefaßt.

Dem Bund der Vertriebenen hat er inzwischen vorgeschlagen, diese Thesen sowie die richtungweisende Rede des ehemaligen UN-Hochkommissars für Menschenrechte, Jose Ayala Lasso, zum Tag der Heimat im August 2006 in Berlin in einer Broschüre abzudrucken, die unter anderem in Schulen verteilt werden könnte, um der allzu weit verbreiteten Unwissenheit über diese Thematik entgegenzuwirken.

Vorab dokumentieren wir hier Auszüge aus diesen „Thesen zur Vertreibung":

- Heimatrecht ist Menschenrecht.
- Die Vertreibung der Deutschen war völkerrechtswidrig.
- Die Haager Landkriegsordnung von 1907 war im Zweiten Weltkrieg anwendbar. Artikel 42 bis 56 beschränken die Befugnisse von Okkupanten in besetzten Gebieten und gewähren der Bevölkerung Schutz, insbesondere der Ehre und der Rechte der Familie, des Lebens der Bürger und des Privateigentums (Artikel 46), und verbieten Kollektivstrafen (Artikel 50). Eine Massenvertreibung ist mit der Haager Landkriegsordnung in keiner Weise in Einklang zu bringen ...
- Vertreibungen waren im Jahre 1945 völkerrechtswidrig, auch in Friedenszeiten, denn sie verletzen die Minderheitenschutzverträge, die Polen und die Tschechoslowakei verpflichteten.
- Die Rechtsprechung des Internationalen Militär-Tribunals in Nürnberg verurteilte die Vertreibungen, die von den Nationalsozialisten durchgeführt worden waren, als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit.

Das Völkerrecht hat per definitionem universale Geltung, und darum stellten die Vertreibungsaktionen gegen die Deutschen, gemessen an denselben Prinzipien, ebenfalls Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit dar.

- Artikel XIII des Potsdamer Protokolls hat keine Legalisierung der Vertreibung der Deutschen bewirkt und konnte es auch gar nicht. Die Alliierten hatten keine unbeschränkte Verfügungsgewalt über das Leben der Ostdeutschen. Auch wenn es ein „Interalliiertes Transferabkommen" gegeben hätte (und Artikel XIII stellt kein solches Abkommen dar), müßte es nach völkerrechtlichen Prinzipien beurteilt werden.
- Vertreibung und Verschleppung können sehr wohl als Völkermord bezeichnet werden, wenn die Absicht des Vertreiberstaates nachweislich ist, eine Volksgruppe auch nur teilweise zu vernichten. Dies war zweifelsohne die Absicht Beneschs, wie in seinen Reden und in den Benesch-Dekreten ausreichend belegt.
- Flüchtlinge und Vertriebene haben ein Recht auf Rückkehr sowie ein Recht auf Restitution (siehe Uno-Unterkommission für Menschenrechte, Resolutionen 2002/30 und 2005/21, sowie den Schlußbericht der Unterkommission über Vertreibung und die Menschenrechte, UN Doc E/CN. 4/Sub. 2/1997/23). *M.S.*

Alle Bücher von Prof. Dr. Dr. Alfred M. de Zayas sind zu beziehen über den Preußischen Mediendienst, Telefon (040) 41 40 08-27 oder Fax (040) 41 40 08-58.

Forum für Zeitzeugen

Erinnerungen, Romane, Erzählungen, Gedichte und Bildbände stehen im Zentrum des Karin Fischer Verlags (www.karin-fischer-verlag.de), der seit über 15 Jahren unter der Leitung des Kulturwissenschaftlers und Autors Dr. Manfred S. Fischer steht.

Es entsprach stets der Philosophie des angesehenen Aachener Verlagshauses, das seit vielen Jahren auf allen großen deutschen Buchmessen präsent ist, Traditionsbewußtsein und Modernität in Einklang zu bringen und neben bekannten und renommierten Autoren wie Karl Krolow, Ku Sang, Josef Hanauer und Maria Isabel Barreno auch neuen, noch unbekannten Autoren ein Forum zu eröffnen – unter diesen auch wichtige Zeitzeugen der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, die sich wie Sabine Welsch-Lehmann, Gertrud Ott oder Wolfgang Ronner, um nur einige zu nennen, in ihren Erinnerungen und Romanen engagiert und liebevoll mit der Geschichte der deutschen Ostgebiete und dem Verlust ihrer Heimat auseinandersetzen.

Buchsatz und Umschlaggestaltung, auf deren hohe Qualität der Verlag sehr viel Wert legt, liegen in den Händen diplomierter Designer mit langjähriger Berufserfahrung. Jedes Buch erfährt eine individuelle Behandlung und wird von kompetenten Lektoren betreut, die den Autoren des Verlags selbstverständlich auch jederzeit beratend zur Seite stehen. Der Verlag lädt neue Autoren gerne zur Einsendung ihrer Manuskripte ein und bittet um Zusendung zu treuen Händen an sein Eingangslektorat in Aachen. – Leipziger Buchmesse und Buchmesse Basel, Halle 3, Stand G05.

Historische Landkarten

Schon 1921 gründete der Vater von Peter Schadinsky in Königsberg den SchadinskyVerlag. Schon damals lag der Schwerpunkt auf der Herausgabe von Telefonbüchern, aber auch Karten von Ostdeutschland gab der Vater heraus. Eine Lagerhausgesellschaft benötigte Karten, die Bahnlinien, Wasser- und Wirtschaftswege abbildete. Diese historischen Karten wurden auch nach Flucht und Vertreibung ohne Pause weiterverlegt. Nachdem der Verlag im niedersächsischen Celle seinen neuen Firmensitz gefunden hatte, wurde also nicht nur das Telefonbuchgeschäft weitergeführt, denn wer meint, daß mit dem Verlust der Ostgebiete nach dem Zweiten Weltkrieg auch das Interesse an den jeweiligen Karten abnahm, der irrt. Aus aller Welt, seit einigen Jahren auch über das Internet, kommen zahlreiche Anfragen nach den beliebten Karten. Der SchadinskyVerlag bietet folgende Karten an: 1) Heimatkarte von Ostpreußen mit der freien Stadt Danzig und dem Memelgebiet, Stand 1937 mit 85 Städtewappen 2) Heimatkarte von Westpreußen, Stand 1920 mit 57 Städtewappen 3) Heimatkarte von Pommern mit der nördlichen Grenzmark Posen-Westpreußen, Stand 1940, mit 92 Städtewappen und 4) Heimatkarte von Schlesien und Oberschlesien, Stand 1939 mit 47 Städtewappen. Alle Landkarten sind fünffarbig und kosten je 8,50 Euro.

Der Weg in den Dritten Weltkrieg

Die Aktienmärkte jagten von Rekord zu Rekord. Es entstand der Eindruck, daß jeder spielend ohne Arbeit reich werden kann. Doch dieses Buch wird Ihnen die Augen öffnen: Wir stehen vor der größten Weltwirtschaftskrise, die die Erde je gesehen hat. Unser Geldsystem wird an seinen inneren Widersprüchen zerbrechen.

Weil die Politiker und die Hochfinanz mit ihren internationalen Machtkartellen alles daran setzen, die Stunde der Wahrheit so lange wie möglich hinauszuzögern, bläht sich das System immer mehr auf.

Die Umverteilung des Kapitals von Arm nach Reich geschieht immer schneller.

Doch die Finanzblase wird platzen. Eine Weltwirtschaftskrise von ungeahntem Ausmaß wird die Folge sein. Sie wird für die meisten zu unbeschreiblicher Armut und Elend führen, am Ende sogar zu einem neuen Weltkrieg. Niemand von uns wird sich diesem Desaster der Währungssysteme und dem Zusammenbruch aller Börsen entziehen können.

Günter Hannich hat mit marktschreierischen Untergangsvisionen, trotz dieser mehr als beunruhigenden Feststellungen, nichts im Sinn.

Seine Analysen sind präzise und fundiert. Sie münden in konkrete Strategien und sind von bestechender Logik.

Der Autor Günter Hannich hat so recht – es tut richtig weh!

Manipulation der Märkte

Der Autor Ferdinand Lips war Mitbegründer und langjähriger Direktor der Bank Rothschild in Zürich. 1987 gründete er seine eigene Bank. Kein Zweiter kennt die internationalen Finanzmärkte, aber vor allem den Goldmarkt, besser als er. In diesem Buch erfahren Sie von einem absoluten Insider, warum der Goldmarkt seit über 40 Jahren von einer internationalen Macht- und Finanzelite manipuliert wird und warum ein freier Goldmarkt nicht existiert. Gold ist nicht irgendeine Ware – Gold ist das Barometer, das man beseitigen will. Gold ist Geld! Gold ist sogar mehr als Geld. Zusammen mit seinen ihm zugeschriebenen mystischen Eigenschaften hat es für die Menschheit eine entscheidende Bedeutung. Was Eingeweihte hinter den Kulissen schon lange wissen, enthüllt der Privatbankier hier schonungslos: 1) Warum der globale Zusammenbruch der Weltwirtschaft unmittelbar bevorsteht. 2) Warum Gold das wichtigste Krisenmetall ist. 3) Wo sich das Zentralbankgold der Deutschen tatsächlich befindet, und ob es überhaupt noch da ist. 4) Wer die Schweiz dazu erpreßte, ihren Goldschatz zu verkaufen. 5) Wer den Goldmarkt manipuliert und warum. 6) Warum Sie zu Ihrem Schutz Gold kaufen sollten.

„Spannender wurde wohl noch nie zusammengefaßt, was sich im Hintergrund des Goldmarktes seit Jahren abspielt", urteilt Dr. Bruno Bandulet über diesen Bestseller.

Künstler des Abendlandes

Zur Zeit ist Österreichs wohl bekanntestes Salzfaß, die Saliera von Benvenuto Cellini, wieder zu sehen – in der Ausstellung „Europa ohne Grenzen – Beispiele zur Entstehung der künstlerischen Vielfalt Europas“, die noch bis zum 5. Juni im Kunsthistorischen Museum Wien gezeigt wird. Das auf 50 Millionen Euro geschätzte Kunstwerk aus dem 16. Jahrhundert war im Mai 2003 geraubt worden und konnte erst im Januar 2006 sichergestellt werden. Es gehört zu den **50 Skulpturen**, die Rolf Johannsen in seinem neuen Buch vorstellt (Gerstenberg Verlag, 272 Seiten, zahlr. sw und farbige Abb., Klappbroschur, 19,95 Euro). Diese Bildwerke haben die abendländische Kunstgeschichte maßgeblich geprägt und dokumentieren den Wandel des Menschenbildes und die vielfältigen Ausprägungen der europäischen Bildhauerkunst von der Antike bis ins 19. Jahrhundert. Erst den Bildhauern der griechischen Klassik gelang die Darstellung des Körpers als ein organisches Ganzes. Ihre Statuen fanden Aufnahme in die Antikensammlungen.

Dort und in den Sammlungen von Gipsabgüssen lernten Generationen von Malern und Bildhauern das Sehen. Viele kopierten, andere aber entwickelten Neues. Seit der Antike haben sie den Menschen auf mannigfaltige Weise dargestellt: idealisiert oder mit individuellen Zügen, keusch verhüllt oder erotisierend formbetont, mit verhaltenem Ausdruck oder expressiver Mimik und Gestik. In ihren Themen spiegeln die ausgewählten plastischen Meisterwerke die religiösen, politischen und ästhetischen Auffassungen ihrer Zeit wider. Die Faktenseite des Buches informiert über die Biographie des Künstlers, über Stilepochen oder bildhauerische Arbeitstechniken und liefert Lese- und Besichtigungstips. *o-n*

Die Kunst bewegt

Edvard Munch und Auguste Rodin in Hamburg

Von Silke Osman

Er malte keine Interieurs, keine lesenden Menschen, keine strickenden Frauen, wie seine Zeitgenossen sie auf der Leinwand festhielten. „Es müßten lebendige Menschen sein, die atmen und fühlen, leiden und lieben“, forderte er schon als junger Mann. Und so hat der Norweger Edvard Munch (1863–1944) in seinem Werk wie kaum ein anderer Künstler seiner Zeit die Gefühle in den Mittelpunkt gestellt. Wer bedeutende Werke dieses Malers sehen möchte, der muß dazu nicht eigens nach Oslo fahren (obwohl ein Besuch im dortigen Munch-Museet durchaus lohnenswert ist). Eine umfangreiche Ausstellung mit 160 Arbeiten des Norwegers, vor allem Graphik und 13 wichtige Gemälde wie die „Madonna“, zeigt die Hamburger Kunsthalle noch bis zum 14. Mai unter dem Titel „Edvard Munch – ... aus dem modernen Seelenleben“.

Munch und Deutschland, das war eine durchaus enge Beziehung. So hielt sich der Maler um die Jahrhundertwende immer wieder einmal in Deutschland auf, vorwiegend in Berlin. Aber auch nach Hamburg und nach Lübeck führten ihn seine Wege.

In Lübeck war es der Augenarzt Max Linde, der alles daran setzte, aufstrebenden Künstlern wie Munch finanziellen und ideellen Rückhalt zu geben. Nur wenige ausgewählte Freunde hatten Zugang zu seinen reichen Kunstsammlungen, darunter waren so unschätzbare Originale wie die von Böcklin, Leibl, Manet, Degas, Liebermann, Rodin und Edvard Munch. Bis zum Jahr 1909 war Munch wiederholt zu Gast gewesen in der Lindeschen Villa, die seit 1968 ein Standesamt beherbergt. Er malte die vier Söhne der Familie und schuf 1904 einen Fries für Linde. Drei Jahre später entstand ein Ölgemälde, das den Garten der Villa Linde in der Ratzeburger Allee zeigt. Umgeben von lichtdurchfluteten Bäumen sitzt der berühmte „Denker“ von Auguste Rodin (1840–1917) auf dem Sockel. Zu sehen ist das Gemälde nun nicht in der Kunsthalle, sondern einige 100 Meter Luftlinie entfernt im Bucerius Kunstforum am Hamburger Rathausmarkt. Dort wird derzeit auf mehr als 600 Quadratmetern die Ausstellung „Vor 100 Jahren – Rodin in Deutschland“ gezeigt. Zu sehen sind 68 Skulpturen, 40 Zeichnungen und 50 Fotografien, die Einblick geben in die Schaffensweise des Bildhauers.

Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts hatte Rodin, der als Begründer der modernen Plastik gilt, in Deutschland eine große Anhängerschaft. Bei seiner triumphalen Schau anläßlich der Pariser Weltausstellung 1900 waren ihm die vielen Bewunderer aus Deutschland aufgefallen. Dieser Eindruck mag ihn auf die Idee gebracht haben, mit einer Reihe von Ausstellungen gezielt das deutsche Publikum zu erobern.

Im Anschluß an die Weltausstellung machte der französische Bildhauer eine regelrechte Tournee durch Deutschland. Bei diesen Ausstellungen setzte er auf ein ungewöhnliches, geradezu modern anmutendes Konzept: Er zeigte nicht mehr nur einzelne vollendete Skulpturen, sondern wollte den Ausstellungsbesuchern den ganzen Prozeß seines Schaffens vor Augen stellen. So wählte er bewußt Werke aus Gips aus, einzelne Elemente aus seinen großen Auftragswerken und kombinierte sie vielfach und miteinander. „Rodins deutsche Ausstellungen waren komplexe Inszenierungen, die bei den Besuchern den Eindruck erwecken sollten, direkt in seinem Atelier zu Gast zu sein. Nicht das fertige Werk, sondern den künstlerischen Prozeß erklärte er damit zum Kern seiner Kunst“, so die Ausstellungsmacher in Hamburg, die nun gleichfalls eine solche Präsentation der Werke Rodins vornahmen. Und so findet man neben den fertigen Bronzen auch Gipsmodelle, denen man die Arbeit am Objekt ansieht. Nähte etwa und stützende Metallgerüste zeigen den Aufbau der Werke. Das Bucerius Kunstforum und die Skulpturensammlung Dresden, wo die Ausstellung im Anschluß zu sehen sein wird, konzentrieren sich in dieser zusammen mit dem Musée Rodin, Paris, vorbereiteten Ausstellung auf jene Werke Rodins, die in Deutschland in der vom Künstler selbst inszenierten Präsentation zu sehen waren. Entstanden ist eine Ausstellung, die man durchaus mehrmals besuchen kann, um die Vielfalt der Werke auf sich wirken zu lassen.

Die Ausstellung im Bucerius Kunstforum am Hamburger Rathausmarkt ist bis 25. Mai täglich von 11 bis 19 Uhr geöffnet, Eintrittspreise: 5 / 3 Euro; montags ermäßigt 2,50 Euro, im Anschluß vom 10. Juni bis 13. August in den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden, Skulpturensammlung, Ausstellungsgebäude an der Brühlschen Terrasse, täglich (außer montags) von 10 bis 18 Uhr. Zur Ausstellung ist ein Katalog im Hirmer Verlag erschienen (192 Seiten, 19,90 Euro).


Foto: Musée Rodin

Auguste Rodin: Der Künstler installiert den Gipsabdruck einer verkrampften Hand und einer flehenden Figur zu einer Komposition (1906).

Ausstellungen an verschiedenen Orten beleuchten in diesem Jahr unterschiedliche Facetten der Kunst Rodins und ihrer Wirkung in Deutschland. Neben der Präsentation in Hamburg und Dresden ist auch eine im Süden und Westen Deutschlands geplant. „Auguste Rodin: Der Kuß. Die Paare“ ist der Titel einer Ausstellung in der Kunsthalle der Hypo-Kulturstiftung in München, die vom 22. September bis 7. Januar 2007 zu sehen sein wird und im Anschluß im Museum Folkwang in Essen gezeigt wird (25. Januar bis 9. April 2007). Ausgangspunkt dieser Ausstellung ist Rodins Hauptwerk „Der Kuß“, das in Hamburg bedauerlicherweise nicht zu sehen ist. Dem verbreiteten Bild von Rodin als „homme à femmes“ wird eine neue Betrachtung entgegengestellt, indem erstmals das Thema des Paares ausgiebig untersucht wird. Rodins Verhältnis zur Frau als Muse und Inspirationsquelle erscheint wesentlich vielschichtiger als bisher dargestellt. Neben etwa 35 Skulpturen in Stein, Marmor oder Bronze aus allen Schaffensphasen werden auch Vorzeichnungen und Fotografien zu sehen sein. *EB*

Mit dem Thespis-Karren auf Erfolgskurs

Vor 100 Jahren wurde der Intendant und Regisseur Boleslaw Barlog in Breslau geboren

Von Susanne Deuter

Was für ein Bonbon, die Barlog-Ära! Zu seiner Zeit als Generalintendant schwappten die Wogen der Begeisterung noch über auf andere Städte, waren Gesprächsthema. Nicht zuletzt wegen seiner großartigen Schauspieler. Theaterliebhaber kamen an die Spree, um zu sehen, was gespielt wurde bei Barlog. Genaugenommen waren es zweieinhalb Häuser, die der Berliner aus Breslau bis 1972 führte: von 1945 an das Schloßpark-Theater, ab 1951 auch das Schiller-Theater, und acht Jahre später kam die Werkstatt hinzu.

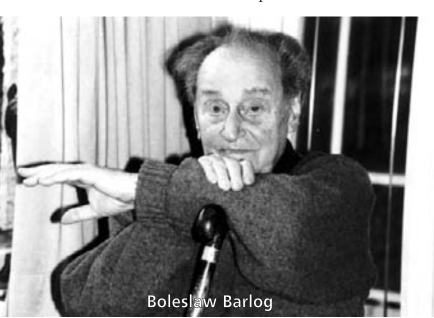
Den Grundstock legte Boleslaw Barlog schon als Schuljunge selber: „Nachdem ich die Literatur entdeckt hatte, steckte in meinen ausgebeulten Jackentaschen immer ein Band Dostojewski oder Strindberg, Ibsen oder Hauptmann, Stefan George, Rilke, Arno Holz oder Morgenstern“, schreibt er in seiner 1981 erschienenen Autobiographie „Theater lebenslänglich“. Darin bleibt auch sein Rausschmiß aus einer Buchhandlung nicht unerwähnt. Der Lehrling Boleslaw war seinem Chef zu lesehungrig: „Ich habe immer im Keller gesessen mit einer elektrischen Lampe und die Dramen gelesen, die da standen.“ Außerdem ging er viel ins Theater. 75 Pfennige kostete damals ein Stehplatz. Vier Vorstellungen am Tag, begonnen mit der Matinee, waren keine Seltenheit für den interessierten Knaben.

Sein wohl wichtigster Lehrmeister nach Karl-Heinz Martin war Heinz Hilpert, der 1931 Direktor der Volksbühne wurde und seinem Regieassistenten Barlog wegweisend war. Gudrun Genest, Urgestein des Berliner Theaters, kennt Barlog aus diesen Anfangsjahren: „Er war immer kollegial und vor allem voller Humor.“ 1946 kam sie in sein Ensemble des Schloßpark-Theaters. Für sie ist unvergessen, „wie er sich vor die Kollegen stellte. Da war er wie 'ne Eins.“

1933 von den Nazis „ausgebootet“, jobbte er unter anderem als Bademeister im Freibad Wannsee. Dann gelang ihm der Einstieg beim Film. Robert Adolf Stemmle war einer seiner Förderer, so daß er mit „Unser kleiner Junge“ 1939 sein Debüt als selbständiger Filmregisseur geben konnte. Im selben Jahr hat er seine Frau Herta geheiratet. Zu ihr gehen die Gedanken in diesen Tagen. Über Jahrzehnte hinweg haben beide auch im Theater manches gemeinsam gemeistert.

Kurz nach Kriegsende, im November 1945 hob sich unter Barlogs Intendanz erstmals der Vorhang im Schloßpark-Theater, für „Hokuspokus“ von Curt Goetz. „Berühmt wurde unser Anschlag neben der Kasse: Tauschen Eintrittskarten gegen Nägel“, schreibt der Prinzipal in seinen Erinnerungen, in denen es von großen Namen nur so wimmelt.

„Barlog hat sich ja dadurch ausgezeichnet, daß er seine Schauspieler geliebt hat“, so Lieselotte Rau, eine der Perlen des Ensembles, in dem unter anderen Hildegard Knef, Aribert Wäscher, Ursula Diestel, Erich Schellow, Martin Held, Eva-Katharina Schultz, Rolf Henniger, Horst Bollmann, Heidemarie Theobald, Carl Raddatz und Stefan Wigger zu Hause waren. „Ich habe mich stets umgesehen und versucht, nicht nur gute Schauspieler, sondern auch rechte Menschen zu engagieren“, so Barlog. Ohne Frage, er liebte seine Truppe. Für ihn gehörte das Theater nun mal vorrangig den Darstellern – den Bühnenarbeitern und Autoren. Ein Hauptanliegen sei es gewesen, Harmonie zu schaffen – im Ensemble, in der Arbeit und im Ergebnis. Und er hat es fertiggebracht, die ganz Großen in kleinsten Rollen unterzubringen. Das sei Berliner Theater gewesen! „Bis in die winzigste Rolle hinein stand ein erstklassiger Schauspieler. Nirgends hat sich jemand eingeschlichen für 20 Mark pro Abend.“ Die wesentlichsten Stücke der modernen Dramatiker erlebten ihre Ur- und Erstaufführungen in seinen Häusern. Samuel Beckett („Warten auf Godot“) sei genannt. Oder Edward Albee und eine herausragende Aufführung aus dem Jahr 1963: „Wer hat Angst vor Virginia Woolf“ mit Maria Becker und Erich Schellow. Barlog führte Regie, wie bei über 100 anderen Inszenierungen auch. Als Generalintendant a. D. im Unruhestand drückte er Theaterstücken und Opern in München, Wien, Hamburg und natürlich immer wieder in Berlin seinen Stempel auf. Leider war Ibsens „Peer Gynt“ nie dabei, was er stets sehr bedauerte. Den „Verirrungen“ und „schlechten Sitten“ mancher Regisseure der neuen Generation trat der Altmeister wortgewaltig entgegen. Er vermißte ein solides Handwerk, die Werktreue. „Intellektuelle Spielereien“ auf der Bühne waren ihm verhaßt. Das habe es zwar unter Gustaf Gründgens und Erich Engels auch gegeben, aber da sei es gekonnt gewesen.


Foto: Deuter

Boleslaw Barlog

Mit Leidenschaft widmete sich Boleslaw Barlog auch der Opernregie, erstmals 1963 mit „La Bohème“ an der Deutschen Oper Berlin. Noten lesen konnte er nicht. Er spielte sich die Musik so lange vor, bis er sie auswendig wußte. Ein Werk in seine stärkste Form zu bringen, das hatte er von Wilhelm Furtwängler gelernt – als Zuhörer in der Philharmonie.

Zu seinem 90. Geburtstag im Jahr 1996 wurde Barlog als Dank für 70jährige Verbundenheit zum Ehrenmitglied der Berliner Philharmoniker ernannt. In der Urkunde an den einstigen Orchesterdiener steht: „Furtwängler nannte Sie seinen treuesten und besten Freund.“ Das sei er wirklich gewesen, versichert Elisabeth Furtwängler, 95 und unterwegs wie ein Wiesel, bei einem Telefonat aus Clarens am Genfer See. „Diese Menschlichkeit zwischen uns war hervorragend.“ In kritischer Zeit, als Furtwängler (1886–1954) angegriffen wurde, habe er ihn als Zeitzeuge in Schutz genommen. Dankbarkeit auch hier.

Kritiker, die ihm einen antiquierten Spielplan vorwarfen, würden ihre Meinung heute vielleicht überprüfen. Was Barlog geleistet hat, wurde vielen erst später bewußt. Da geht ein wehmütiger Blick zurück auf ein Stück Berliner Theatergeschichte. Ein Blick, der durch die Schließung des Schiller-Theaters 1993 noch an Intensität gewinnt. Die Stadt hätte sich ihrem langjährigen Generalintendanten gegenüber durchaus etwas dankbarer erweisen können. „Ich hab' nie einen Kritikerpreis bekommen in Berlin, nie“, so Barlog. „Ich war ihnen nicht modern genug. Als ich weg war, war ich dann eine Legende. Ich brauch' keene Legende. Ich war nur ein ordentlicher, gewissenhafter, fleißiger Theaterdirektor.“ Die Akademie der Künste in Berlin-Mitte, Pariser Platz 4, erinnert in ihrem Archiv-Schau-Fenster noch bis zum 2. April mit Fotos, Dokumenten und Briefen an einen Prinzipal, wie es ihn heute nicht mehr gibt. Aber wo ist sie, die Gedenkstunde zum 28. März in seiner Theaterstadt Berlin? Wo ist sie, die Würdigung im Fernsehen oder die nach ihm benannte Straße? All das hätte er verdient. Ich wünsche mir heute einen geradlinigen, umsichtigen Theatervater, wie Barlog es war. Seine Zeit war die richtige, die danach verstand er nicht mehr. Boleslaw Barlog starb am 17. März 1999. Als er auf dem Waldfriedhof Zehlendorf beerdigt wurde, war sie da, seine noch verbliebene „Familie“ von den Staatlichen Schauspielbühnen Berlins. Mich nannte er gern scherzhaft seine „Deuterin“, und ich erinnere mich an die Besuche in seinem Haus in Steglitz und im Feriendomizil auf Sylt, an ihn als launigen Gastgeber und Anekdotenerzähler. Wie schön, Gespräche mit ihm auf Band und noch all seine Karten zu haben, die der fleißige Briefmarkensammler mit seinen Freunden in die Welt hinaus schickte: „toi, toi, tois“ in die Welt hinaus schickte. Dankbarkeit auch hier.

MELDUNGEN

Genossenschaft sucht Hinweise

Mutterstadt – Die „Pfalzmarkt für Obst und Gemüse eG“, eine der größten Erzeugerorganisationen für frisches Obst und Gemüse, steht vor der Gründung einer Repräsentanz in St. Petersburg. Ein Mitarbeiter ist bereits vor Ort tätig. Hintergrund ist die sich mittlerweile auch auf den Obst- und Gemüseanbau beziehungsweise -handel erstreckende Internationalisierung, angesichts derer die Pfalzmarkt eG schon seit geraumer Zeit darum bemüht ist, den Handel mit der Russischen Föderation aufzunehmen. Im Zuge dieser Entwicklung kam der Vorstandssprecher der Genossenschaft, Thomas Schlich, in einer Reihe von Gesprächen zu dem Schluß, daß auch die Eigenproduktion vor Ort für die Vermarktung dieser Produkte hilfreich sei. Die Gründung eines russischen Handelsbetriebes unter Beteiligung der Pfalzmarkt eG ist deshalb grundsätzlich angedacht. Als Mitglied und Alter Herr der Königsberger Burschenschaft Alemannia liegt Thomas Schlich die Entwicklung des Königsberger Gebietes besonders am Herzen. Er könnte sich vorstellen, in diesem Gebiet eine landwirtschaftliche Produktion, vorzugsweise Obst und Gemüse, anzustoßen als Modell für eine Produktion in Rußland. Für eine endgültige Entscheidung benötigt der Vorstand der Pfalzmarkt eG jedoch Informationen über den Agrarstandort Ostpreußen, insbesondere über die boden- und klimatischen Verhältnisse sowie Daten über den bis 1945 erfolgten Anbau landwirtschaftlicher beziehungsweise gartenbaulicher Kulturen.

Wer noch alte Karten kennt, die hierüber Aufschluß geben, oder Zugang zu Aufzeichnungen über die Anbauverhältnisse in Ostpreußen hat, wende sich an Thomas Schlich, Pfalzmarkt für Obst und Gemüse eG, Neustadter Straße 100, 67112 Mutterstadt, Telefon (0 62 31) 4 08-0, Fax (0 62 31) 4 08-2 22, E-Mail: t.schlich@pfalzmarkt.de, Internet: www.pfalzmarkt.de.

Hilfstransport ins Memelland

Memel / Heydekrug – Der Verein „Memellandhilfe“ e. V. führt Mitte nächsten Monats einen Hilfstransport ins Memelland durch. Zielorte sind Memel und Heydekrug. Private Pakete bis zehn Kilogramm können mitgegeben werden. Nähere Informationen sind erhältlich unter der Telefonnummer (0 44 88) 92 56.

Reise nach Insterburg

Insterburg / Königsberg – Fritz Ehlert, gebürtiger Insterburger, begleitet dieses Jahr eine neuntägige Sommerreise ins mittlere Ostpreußen. Die am 11. August beginnende Busreise führt von Köln über Hannover, Berlin-Schönefeld und Posen nach Insterburg und Königsberg, wo je drei Übernachtungen eingeplant sind. Nähere Informationen sind erhältlich bei Fritz Ehlert, Eichhornstraße 8, 50735 Köln, Telefon / Fax (02 21) 71 42 02.

Gebietshymne für Königsberg

Königsberg – Die Administration des Königsberger Gebietes sucht eine Gebietshymne und hat dafür einen Wettbewerb ausgeschrieben. Jeder kann mitmachen. Für den Text und die Melodie des Siegers gibt es je 30 000 Rubel (knapp 900 Euro).

Politisch korrekt, aber sehenswert

Am 2. April strahlt das ZDF die Tragikomödie »Eine Liebe in Königsberg« aus

Von Manuel Ruoff

Am Sonntag, dem 2. April, strahlt das ZDF eine eineinhalbstündige Tragikomödie aus, die abgesehen von Dresden überwiegend in Königsberg und Ostpreußen spielt und dort auch an Originalschauplätzen gedreht wurde. Der Inhalt der mit zahlreichen bekannten Schauspielern besetzten tragikomischen Liebesgeschichte ist schnell erzählt:

Der Tod seiner Mutter konfrontiert den Dresdener Bauunternehmer Walter Steinhoff (Wolfgang Stumph), der in vielerlei Hinsicht dem Klischee des Deutschen und Bundesbürgers entspricht, mit einem ungewöhnlichen letzten Willen. Clara Steinhoff (Ellen Schwiers) verlangt von ihrem Sohn, daß er sie einäschern läßt und die Asche in Ostpreußen in alle vier Winde verstreut. Und zwar genau an den Stellen, die ihr Leben bestimmt haben: im Vorgarten des alten Königsberger Hauses der Eltern, wo sie aufwuchs; in der Ostsee bei Rauschen, wo sie als Kind oft am Strand spielte; in der Vogelwarte Rossitten, die sie als Schülerin häufig aufsuchte, weil sie einmal Ornithologin werden wollte; und in jenem Vorstadtkrankenhaus von Königsberg, dessen Chefarzt ihr Vater war. Dort überlebte sie den Krieg und fand „die Liebe ihres Lebens“.

Walter Stein, der sich zu Lebzeiten seiner Mutter für deren Vergangenheit und Ostpreußen nicht interessiert hat, ist dieser Auftrag unangenehm, aber er fügt sich ihrem Willen. So sitzt er allein im Schlafwagen nach Königsberg. 1947, vor fast 60 Jahren, fuhr seine Mutter Clara in und unter ganz anderen Umständen diese Strekke in die umgekehrte Richtung nach Sachsen, wo Walter ein halbes Jahr später geboren wurde. Der Schlafwagenschaffner Boris wundert sich über den merkwürdigen Nostalgietouristen. Er vermittelt ihm telefonisch eine ortskundige Deutsch sprechende Betreuung.

Am Bahnhof von Königsberg erwartet Walter die junge Nadeshda (Chulpan Khamatova). Sie hat Germanistik und Geschichte studiert und verdient sich als Stadtführerin deutscher Gäste ihrer Vaterstadt ein Zubrot. Nadeshda entdeckt schnell, daß der Tourist aus Dresden eine schicksalhafte Verbindung zu Königsberg hat. Außerdem gefällt ihr Walter Steinhoff als Mann. So nimmt sie allerlei ungewöhnliche Situationen und „illegale“ Abenteuer an seiner Seite auf sich ...

In Rossitten begegnet Walter der Ornithologin Iris Bulatow (Suzanne von Borsody), die ihn sofort auf eine rätselhafte Weise anzieht. Als Iris ihn am nächsten Tag in seinem Königsberger Hotel aufstöbert und mit ihm die romantische Dominsel besucht, glaubt er, daß sie seine Gefühle erwidert. Der rekonstruierte Königsberger Dom und die wieder erstandene Dresdener Frauenkirche erscheinen beiden als Symbole der Versöhnung zwischen den ehemaligen Kriegsgegnern.

Am Grabmal des Philosophen Immanuel Kant sieht Walter, wie sich junge russische Brautpaare küssen und Blumen niederlegen. Nach einem Moment inniger Nähe entzieht sich Iris ihm abrupt und stürzt davon. Nadeshda hat den Vorgang von Ferne mit Unbehagen beobachtet und ist froh, daß sie ihren Schützling wieder ganz für sich hat.

Im Königsberger Gebietsarchiv erfährt Walter, daß sein vermeintlicher Vater, der deutsche Militärarzt Christian von Mahlitz, bereits ein Jahr vor seiner Geburt ums Leben gekommen ist. Gegenüber Nadeshda äußert er den bösen Verdacht, daß seine Mutter in der schrecklichen Nachkriegszeit von den russischen Siegern vergewaltigt wurde. Das gibt in Walters Augen dem Transportbefehl von 1947 aus Ostpreußen Richtung Westen mit dem handschriftlichen russischen Satz: „Helfen sie dieser Frau, M.B.“, den seine Mutter wie eine Reliquie aufbewahrte, eine völlig neue Bedeutung, aber welche ...?

Walter Steinhoff versucht das Rätsel zu lösen und stößt auf ein lange gehütetes Familiengeheimnis ...

Wie bei dieser Thematik kaum zu vermeiden, werden in diesem Film die Leiden der Ostdeutschen im und nach dem Zweiten Weltkrieg, Flucht und Vertreibung einschließlich Massenvergewaltigungen der Roten Armee thematisiert. Damit der Film nun aber nicht die von den Siegermächten und ihren Umerziehern vorgegebene Rollenverteilung zwischen den Kriegsverlierern als den Tätern und den Kriegssiegern als den Opfern politisch unkorrekt in Frage stellt, taucht in dem Film unvermittelt und ohne weiteren Sinn und Zusammenhang ein im Zweiten Weltkrieg gefallener Onkel Walters auf beziehungsweise ein Feldpostbrief von ihm aus der Ukraine. In diesem schreibt er besorgt und angsterfüllt, er müsse miterleben, daß die deutschen Soldaten dort Schreckliches machten, und die Russen würden die Deutschen hierfür für immer hassen. Für jene Zuschauer, die noch nicht kapiert haben sollten, was dieser Onkel und sein Brief ihnen sagen sollen, wird kurz darauf noch einmal nachgelegt. Als Walter sagt, Schuld könne man nicht gegen Schuld rechnen, es gäbe keine Mathematik der Schuld, antwortet Nadeshda, die in solchen politischen Diskussionen zwischen dem Deutschen und der Russin immer das letzte Wort behält: „Kann sein – aber man muß immer nach dem Anfang fragen.“ Mit dieser Klarstellung, daß die (Un-)Taten der Roten Armee „nur“ Reaktionen, Folgen deutscher Verbrechen seien, ist die Welt wieder in Ordnung, und der Film kann als politisch korrekt durchgehen. Bezeichnenderweise ist der einzige Rotarmist, der in dem Film vorkommt, auch ein richtiger Sympathieträger. Er hat sich während der Besatzungszeit vor die Deutschen gestellt, und das, obwohl seine Familie von deutschen Soldaten umgebracht worden ist. Ein Rotarmist als Opfer statt als Täter – was will das politisch korrekte Herz mehr?

Die geschichtspolitischen Belehrungen beschränken sich jedoch weitgehend auf diese Szenen. Ansonsten ist der Film auf jeden Fall sehenswert. Und das nicht nur wegen der schönen Bilder von Ostpreußen. Ein besonderes Lob verdient die ebenso schöne wie stimmig eingesetzte Musik, welche die Wechsel in der Spielhandlung geschickt begleitet und unterstreicht. Es sind wohl neben dem guten Spiel der Schauspieler diese Wechsel zwischen anrührenden, bewegenden Sequenzen sowie Szenen voller Humor, welche die größte Stärke dieses Filmes ausmachen. Zudem ist der Film spannend. Denn wer möchte nicht wissen, wie Walter es schafft, den letzten Willen seiner Mutter trotz aller Widrigkeiten zu erfüllen, wer Walters Vater ist beziehungsweise war, warum sich Iris Walter gegenüber so komisch verhält und welche von den drei sympathischen Frauen, denen Walter gefällt, – seine von ihm getrennt lebende Ehefrau Sybille (Marijam Agischewa), die junge Nadeshda oder die geheimnisvolle Iris – das Rennen macht?

Wer am Abend des 2. April zu Hause ist und einen Fernseher zur Verfügung hat, sollte sich diese eineinhalb Stunden Unterhaltung im besten Sinne des Wortes nicht entgehen lassen.

Wer den Film am 2. April nicht sehen kann, ihn ein zweites Mal sehen möchte oder einen Freund oder Bekannten oder Verwandten damit beglücken will, kann für 13 Euro beim Preußischen Mediendienst die DVD „Ein Leben in Königsberg“ erwerben. Er erhält dann neben dem Film als Extras das „Making of“, eine Bildergalerie sowie die Bonusfilme „Kaviar inklusive“ (30 Minuten) und „Königsberg – ferne, fremde Heimat“ (90 Minuten).



Wolfgang Stumph / Walter Steinhoff mit Chulpan Khamatova / Nadeshda (links) und Suzanne von Borsody / Iris Bolatow vor dem Königsberger Dom: Neben einer guten Geschichte bietet der Film auch interessante Aufnahmen vom heutigen Ostpreußen. Foto: Polar

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied und Familienfreunde,

es ist nun an der Zeit, endlich einmal zu berichten, was sich so in unserer Familie getan hat. Die Fragen und Wünsche türmen sich zwar zu Bergen, aber es ist nicht so wie im Sprichwort „Die Berge kreisen, und ein Mäuslein wird geboren“ – nein, es hat schöne Erfolge gegeben, von einigen habe ich ja inzwischen berichtet, aber nun wollen wir mal tiefer in unsern Erfolgskrepsch greifen. Gleich obenan liegt ein langer, langer Brief von **Frau Susi Dahlke von Terzi**, was nicht verwunderlich ist, denn sie hatte ja eine Menge Fragen auf dem Herzen, die wir auch gebracht haben. Wobei ich bei einigen einen leisen Zweifel hegte, ob sie überhaupt eine Resonanz finden würden wie bei ihrem schwierigstem Suchwunsch, den nach ihrem Sohn **Sven-Wulf**, von dem es seit Jahren kein Lebenszeichen mehr gab. Aber ich habe mich mal wieder geirrt, denn ihr Sohn hat sich bei ihrer Tochter telephonisch gemeldet, leider nur auf dem Anrufbeantworter, ohne Angaben über seinen Aufenthaltsort und den Grund seines langen Schweigens. Immerhin wissen Mutter und Schwester nun, daß er lebt, und das bedeutet für beide eine große Erleichterung – „eine Zentnerlast fiel mir vom Herzen“, schreibt Frau Dahlke von Terzi. „Ob er sich auch ohne meinen Suchwunsch gemeldet hätte, werden wir wohl erst in der Zukunft erfahren, aber nehmen wir ruhig an, daß die Veröffentlichung den Anstoß bei ihm gegeben hat.“ Nehmen wir natürlich auch gerne an.

Die weiteren Erfolge sind dann schon eindeutig zu belegen. Frau Dahlke von Terzi hatte um Veröffentlichungen ihres Vaters, des Redakteurs und Schriftstellers **Alfred Otto** von Terzi gebeten, die sich vor allem mit der Geschichte der studentischen Verbindungen befassen. Kaum war ihre Bitte bei uns erschienen, erhielt sie von einem Leser 16 Titel von Veröffentlichungen zu diesem Thema aus der Feder ihres Vaters! Auch auf diesem Weg möchte sie nun Herrn **Meller** aus Detmold danken, auch für die von ihm angebotene weitere Mithilfe. Aber das ist noch längst nicht alles. Die ehemalige Arbeitsmaid fand zwei Reichsarbeitsdienstkameradinnen: **Waltraud Margenfeld** – jetzt **Hild** –, mit der Susi von Terzi nicht nur im Lager Plicken, sondern auch später auf dem Truppenübungsplatz Döberitz-Elsgrund zur Flak-Ausbildung zusammen war, und **Gertrud Scheckenreuther** – jetzt **Barthel** –, wobei dieses Wiederfinden fast nicht zustande gekommen wäre. Denn Frau Barthel, die in einem kleinen Ort in der ehemaligen DDR lebt, hatte keine Ahnung von der Existenz unserer Zeitung, und somit auch nicht davon, daß sie unter den 80jährigen Geburtstagskindern genannt wurde. Nun will sie die *PAZ / Das Ostpreußenblatt* bestellen – vielen Dank, liebe Frau Dahlke von Terzi, daß Sie dazu den Anschub gegeben haben. Jeder Neuabonnent ist für uns wichtig, denn er trägt nicht nur zum Erhalt unserer Zeitung bei, sondern erweitert auch den Radius der Ansprechpartner für eine gezielte Suche und damit für eine mögliche Aufklärung. Ach ja, da war noch etwas: Bei der geborenen Königsbergerin meldete sich Herr **Rainer Liessen** aus Freiburg, der mit ihrem Bruder zusammen die Hindenburg-Oberschule besucht hatte. Leider hat er vergessen, seine Telefonnummer anzugeben, und damit bittet Frau Dahlke von Terzi, sich noch einmal bei ihr zu melden (Siemensstraße 26 in 71636 Ludwigsburg, Telefon 0 71 41 / 44 66 34).

Ruth Geede Foto: privat

Die Hilfsbereitschaft unserer Ostpreußischen Familie bestätigt auch Frau **Ilse Spetz** aus Schweden. Sie schreibt: „Nie hätte ich geglaubt, nach so vielen Jahren so schnell Antwort auf meine Nachforschungen in der ‚Ostpreußischen Familie‘ betreffs des Verbleibs meines Onkel **Otto Kausch** – letztes Lebenszeichen vom 26. März 1945 aus Fischhausen – zu erhalten. Frau **Brigitte Kahn** geborene **Rattay** ist eine der Zeitzeugen, die auf meine Nachfrage geantwortet hat und von der Großangriff am 1. April 1945 auf Fischhausen, bei dem sehr viele Menschen ums Leben kamen, berichtet. Meine Cousine **Brigitte Hennen** und ich sehen jetzt den 1. April 1945 als Sterbetag meines Onkels an und sind nun überzeugt, daß er in Fischhausen seine letzte Ruhestätte gefunden hat. Sehr erstaunt bin ich über die Bereitwilligkeit der Leser der *PAZ* beim Aufklären verschiedener Schicksale behilflich zu sein. Dafür danke ich Ihnen und der Ostpreußischen Familie, auch im Namen meiner Cousine, vielmals!“ Unser Dank geht zurück nach Schweden – für den schnellen Bescheid!

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede



ZUM 105. GEBURTSTAG

Loeper, Franz, aus Kreis Elchniederung, jetzt 7044 Loubet St., 11375 – 5848 Forest Hills, N.Y., USA, am 2. April

ZUM 102. GEBURTSTAG

Kikillus, Lydia, aus Auritten, Kreis Heydekrug, jetzt Carlstraße 15, 18586 Göhren auf Rügen, am 2. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Reinbacher, Helene, aus Lauken, Kreis Ebenrode, jetzt Drosselweg 32, 26639 Wiesmoor, am 31. März

ZUM 98. GEBURTSTAG

Golloch, Martha, geb. Sanio, aus Lyck, Yorkplatz 1, jetzt Große Straße 1, 28870 Ottersberg, am 1. April

Kulessa, Marie, geb. Borowski, aus Satticken, Kreis Treuburg, jetzt Gladiolenweg 6, 31275 Lehrte, am 30. März

ZUM 97. GEBURTSTAG

August, Käthe, aus Insterburg, jetzt Seniorenpflegeheim, Ansbacher Straße 18, 28215 Bremen, am 1. April

Näther, Frieda, geb. Legarth, aus Lötzen, jetzt Aumühlenstraße 1a, 61440 Oberursel, am 30. März

ZUM 96. GEBURTSTAG

Gurgsdies, Anna, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, jetzt Ansbacher Straße 8, 10787 Berlin, am 30. März

Schattling, Elisabeth, geb. Stamm, aus Gerwen, Kreis Gumbinnen, jetzt 04758 Mahlis-Wadewitz, am 27. März

Stoyke, Wanda, aus Kl. Lenkuk, Kreis Lötzen, jetzt Kahlacker 6, 47228 Duisburg, am 28. März

ZUM 95. GEBURTSTAG

Böge, Emma, geb. Stiemert, aus Wehlau, Pinnauer Straße, jetzt Am Klöverkamp 19, 49356 Diepholz, am 2. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Brozio, Klara, geb. Rogowski, aus Lyck, jetzt Ubostraße 38, 49477 Ibbenbüren, am 29. März

Gollub, Otto, aus Almen, Kreis Ebenrode, jetzt Heidkampstraße 24, 49549 Ladbergen, am 29. März

Olschewski, Anna, geb. Michalzik, aus Waldwerder, Kreis Lyck und Reufs, Kreis Treuburg, jetzt Am Markt 10, 19417 Warin, am 1. April

Sillus, Erna, geb. Zander, aus Wehlau, Bahnhofstraße, jetzt Blücherstraße 30, 79110 Freiburg im Breisgau, am 29. März

ZUM 93. GEBURTSTAG

Barth, Marianne, geb. Stalberg, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Oststraße 5, 45136 Essen, am 28. März

Buhrow, Ella, geb. Josuttis, aus Waldeneck, Kreis Tilsit-Ragnit, Seniorenheim DRK, Bamberg 4, Seniorenpark, 31199 Diekholzen, am 30. März

Kutzki, Ernst, aus Braunsberg, jetzt Paul-Schurek-Weg 2, 23879 Mölln, am 27. März

Lilleike, Kurt, aus Königsberg, Dohnastraße 12, jetzt Bernadotte Straße 140, 22605 Hamburg, am 30. März

Lusznat, Herbert, aus Buschfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Gardelegener Straße 54 a, 39576 Stendal, am 31. März

Peczkowski, Karl, aus Nareythen, Kreis Ortelsburg, jetzt Zum Ilsetal 16, 57334 Bad Laasphe, am 31. März

Piayda, Emma, geb. Preuß, aus Fürstenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Heinrich-Kämpchen-Straße 46, 45289 Essen, am 2. April

Trojan, Hermine, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Wurster Straße 47, 27580 Bremerhaven, am 30. März

ZUM 92. GEBURTSTAG

Adebahr, Erna, geb. Wenzek, aus Morgengrund, Kreis Lyck, jetzt Waldstraße 5-7, 23812 Wahlstedt, am 2. April

Ehlert, Richard, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, jetzt Schützenallee 38, 99867 Gotha, am 2. April

Geffken, Eva, geb. Wagner, aus Königsberg, jetzt Herbststraße 111, 28215 Bremen, am 30. März

Korith, Georg, aus Leinau, Kreis Ortelsburg, jetzt Max-und-Moritz-Straße 1 A, 28329 Bremen, am 31. März

Kostrzewa, Martha, geb. Pokropp, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Gartenstraße 46, 45772 Marl, am 27. März

Kröhnert, Bruno, aus Kreis Elchniederung, jetzt An der Alten Post 46, 50858 Köln, am 27. März

Laubrinus, Elsa, geb. Stein, aus Neukienen, Kreis Pr. Eylau, jetzt Haus Parkblick, Eutiner Straße 1-3, 23795 Bad Segeberg, am 31. März

Wendig, Bruno, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 4, jetzt Eichenallee 32, 33332 Gütersloh, am 30. März

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brenner, Dr. Horst, aus Lötzen, jetzt Ziehrerstraße 1, 84141 Geisenhausen, am 28. März

Falarzik, Willi, aus Skottau, Kreis Neidenburg, jetzt Staufenbergstraße 40, 27755 Delmenhorst, am 27. März

Mascherrek, Gertrud, geb. Dorka, aus Rohmanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Königsberger Allee 48, 47058 Duisburg, am 29. März

Opalka, Brunhild, geb. Goerke, aus Neidenburg, Stablack, jetzt Trebelstraße 70, 22547 Hamburg, am 31. März

Patz, Kurt, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Vossdiek 10, 44536 Lünen, am 2. April

Risch, Herta, geb. Ruddakies, aus Kreis Elchniederung, jetzt Dorfstraße 30, 07751 Großlöbichau, am 28. März

Schützeck, Frieda, geb. Kolodzey, aus Schrötersau, Kreis Ortelsburg, jetzt In der Siedlung 7, 32361 Pr. Oldendorf, am 27. März

Schulz, Lieselotte, geb. Greszyk, aus Halldorf, Kreis Treuburg, jetzt Grenzstraße 41 a, 52134 Herzogenrath, am 28. März

Steppat, Jutta, geb. Lubinski, aus Lyck, Falkstraße 21, jetzt Weilerstraße 25, 87358 Fischen (Allgäu), am 30. März

Woelke, Helene, geb. Wolff, aus Lyck und Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Heinrich-Lindwedel-Straße 12, 30827 Garbsen, am 1. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Beinert, Horst, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Rellinghauser Straße 417, 45134 Essen, am 2. April

Karp, Käte, aus Jürgenau, Kreis Lyck, jetzt Mariengasse 2, 58095 Hagen, am 30. März

Kruse, Hedwig, geb. Boek, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, jetzt 3122 W. Eastwood Ave., 60625-4403 Chicago, ILL., USA, am 31. März

Sczesny, Hedwig, geb. Marczinski, aus Rundfließ, Kreis Lyck und Erztal, Kreis Johannisburg, jetzt Tübinger Straße 7 D, 26125 Oldenburg, am 30. März

Ziehe, Helene, geb. Galonska, aus Steinberg, Kreis Lyck, jetzt Goethestraße 5, 21365 Adendorf, am 2. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Abrossat, Alfred, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, jetzt Am Sandhügel 5, 46147 Oberhausen, am 27. März

Bauermeister, Irmtraut, geb. Norkeit, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Salzburger Straße 64, 90475 Nürnberg, am 3. April

Boaca, Berta, geb. Sczepan, aus Schützendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Fideliostraße 165, 81925 München, am 31. März

Bruhnke, Elisabeth, geb. Meyer, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Jahnstraße 3, 31675 Bückeburg, am 28. März

Dunio, Irmgard, geb. Kochanowski, aus Neidenburg, jetzt Wächterkamp 6, 48565 Burgsteinfurt, am 30. März

Glenzki, Frieda, geb. Gutowski, aus Treuburg, Poststraße 15, jetzt Fritz-Reuter-Straße 17, 18258 Schwaan, am 30. März

Goetzie, Irene, geb. Schulemann, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Am Meinhard 5, 37276 Meinhard, am 30. März

Hamer, Christel, geb. Bankmann, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 89, jetzt Stiftsbogen 74, App. 1605, 81375 München, am 27. März

Hanitz, J. J. Walter, aus Tankenrade, Kreis Eutin, jetzt Krintenpad 1, 28355 Bremen, am 27. März

Haupt, Waldemar, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, jetzt Rather Straße 43, 52399 Merzenich, am 31. März

Kallweit, Erna, geb. Schiemann, aus Wiskiauten, Kreis Samland, jetzt E.-M.-Arndt-Straße 74, 38304 Wolfenbüttel, am 31. März

Kleinschmidt, Erich, aus Groß Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt Dr.-Otto-Just-Straße 67, 08468 Reichenbach / Vogtl., am 29. März

Klöpper, Gerda, geb. Bacher, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, jetzt Falkenburgstraße 17, 32760 Detmold, am 28. März

Knoop, Sieglinde, geb. Galka, aus Eibenau, Kreis Treuburg, jetzt Im Grunde 4, 51371 Leverkusen, am 30. März

Krüger, Ottilie, geb. Pruß, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Lindenstraße 5, 16515 Oranienburg, am 2. April

Lange, Werner, aus Lyck, Bismarckstraße 53, jetzt Eifelstraße 32, 51371 Leverkusen, am 1. April

Liedtke, Frieda, geb. Liedtke, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Ostlandstraße 21, 24214 Gettorf, am 29. März

Mahsalski, Edith, geb. Thierbach, aus Ziegelberg, Kreis Elchniederung, jetzt 80 Nord Street, 5022 Henley Beach, S.A., Australien, am 2. April

Mauer, Ursula, geb. Parowka, aus Bolken, Kreis Treuburg, jetzt Verdener Straße 74, 28205 Bremen, am 30. März

Murach, Willi, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Sportplatz 9, 21465 Reinbek, am 28. März

Nowozin, Ewald, aus Ortelsburg, jetzt Von-Scheffel-Straße 36, 49088 Osnabrück, am 2. April

Richter, Gertrud, geb. Jurkschat, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Neue Straße 28, 01623 Lommatzsch, am 30. März

Riehl, Charlotte, geb. Reich, aus Taplacken, Kreis Wehlau, jetzt Plockhorstweg 23, 47626 Kevelaer, am 28. März

Schröder, Frieda, geb. Siebert, aus Hanffen, Kreis Lötzen, jetzt Weinher Straße 13, 81541 München, am 2. April

Schwiering, Veronika, geb. Grade, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, jetzt Redekerstraße 1, 49088 Osnabrück, am 27. März

Seifert, Beatrice, geb. Kraut, aus Wehlau, Pregelstraße, jetzt Pfalzplatz 8, 68263 Mannheim, am 31. März

Ulrich, Erna, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Kindsbergweg 14, 74629 Pfedelbach, am 31. März

Weiß, Fritz, aus Wachlachen, Kreis Wehlau, jetzt Handwerkerring 8, 38464 Groß Sisbeck, Kreis Helmstedt, am 27. März

ZUM 80. GEBURTSTAG

Baudzus, Werner, aus Lyck, General-Busse-Straße 34, jetzt Kreutzstück 21, 58452 Witten, am 2. April

Demant, Gerhard, aus Schenkenhagen, Brammerkamp 6, 24232 Schönkirchen, am 31. März

Esser, Elfriede, geb. Bartel, aus Tapiau, Herbert-Norkus-Straße, Kreis Wehlau, jetzt Zum Bruch 2, 52355 Düren, am 1. April

Glashoff, Heinz, aus Pillau, jetzt Beim Briggenkamp 15, 21680 Stade, am 27. März

Hengstmann, Ingrid, geb. Gross, aus Ortelsburg, jetzt Soltauer Straße 50, 30625 Hannover, am 27. März

Hentzschel, Brigitte, geb. Chandon, aus Sprindlack, Groß Balzershof, Kreis Wehlau, jetzt Farnstraße 10, 90480 Nürnberg, am 29. März

Hönig, Mia, geb. Matztat, aus Willunen, Kreis Pillkallen, jetzt A.-Dürer-Straße 88, 09366 Stollberg, am 25. März

Kaldonek-Eggert, Ilse, geb. Eggert, aus Wolittnick, Kreis Heiligenbeil, jetzt Altenveller Weg 24, 29331 Lachendorf, am 2. April

Kallweit, Herta, geb. Buttkus, aus Kleeburg, Kreis Elchniederung, jetzt Lerchenweg 30, 14641 Wustermark, am 27. März

Kausch, Fritz, aus Klein Heinrichsdorf, Kreis Elchniederung, jetzt An der Rheinbahn 31, 40670 Meerbusch, am 2. April

Klemm, Erich, aus Reuß, Kreis Treuburg, jetzt Rintelner Straße 254, 32457 Porta Westfalica, am 31. März

Kling, Waltraut, geb. Gulatz, aus Rosenheide, Kreis Lyck, jetzt Bahnhofstraße 67, 67161 Gönnheim, am 29. März

Koepke, Ursula, geb. Kaminski, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt 298 Newbury Drive, Kitchener N2N3A3, Kanada, am 31. März

Koschorrek, Bruno, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, jetzt Im Markenfeld 34, 58642 Iserlohn, am 30. März

Kuhn, Erika, geb. Wochnowski, aus Neidenburg, Jägerstraße 78, 46286 Dorsten, am 27. März

Likus, Ursula, geb. Höfer, aus Gehlenburg, Abbau, Kreis Johannisburg, jetzt Pommernstraße 15, 25486 Alveslohe, am 27. März

Lüke, Herta, geb. Matzeit, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Genthiner Straße 16, am 29. März

Marx, Christel, geb. Urban, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Oblatterwallstraße 36, 86153 Augsburg, am 31. März

Maxin, Hansjürgen, aus Kleinmuckenheim, Kreis Neidenburg, jetzt Schaperstraße 7, 38272 Burgdorf, am 29. März

Mix, Irmgard, geb. Roß, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Morseweg 13, 23556 Lübeck, am 27. März

Paessler, Lisbeth, geb. Symanski, aus Glauch, Kreis Ortelsburg, jetzt Schloßstraße 16, 74532 Kirchberg, am 2. April

Plautz, Hildegard, geb. Berndt, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, jetzt Amandastraße 45, 25337 Elmshorn, am 29. März

Rinka, Willi, aus Fließdorf, Kreis Lyck, jetzt Spitalbachstraße 50, 67433 Neustadt a. d. Weinstraße, am 29. März

Rudnick, Fritz, aus Farienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Kohlkamp 10, 38126 Braunschweig, am 27. März

Sakowitz, Reinhold, aus Neidenburg, jetzt Schillerstraße 7, 32545 Bad Oeynhausen, am 27. März

Schäfer, Erich, aus Sammelhofen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Boisheimerstraße 146, 41751 Viersen, am 29. März

Schormann, Erna, geb. Sontopski, aus Neufließ, Kreis Ortelsburg, jetzt Schweidnitzer Straße 2 B, 45891 Gelsenkirchen, am 1. April

Stasch, Kurt, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Blankertstraße 6, 41199 Mönchengladbach, am 28. März

Stüllenberg, Edith, geb. Bader, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Schützenstraße 35, 40723 Hilden, am 28. März

Szill, Gertrud, geb. Gabbert, aus Parnehnen, Kreis Wehlau, jetzt Hafenstraße 6, 25436 Uetersen, am 2. April

Tetzlaff, Jutta, geb. Schweiger, aus Treuburg, Markt, jetzt Schiffbauerweg 14, 21502 Geesthacht, am 28. März

Tiedtke, Hermann, aus Kreuzborn, Kreis Lyck, jetzt Augsburger Straße 23, 87629 Füssen, am 28. März

Wagner, Kathy, geb. Dietrich, aus Tapiau, Hindenburgstraße, Kreis Wehlau, jetzt 28594 104th Ave., Maple Ridge B.C. V2W1L5, am 30. März

Wankmüller, Klara, geb. Tolkschorf, aus Woseden, Kreis Heilsberg, jetzt Mühlenstraße 17, 53498 Bad Breisig, am 27. Februar

Wieczorek, Edelgard, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Hindenburgstraße 35, 58095 Hagen, am 2. April

ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Greger, Siegwart und Gerda, geb. Maschorek, aus Birkenmühle, Kreis Ebenrode, jetzt Waldbachstraße 7, 04924 Zeischa, am 11. März

Oschkinat, Erich, aus Mekunen, Kreis Treuburg und Monika, geb. Wendler, aus Stettin, jetzt Joh.-Seb.-Bach-Straße 1, 17192 Waren / Müritz, am 29. März

Wysk, Willy, aus Willenburg, Kreis Ortelsburg, und Frau Ruth, geb. Hartkopf, jetzt Hornberger Straße 35, 40822 Mettmann, am 31. März

Ein Stück Rechtssicherheit

Bundessozialgericht billigt rückwirkende Rechtsänderung bei der Fremdrente

Von GISELA SCHEWELL

Mit Wirkung vom 7. Mai 1996 beschränkte Paragraph 22 b Fremdrentengesetzt (FRG) die Zahl der für einen Spätaussiedler bei der Fremdrente zu berücksichtigenden Entgeltpunkte (EP) für die im Aussiedlungsgebiet zurückgelegten Zeiten auf höchstens 25.

Die Träger der Rentenversicherung bezogen diese Obergrenze (auch) auf die Summe der bei einer eigenen und einer Hinterbliebenenrente zu berücksichtigenden EP mit der Folge, daß die Witwenrente mit dem Zahlbetrag „0“ festgestellt wurde, wenn die Witwe bereits eine Rente aus eigener Versicherung auf der Grundlage von 25 EP bezog.

Dieser Auslegung sind die Rentensenate des Bundessozialgerichts (BSG) nicht gefolgt und haben Paragraph 22 b Abs. 1 FRG dahingehend ausgelegt, daß die Begrenzungsregelung der Kumulierung von EP aus eigener Versicherung und solchen aus der Versicherung wegen Todes auf über 25 nicht entgegensteht (BSG-Urteile vom 30. August 2001 – B 4 RA 118/00R – Presse-Mitteilung Nr. 53/01; vom 11. März 2004 – B 13 RJ 44/03 R – Presse-Mitteilung Nr. 11/04; vom 7. Juli 2004 – B 8 KN 10/03 R – Presse-Mitteilung Nr. 39/04). In den nicht rechtskräftig entschiedenen Verfahren haben die Träger der Rentenversicherung an ihrer Auffassung festgehalten und haben weiterhin die Begrenzung auf 25 EP praktiziert. Eine Reihe von Instanzgerichten – hat die „Kumulationsgrenze“ von höchstens 25 EP in Abweichung von der höchstrichterlichen Rechtsprechung bestätigt und regelmäßig die Revision oder die Sprungrevision zugelassen.

Mit dem Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz vom 21. Juli 2004, vom Deutschen Bundestag beschlossen am 11. März 2004, wurde durch eine neue Fassung von Paragraph 22 b Abs. 1 Satz 1 FRG mit Rückwirkung zum 7. Mai 1996 bestimmt, daß „... für Renten aus eigener Versicherung und wegen Todes eines Berechtigten insgesamt höchstens 25 Entgeltpunkte ...“ zu Grunde gelegt werden würfen. Damit wurde die Rechtsprechung des BSG die Grundlage entzogen. Das BSG Erfurt hatte in Juni 2005 in sieben Fällen über die Rechtsfrage zu entscheiden, ob die durch die Neufassung des Paragraph 22 b Abs. 1 Satz 1 FRG eingetretene Rückwirkung zulässig ist, oder ob hier ein verfassungswidriger nachträglicher Eingriff in abgeschlossene Sachverhalte stattfindet, der vom Grundgesetz geschützt ist.

Das Gericht hat in diesen Entscheidungen zunächst festgestellt, daß die Absicht des Gesetzgebers, mit der alten Bestimmung des Paragraph 22 b FRG eine Begrenzung auf 25 EP auch bei Zusammentreffen einer Rente aus eigener Versicherung mit einer Hinterbliebenenversicherung zu wollen, nicht hinreichend zum Ausdruck gekommen ist. Deshalb halte es an der bisher hierzu ergangenen Rechtsprechung fest.

Der Gesetzgeber ist aber nach Feststellung des BSG wegen des eingeleiteten Systemwechsels nicht daran gehindert gewesen, den Anspruch auf Hinterbliebenenrente in die Begrenzung des Paragraph 22 b FRG einzubeziehen. Dies geschah mit der Gesetzesänderung vom 21. Juli 2004. Bei der Neufassung handelt es sich um eine verfassungsrechtliche nur unter engen Voraussetzungen zulässige echt rückwirkende Rechtsänderung.

Die Rückwirkung ist jedoch ausnahmsweise zulässig, weil bis dahin eine unklare Rechtslage bestand, bei der sich schutzwürdiges Vertrauen zugunsten der Spätaussiedler nicht bilden könnte. Damit gilt auch für die Vergangenheit, daß die von den Rentenversicherungsträgern vorgenommenen Begrenzungen auf maximal 25 EP wirksam bleiben. Daraus ergibt sich ein maximaler Rentenzahlbetrag in Höhe von zurzeit 654,25 Euro brutto.

Ungeklärt ist bis heute die Frage, ob die Absenkung der Entgeltpunkte auf 60 Prozent durch das Wachstums- und Beförderungsge-setzt (WFG) verfassungsgemäß ist. Auch hierzu gibt es unterschiedliche Auffassungen der Senate des BSG. Die Vorlagenbeschlüsse des vierten Senats aus den Jahren 1999 und 2000 (erweitert durch einen neuen Beschluß 2004) sind durch das Bundesverfassungsgericht bisher nicht entschieden. *(DOD)*

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 85 40 93, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Telefon und Fax (07 11) 6 33 69 80

Buchen – Freitag, 31. März, 18 Uhr, Eröffnung der Ausstellung: „Kurt Schumacher" im Rathaus der Stadt. Es werden anwesend sein: Dr. Schober von der Universität Heidelberg, Bürgermeister Roland Burger und Rosemarie Sieglinde Winkler.

Freiburg – Sonnabend, 8. April, 15 Uhr, Treffen im „Deutschen Kaiser", Günterstalstraße 38, Freiburg. Marion Fürst bietet: „Kleine Geschichten mit tiefen Einsichten" in Bild und Ton.

Heidelberg – Sonntag, 2. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Rega-Hotel. Thema: „Die Prussen, Ureinwohner Ostpreußens".

Ludwigsburg – Dienstag, 28. März, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung in den „Kronstuben", Kronenstraße 2. Tagesordnung: Begrüßung, Totenehrung, Rechenschaftsbericht des 1. Vorsitzenden, Kassenbericht des Kassenwarts, Bericht der Kassenprüfer, Entlastung des Vorstandes, Anträge, Verschiedenes.

Schwäbisch Hall – Mittwoch, 5. April, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Sölch, Hauffstraße. Der gesamte Vorstand stellt sich zur Wiederwahl. Anschließend spricht Ursula Gehm zum Thema: „Preußen und die Wurzeln des Erfolges".



BAYERN

Vors.: Friedrich-Wilhelm Böld, Tel. (08 21) 51 78 26, Fax (08 21) 3 45 14 25, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de

Augsburg – 25. März, 14.30 Uhr, Jahreshauptversammlung in den Zirbelstuben.

Bad Reichenhall – Bei Heimatnachmittag gedachte M. R. Hoffmann der Dichterin Agnes Miegel. Dann stellte er das Buch: Die Nemesis von Potsdam" vor, ein Standartwerk über die Vertreibung der Deutschen, das auch an amerikanischen Unis verwendet wird. Der Autor de Zayas ist Dr. jur. (Harvard) und Dr. phil (Göttingen). Er war unter anderem General-Sekretär des P.E.N.-Club. Diese völlig überarbeitete 14. Ausgabe ist vor allem für diejenigen gedacht, die von der Vertreibung der Deutschen keine Ahnung haben. Den Lesern der Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt ist de Zayas durch viele Artikel und Buchbesprechungen bekannt.

München Nord / Süd – Bei der Jahreshauptversammlung mit Neuwahl begrüßte der Vorsitzende Hansjürgen Kudczinski die zahlreich erschienenen Mitglieder und dankte ihnen für ihr Kommen. Er hielt einen kurzen Jahresrückblick und erwähnte das hohe Niveau der Gruppe. Er erinnerte an die Reise zum Deutschlandtreffen und die Tagesfahrt nach Straubing (Tag der Heimat). Der Vorsitzende danke allen Mitgliedern, die bei der Kulturarbeit aktiv sind. Die Gruppe hat zur Zeit 156 Mitglieder. Die Neuwahl des Vorstandes brachte folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Hansjürgen Kudczinski, Stellvertreter: Heinz Kiupel, Astrid von Menges und Jürgen Wisch, Schatzmeister Hans-Otto Kößler, Stellvertreter Jürgen Wisch und Paula Benz. Schriftführerin Edith Gleisl, Stellvertreterin Eva Sarnetzki. Kulturwartin Edith Gleisl, Stellvertreterin Eleonore Judjahn. Leiterin Frauengruppe: Gisela Holz, Stellvertreterin Ilse Elsner und Loni Zetterer. Kassenprüfer Joachim Zerlin und Brigitte Vossas. Betreuung alter und kranker Mitglieder Erika Lausch, Unterstützung wie bisher Ilse Masuhr. Die Wahlleitung hatte Joachim Zerlin. Anschließend hielt der 1. Vorsitzende einen Diavortrag über die Ereignisse des letzten Jahres.



BRANDENBURG

Landesvorsitzender: Horst Haut, Oranienburger Chaussee 7, 16515 Schmachtenhagen, Telefon und Fax (0 33 01) 80 35 27. Ehrenvorsitzender: Georg Vögerl, Buggestraße 6, 12163 Berlin, Telefon (0 30) 8 21 20 96, Fax (0 30) 8 21 20 99

Landesgruppe – Sonntag, 23. April, 11 Uhr, Treffen der Gruppe im Oranienburger Schloßmuseum, Schloßplatz 1, Oranienburg. Wulf D. Wagner wird seine Vortragsreihe über die Entwicklung der Geschichte des Königsberger Schlosses fortsetzen (Teil III). Sie erreichen Oranienburg von Berlin aus mit der S-Bahn (S 1) oder dem Pkw.



HAMBURG

Vors.: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Telefon (0 40) 44 49 93, Mobiltelefon (01 70) 3 10 28 15. Stellvertreter: Walter Bridszuhn, Friedrich-Ebert-Damm 10, 22049 Hamburg, Tel./Fax. (0 40) 6 93 35 20.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 1. April, 10 Uhr, **Ostermarkt** der ost- und mitteldeutschen Landsmannschaften im Haus der Heimat, Teilfeld 1, S-Bahnstation Stadthausbrücke (S 1) oder U-Bahnstation Rödingsmarkt (U 3). Der Ostpreußenstand im 1. Geschoß ist mit einem großen Angebot an Köstlichkeiten aus der Heimat und Literatur über Ostpreußen vertreten. – **Sonntag**, 21. Mai, 14 Uhr, Fahrt zur Dittchenbühne zum Besuch der Theateraufführung „der Strom" von Max Halbe. Abfahrt des Busses ab Kirchenallee (Hauptbahnhof) 14 Uhr. Kaffeetrinken 15 Uhr, Theateraufführung 16 Uhr. Rückfahrt gegen 18.30 Uhr. Gesamtpreis einschließlich Busfahrt 15 Euro. Anmeldungen bei Lm. Bridszuhn, Telefon 6 93 35 20.

HEIMATKREISGRUPPEN

Heiligenbeil – Sonntag, 26. März, 14 Uhr, lädt die Heimatkreisgruppe alle Mitglieder und Freunde in und um Hamburg zu ihrem Frühlingsfest im Seniorentreff, Am Gojenboom 30, Hamburg ein. Sie erreichen den Seniorentreff mit der U-Bahn-Linie 3 Richtung Mümmelmannsberg bis Horner Rennbahn, Ausgang Am Gojenboom. Kostenbeitrag für Kaffee und Kuchen 3 Euro. Anmeldung bis 24. März bei Konrad Wien, Telefon (0 41 08) 49 08 60.

Insterburg – Freitag, 7. April, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Postkutsche", Horner Landstraße 208. Gemütliches Beisammensein und Schabbern. – Dienstag, 9. Mai, Tagesausflug nach „Kalifornien" an der Ostsee.

Osterode – Sonnabend, 8. April, 15 Uhr, Diavortrag im Restaurant Krohn, Fuhlsbüttler Straße 757. Ute Eichler präsentiert „Neue Bilder aus der alten Heimat". Vor dem Vortrag gibt es eine gemeinsame Kaffeetafel, das Gedeck kostet 6 Euro. Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt ist frei.

Sensburg – Die nächste Zusammenkunft findet erst am 23. April statt. Das Stammlokal steht vorher nicht zur Verfügung.

BEZIRKSGRUPPEN

Billstedt – Dienstag, 4. April, 15 Uhr, Treffen im Restaurant „Für'n Appel und 'n Ei", Möllner Landstr. 27, Billstedt (im Ärztehaus am Marktplatz). Die Treffen sind kultureller Natur (Heimatgeschichte, Literatur, Erlebniserzählungen, Plachandern, Ausflüge und anderes mehr). Gäste sind herzlich willkommen. Kontakt: Annelie Papiz, Telefon (0 40) 73 92 60 17.

Hamm – Horn – Sonntag, 23. April, 14 Uhr, Frühlingsfeier im Seniorentreff, Am Gojenboom, neben dem U-Bahn Parkplatz Horner Rennbahn. Nach der gemeinsamen Kaffeetafel mit selbstgebackenem Kuchen gibt es wieder Humor und Tanz mit Peter. Bitte bringen Sie Freunde und Bekannte mit. Tischreservierung auf Wunsch bitte bei Siegfried und Gisela Czernitzki, Telefon 6 93 27 24.

Harburg / Wilhelmsburg – Montag, 27. März, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld. Referent Ernst Korth zeit den Film „Traumlandschaft Masuren". Nähere Informationen bei Hanna Czekay, Ottensweide 23, 21109 Hamburg.



HESSEN

Vors.: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (0 60 51) 7 36 69

Darmstadt – Fröhliches Treiben herrschte beim Fasteloawend. Fröhlich begrüßten die Vorsitzenden Gerhard Schröder und Dieter Leitner die vielfach originell kostümierten Gäste. Mit einem humoristischen Gedicht leitete der 2. Vorsitzende Erwin Balduhn den Nachmittag ein. Die Geburtstagskinder grüßte Anni Oest mit dem Poem: „Was ist Glück?". Gerhard Schröder berichtete von den heimatlichen Fastnachtsbräuchen. Ehrenvorsitzender Horst Jantzon ließ sich in ironischer Weise über die Verhältnisse von gestern und heute aus, Leonie und Willy Posegga beleuchteten die Ärzte, Gustav Rupietta brillierte witzig über seine Nase, Annis Oest hatte ein Müsli zum Thema, Brigitte Klemm und Luzie Rosigkeit führten ein Zwiegespräch über Schiller und Goethe, Gerhard Schröder berichtete von einem großen Dackel, Erhard Karbetzke gab sein Debüt als Kutscher, Gisela und Christian Keller produzierten sich gekonnt als Königin und König und Rudi Seemann versuchte sich als Wirt. Gisela Keller nahm noch einmal sarkastisch zum Thema Rauchen Stellung. Alle Akteure erhielten viel Beifall und wurden mit den von Brigitte Klemm gefertigten Orden in Form eines süßen Schnullers bedacht. Zwischen den einzelnen Vorträgen wurden lustige Lieder gesungen. Anläßlich seines 85. Geburtstages hatte Willy Posegga Kartoffelsalat und Würstchen spendiert. Zum Abschluß legten Gerhard Schröder und die fast 97jährige Jenny Walter eine flotte Polka aufs Parkett.

Dillenburg – Mittwoch, 29. März, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Café Eckstein. Heinz Schmidt hält einen Diavortrag über „Einwanderer ohne Paß – Die Wölfe in Preußen". – Bei der letzten Zusammenkunft gab der Vorsitzende Lothar Hoffmann nach der Begrüßung zunächst einen Rückblick über die Veranstaltungen und Ereignisse des vergangenen Jahres. Danach erstattete Kassenführerin Käte Spalding ihren Rechenschaftsbericht über einnahmen und Ausgaben 2005. Ihr wurde einstimmig Entlastung erteilt. Nach dem Kaffeetrinken kam der humoristische Teil des Nachmittags an die Reihe – unter dem Motto: „So lachten wir in unserer Heimat". Verschiedene Gruppenmitglieder brachten Anekdoten über Kant zu Gehör, auch ein Gedicht von Kant über den Monat Februar, in dem man weniger Plagen hat als in anderen längeren Monaten, wurde vorgelesen. Es folgte der „ostpreußische Erlkönig", die Anekdote um das Flüßchen „Pissa", für dessen Namen die Gumbinner sich genierten. Sie baten den König um eine Namensänderung, und der schrieb an den Rand des Gesuchs: „Urinoco". Es wurden auch einige lustige Erlebnisse erzählt, und den Abschluß bildete die Geschichte, wie man durch den Genuß von Heringsköpfen schlau wird. Zwischendurch wurde natürlich viel plachandert.

Frankfurt / Main – Donnerstag, 30. März, 14 Uhr, Plachander-Nachmittag der Gruppe.

Kassel – Dienstag, 4. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Alt Süsterfeld, Eifelweg. Ruth Barthel gestaltet den Nachmittag. – Die Gruppe hatte Robert Richter von der Sudetendeutschen Landsmannschaft zu Gast. Thema seines Vortrages: „Die Sudetenfrage – eine offene Wunde Europas". Mit eine Wandkarte von Böhmen und Mähren, einem Videofilm über das Land und einem Vortrag über die geschichtliche Entwicklung fesselte Richter die Zuhörer. Deutlich waren in der Karte die Wohngebiete der Sudetendeutschen in den Randgebirgen rings um Böhmen und Mähren gekennzeichnet. Deutsche und Tschechen lebten hier jahrhundertelang nebeneinander. Fast alle Städte wurden von Deutschen gegründet, und die erste Universität des „Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nationen" entstand 1346 unter Kaiser Karl IV. in Prag. Die Hussitenkriege, die Habsburgische Gegenreformation, die tschechische Revolution 1848 / 49 und schließlich die Folgen des Diktats von St. Germain 1918 zerstörten das jahrhundertelange Miteinander. Die dreieinhalb Millionen deutschen in Böhmen erlebten nach dem Ersten Weltkrieg ein ähnliches Schicksal wie die Westpreußen. Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges mußten die Sudetendeutschen erst in einer „wilden", dann in einer „organisierten" Vertreibung das Land verlassen. Die noch heute gültigen „Benês-Dekrete" verhindern eine Versöhnung.

Wetzlar – Montag, 10. April, 18 Uhr, Treffen in den „Grillstuben". Anneliese Franz referiert über „Dr. E. von Behring – Retter der Kinder und der Soldaten". Gäste sind herzlich willkommen. – Noch bis zum 30. März läuft die Ausstellung: „60 Jahre Flucht und Vertreibung – Integration" im neuen Rathaus, Ernst-Leitz-Straße 30, Öffnungszeiten: Montag bis Donnerstag 8 bis 17 Uhr, Freitag 8 bis 13 Uhr, Sonntag (26. April) 8 bis 17 Uhr. Der Eintritt ist frei. – Die Gruppe traf sich zum traditionellen Grützwurstessen in den „Grillstuben". Wie schon in den Jahren zuvor, war der Versammlungsraum voll besetzt, um sich das leckere Mahl schmecken zu lassen. Der Vorsitzende Kuno Kutz begrüßte die Mitglieder und einige Gäste, unter anderem die Kreisgeschäftsführerin des BdV, Rosemarie Kretschmer. Einige Beiträge von Karla Weyland und Edith Chowanetz trugen dazu bei, daß die Veranstaltung zu aller Zufriedenheit abgelaufen ist.

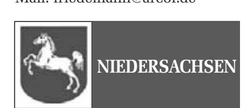


MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vors.: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (0 39 71) 24 56 88

Parchim – Donnerstag, 20. April, 14.30 Uhr, Plachanderstunde im Café Scholz, Langen Straße 54 / 55, Parchim. Die Plachanderstunde findet jeden dritten Donnerstag im Monat statt. Auskunft erteilt Charlotte Meyer, Klein Kemnadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (0 38 71) 21 35 45.

Gumbinnen – Sonnabend, 29. April, 10 Uhr, Gesamtdeutsches Heimattreffen des Regierungsbezirks Gumbinnen im Landhotel, 19372 Spornitz, an der B 191 gelegen. Den Landsmann erwartet ein der Jahreszeit entsprechendes auf die Heimat ausgerichtetes kulturelles Programm. – Sonnabend, 25. November, 10 Uhr, vorweihnachtliches Treffen des Regierungsbezirks Gumbinnen im Landhotel, 19372 Spornitz, an der B 191 gelegen. Er wird ein besonderes kulturelles Programm dargeboten. Das Hotel kann entweder mit dem Pkw über die BAB 24 und nach deren Verlassen am Abzweig Neustadt-Glewe oder auch mit der Bahn über den Eisenbahn-Knotenpunkt Ludwigslust erreicht werden. Kaffee und Mittagessen können im Hotel eingenommen werden. Das Hotel verfügt über ausreichend Parkplätze und bietet auch für den Weitgereisten zu Sonderkonditionen eine Unterkunft an. Eine Übernachtung sollte aber rechtzeitig mit Frau Ruck, Telefon (03 87 26) 8 80 vereinbart werden. Weiter Auskünfte erteilt Dr. Friedrich-Eberhard Hahn, John-Brinckman-Straße 14 b, 19370 Parchim, Telefon und Fax (0 38 71) 22 62 38, E-Mail: friedelhahn@arcor.de



NIEDERSACHSEN

Vors.: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (0 41 31) 4 26 84. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30 b, 31275 Lehrte, Telefon (0 51 32) 49 20. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (0 51 41) 93 17 70. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (05 31) 2 50 93 77. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto von Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (0 59 01) 29 68. Bezirksgruppe Hannover: Christine Gawronski, Zilleweg 104, 31303 Burgdorf, Telefon (0 51 36) 43 84

Delmenhorst – Dienstag, 4. April, 15 Uhr, Treffen der Frauen- und der Männergruppe in der Delmeburg beziehungsweise in der Kulturstube der Parkschule.

Gifhorn – Nach dem Motto: „Wie's daheim war" feiert seit mehr als 30 Jahren die Gruppe ihr Winterfest. In der Scheune des Deutschen Hauses begrüßte der Vorsitzende Armin Fraß eine Besuchergruppe besonders: Landsleute von der Gruppe Klötze mit ihrem Vorsitzendem Günter Thiel. Mit einem Gedicht über Ostpreußen wurde die Veranstaltung eingeleitet. Mit dem Vortrag „Hutche", vorgetragen von Ulla Delventhal, sowie weiteren Vorträgen und Sketchen mit Liesel Powels, Erni Fricke und Armin Fraß erhielten die Akteure viel Applaus und einen Blumenstrauß. Dann hieß es: Stürmt die Tanzfläche! Viele Paare folgten dieser Aufforderung und legten eine flotte Sohle aufs Parkett – musikalisch begleitet von Wolfgang Kimmel. Durch das Programm leitete Dieter Specovius.

Gütersloh – Sonntag, 7. Mai, 7.30 Uhr, Abfahrt zur Jahreswallfahrt in den Marienwallfahrtsort Werl. Dazu sind alle Ermländer und Interessierte herzlich eingeladen, der Gottesdienst beginnt um 10.15 Uhr in der Basilika. Im Bus stehen lediglich 30 Plätze zur Verfügung, rechtzeitige Anmeldung ist wünschenswert. Die genauen Abfahrtzeiten und Haltestellen erfahren die bei Josef Block, Telefon 3 48 41. Der Fahrpreis beträgt 12 Euro. – Donnerstag, 13. April, 15 Uhr, Osterfeier mit Gründonnerstags-Kringel im Gütersloher Brauhaus. Anmeldungen bis spätestens 7. April bei Marlene v. Oppenkowski, Telefon 70 29 19. – 60 Mitglieder trafen sich jetzt im Gütersloher Brauhaus zur Jahreshauptversammlung, die eingerahmt war von Darbietungen des Singkreises und des Mundharmonika Orchesters. Der gesamte Vorstand wurde neu gewählt. Alle stimmten dafür, daß Eckard Jagalla den Vorsitz für weitere zwei Jahre übernimmt. Der 45Jährige lenkt die Geschicke der Landsmannschaft seit 12 Jahren. Ebenfalls wieder gewählt in ihre Ämter wurde Marlene von Oppenkowski als stellvertretende Vorsitzende, Marianne Bartnik als Schriftführerin, Paul Herrmann als Schatzmeister und Ursula Witt in Abwesenheit als Kulturwartin. Beisitzer sind weiterhin Herta Kriszun, Renate Thamm, Willy Kringel und Bruno Wendig. Neu besetzt wurde die Position der stellvertr. Schatzmeisterin. Gewählt wurde Birigtte Steffen, die sich auch in der Mitgliederbetreuung engagiert. Die individuelle Betreuung der Mitglieder übernehmen unverändert: Josef Block, Helmut Fox, Kristien Krollka, Werner Kuzinna, Franz Lipowski, Leo Motzki, Brigitte Steffen, Anton von Oppenkowski und Peter Welki. Renate Thamm berichtete über die Aktivitäten der Frauengruppe, Herta Kriszun über den Singkreis und Bruno Wendig sprach über das Mundharmonika Orchester. „Wir überlegen, ob die Bezeichnung Orchester noch sinnvoll ist", sagte er. Denn in der Gruppe musizieren nur noch acht Personen. Der Kassenbericht von Paul Herrmann wies eine gute Rücklage für das laufende Jahr aus. Im vergangen Jahr aßen die Ostpreußen gemeinsam Eisbein und tanzten danach, begannen die Ostertage mit dem Gründonnerstags-Kringelessel, tanzten in den Mai, fuhren zum Ermlandtreffen nach Werl und zum Deutschlandtreffen nach Berlin, machten eine Fahrradtour mit Grillabend, organisierten ein Herbstfest mit Tombola, eine Seniorenfahrt, ein Zeltwochende für Familien, eine Weihnachtsfeier mit Nikolaus und Geschenken für Kinder, ein Silvesterball, beteiligten sich an Veranstaltungen wie dem Tag der Heimat oder Ostdeutschen Frauennachmittag. Auch in diesem Jahr wird wieder Vieles angeboten. Wie auf jeder Veranstaltung üblich, wurde auch im Brauhaus für Kinder eines Tilsiter Waisenhauses gesammelt. Im vergangenen Jahr wurden 1600 Euro persönlich übergeben. Dafür wurden vorwiegend Pflegemittel gekauft und die Küche des Waisenhauses renoviert.

Wilhelmshaven – Die Gruppe fuhr, unter der Leitung von Dr. K.-R. Sattler, nach Bad Zwischenahn. Ziel des Ausfluges war das Museum „Ostdeutsche Heimatstube". Nach der Begrüßung durch Dr. Idis Hartmann gab es Kaffee und Kuchen. Hartmann führte die Gruppe dann durch das Museum. Wahre Schätze gab es zu sehen: Gestickte Trachten, Klöppelarbeiten, seltenes Porzellan, Schnitzerein und vieles mehr. Mach diesem Rundgang konnte man noch eine Sonderausstellung zum 225. Todestag von Gotthold Ephraim Lessing besichtigen. Als

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Bärbel Lehmann, Telefon (0 42 61) 80 14, Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme)

Vorstand tagte in Rotenburg (Wümme) – Vor der 48. heimatpolitischen Arbeitstagung traf sich der Vorstand der Kreisgemeinschaft zu seiner ersten Sitzung in diesem Jahr im Institut für Heimatforschung in Rotenburg (Wümme). Als Gäste konnte Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski Ehrenlandrat Wilhelm Brunkhorst und den stellvertretenden Landrat Reinhard Brünjes vom Landkreis Rotenburg (Wümme) begrüßen. Die Verwaltung des Patenschaftsträgers war durch den zuständigen Referenten Jochen Twiefel vertreten. Vom Heimatbund Rotenburg (Wümme) war die 1. Vorsitzende und Hausherrin Sarina Tappe gekommen. Alle Gäste sprachen herzliche Grußworte. Tappe wies insbesondere auf die angespannte Finanzlage des Heimatbundes hin. Die Gesamtsituation des Heimatbundes wird deshalb gegenwärtig neu überdacht. Ob sich dadurch auch Auswirkungen für die Kreisgemeinschaft ergeben, ist derzeit noch offen. Das Programm für das 9. Angerburger Heimattreffen am 24. / 25. Juni 2006 im Bürgerhaus Sonnenplatz 1, Güstrow, war Gegenstand eingehender Erörterungen. Der Vorstand entschied sich für eine Busfahrt nach Warnemünde in Verbindung mit einer Hafenrundfahrt. Anmeldungen für diese Fahrt nehmen Karin und Günther Büttner, Pustekowstr. 29, 18273 Güstrow, bis zum 16. Juni 2006 entgegen. Der Heimatabend im Bürgerhaus wird wieder von Günter Schalldach und seiner Frau gestaltet. Weiter wurde das Programm für die 52. Angerburger Tage am 16. / 17. September 2006 in Rotenburg (W) durchgesprochen. Die Gastrede wird das Joachim Stünker (MdB der SPD) halten. Inhalt und Zusammenstellung der Berichte für den Angerburger Heimatbrief und die Arbeit in der Geschäftsstelle und im Archiv wurden ebenfalls erörtert. Insbesondere geschichtliche Artikel für den Angerburger Heimatbrief sind willkommen. Sie sollten jedoch einen Bezug zum Heimatkreis oder Ostpreußen vor oder nach 1945 haben. Ausführlich berichtete Norbert Skowron über seine Arbeit an der Vereinshomepage der Kreisgemeinschaft. Eine Präsenz im Internet dient nicht nur unseren Mitgliedern sondern weckt auch das Interesse junger Menschen an unserer Heimat. Der Vorstand dankte Norbert Skowron für seine gute und zeitaufwendige Arbeit. Die Schatzmeisterin Brigitte Junker war mit dem positiven Jahresabschluß zum 31. Dezember 2005 durchaus zufrieden. Durch die altersbedingte Entwicklung in der Kreisgemeinschaft wird sich aber der Spendeneingang in der Zukunft verringern. Die humanitäre Hilfe für die Sozialstation und die Deutsche Gesellschaft Mauersee werden wir auch im Jahr 2006 fortsetzen.

Der Vorstand stellte fest, daß sich die Finanzen der Kreisgemeinschaft bei Brigitte Junker in guten Händen befinden und dankte der Schatzmeisterin für ihre erfolgreiche Arbeit. Ein weiteres Thema war die Umbenennung von Angerburg in „Wegorzewo“ vor 60 Jahren. Es ist davon auszugehen, daß die Stadt Angerburg (Wegorzewo) daran erinnern wird. Es wurde beschlossen, der Stadt Angerburg (Wegorzewo) einen Baum zu schenken. Hauptthema in Angerburg sind gegenwärtig jedoch die im Herbst stattfindenden Kommunalwahlen. Abschließend berichtete der Kreisvertreter über die Sitzung der Ostpreußischen Landesvertretung am 5. / 6. November 2005 in Bad Pyrmont. Für das Jahr 2007 wurden bereits folgende Veranstaltungstermine festgelegt: Die 49. heimatpolitische Tagung wird am 24. / 25. Februar 2007 und die 53. Angerburger Tage werden am 8. / 9. September 2007 in Rotenburg (Wümme) stattfinden. Insgesamt verlief die Sitzung wieder sehr harmonisch. Der Kreisvertreter dankte allen Sitzungsteilnehmern für ihre konstruktive Mitarbeit.



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Kreisvertreter: Helmut Friske, Telefon (03 34 38) 6 04 87, Bernauer Str. 6, 14345 Altlandsberg. Geschäftsstelle: Brigitta Heyser, Telefon (0 51 91) 97 89 32, Billungstraße 29, 29614 Soltau

Kurische Nehrung – Das ist das Stichwort für unsere diesjährige Ostpreußenreise, die vom 6. bis 16. Juni stattfinden wird. Kurische Nehrung, das bedeutet Sonne, Dünen, Haff und Meer, malerische Ferienorte wie Nidden und Schwarzort – einmalige Reize, denen sich je kaum jemand entziehen vermochte, nicht nur ein Thomas Mann war überwältigt. Nichts läßt sich vollkommen beschreiben, die Kurische Nehrung muß man erleben, und wir denken, daß wir im Frühsommer die richtigen klimatischen Verhältnisse haben werden. Ein wenig echte Urlaubsstimmung soll geboten werden mit drei Übernachtungen und damit genügend Zeit zum erholsamen Genießen oder auch für anregende Unternehmungen. Aber wir haben auch nichts vergessen, was uns ganz nahe liegt: den Kreis Ebenrode (Stallupönen), wo mit zwei zusammenhängenden Übernachtungen ausreichend Zeit geboten wird vor allem die Heimatorte aufzusuchen beziehungsweise das, was davon noch übrig ist. Zum Programm gehört hier auf jeden Fall die obligatorische Rundfahrt, die uns immer wieder die Schönheit des Heimatkreises, aber auch die stetigen Veränderungen nahebringt. Rundum haben wir natürlich den angemessenen Rahmen: ob auf der Hinfahrt die Altstadt von Thorn, die Bezirkshauptstadt Allenstein mit Schloß und Marktplatz oder das quirlige Städtchen Goldap mit Übernachtung am Fuße des Goldaper Berges, ob auf der Rückfahrt die Hansestadt Danzig mit ihrem internationalen Flair, mit Sehenswürdigkeiten, Geschäftspassagen und Märkten und zum Abschluß Stettin (Übernachtung), glanzvolle Hauptstadt Pommerns, überall finden Sie Bemerkenswertes. Kommen Sie mit! Nehmen Sie die ganz spezielle Reiseroute dieses Jahr wahr. Auf den Reisen, die die Kreisgemeinschaft mit dem Reiseunternehmen Scheer veranstaltet, gelangen Sie zu den Heimatorten Ihrer Familie und zu immer wieder neuen, spannenden Stätten und Landschaften. Der Preis beträgt 770 Euro bei HP, Gebühren extra. Fordern Sie dazu Unterlagen an: Scheer-Reisen, Leonhardstraße 26, 42281 Wuppertal, Telefon (02 02) 50 00 77. Auch die Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft steht Ihnen für Nachfragen zur Verfügung.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Tel.: (0 41 01) 2 20 37 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Eine Geschenkidee zum Osterfest – Der Bildband der Kreisgemeinschaft, zusammengestellt und bearbeitet von Hans-Georg Klemm und Monika Ziegler, liegt nun vor. Das Büchlein mit historischen Ansichten aus der Zeit von der Jahrhundertwende bis 1945 wurde von den ersten Lesern begeistert aufgenommen und fand so großen Beifall, daß bereits die ersten Nachbestellungen als Geschenk für Freunde und Verwandte eingegangen sind. Der gebundene Bildband im A5 Querformat enthält 185 Ansichten aus dem westlichen Samland, alle im Faxdruck. Sie können das Buch bei der Geschäftsstelle der Kreisgemeinschaft Fischhausen in Pinneberg zum Preis von 16,50 Euro zuzüglich Porto und Verpackung schriftlich oder Telefonisch bestellen.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Tel. (0 52 31) 3 71 46, Fax (0 52 31) 2 48 20, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Waltraud Schmidt, Telefon (0 41 93) 52 42, Fax (0 41 93) 9 7 6 80, Höllenhorst 5, 24558 Henstedt/Ulzburg

Ortsgemeinschaft Herzogsrode / Gawaiten – Unser diesjähriges Gemeinschaftstreffen findet am 20. Mai 2006 in Roggendorf statt. Anmeldungen beziehungsweise Buchungen werden erbeten an: Hänsel – Hotel und Restaurant, Kneser Straße 18, 19205 Roggendorf, Telefon (03 88 76) 2 01 66.

Ausfall? – Wegen Mangel an Beteiligung muß eventuell die geplante Reise nach Goldap (Gawaiten) leider ausfallen.



GUMBINNEN

Kreisvertreter: Eckard Steiner, Schöne Aussicht 35, 65510 Idstein/Taunus, Telefon (0 61 26) 41 73, E-Mail: eck.steiner@pcvos.com, Internet: www.kreis-gumbinnen.de

Treffen der Gumbinner in Hamburg – Am Sonnabend, 20. Mai, 14 Uhr, findet ein Treffen der Kreisgruppe Gumbinnen im Haus der Heimat statt, zu dem alle Landsleute und Gäste herzlich eingeladen sind. Der Treffpunkt ist zu erreichen mit der S-Bahn (S 1) bis Stadthausbrücke oder der U-Bahn bis Rödingsmarkt. Von beiden Stationen hat man noch einen Fußweg von sechs bis acht Minuten in Blickrichtung Michaelisturm. Das Treffen beginnt mit einer Kaffeetafel. Danach ist eine interessante Aussprache sowie Unterhaltung vorgesehen. Auskunft erteilt Mathilde Rau, Saseler Mühlenweg 60, 22395 Hamburg, Telefon (0 40) 6 01 64 60.

Busfahrt nach Gumbinnen – In der Zeit vom 16. bis 26. Juli 2006 findet eine Busfahrt nach Gumbinnen statt. Abfahrt beziehungsweise Zusteigemöglichkeiten Lüneburg, Hamburg ZOB, Parchim und Berlin-Birkenwerder. Auskunft: Günter Gaudszuhn, Hirschberger Straße 3, 21337, Lüneburg, Telefon (0 41 31) 76 98 83, Fax (0 41 31) 76 98 84.



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Siegfried Dreher, Telefon (0 41 02) 6 13 15, Fax (0 41 02) 69 77 94, Papenwisch 11, 22927 Großhansdorf

Neuer Ortsvertreter für Bönkenwalde – Kirchspiel Hohenfürst: Rüdiger Hantel (56 Jahre), Moerser Straße 277, 47475 Kamp Lintfort, Telefon (0 28 42) 33 08 77. Wir wollen das Leben in unserem Kirchspiel beleben, Kontakte knüpfen und halten, die Traditionen pflegen und die Liebe zu unserer Heimat dokumentieren. Lm. Hantels Vater ist gebürtiger Bönkenwalder und meine Mutter stammt aus einer alten Hohenfürster Familie. Wir wünschen uns einen engen Kontakt zu allen, die sich diesem Kirchspiel verbunden fühlen. Elke Ruhnke (39 Jahre) 1. Kirchspielvertreterin Hohenfürst.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Willi Reck, Georg-Büchner-Straße 7, 31224 Peine, Telefon (0 51 71) 80 59 72, Fax (0 51 71) 80 59 73. Schriftführerin: Marlene Gesk, Unewattfeld 9, 24977 Langballig, Tel. (0 46 36) 15 60, Fax (0 46 36) 88 33

Misker Dorf-Treffen – Da alle älter werden und einige gesundheitlich nicht mehr in der Lage sind das Dorftreffen in Garbsen zu besuchen, wird folgender Vorschlag gemacht: Am 1. Mai ist in Düsseldorf im „Goldenen Ring“ das Johannisburger Kreistreffen und am. 3. September in Dortmund in der Westfalenhalle. Dort haben wir Misker die Gelegenheit uns zu treffen. Wir würden uns freuen viele Misker dort zu begrüßen. Nähere Informationen bei Kurt Zwikla, An der Obererft 46 a, 41464 Neuss, Telefon (0 21 31) 4 83 33.

Busreise nach Johannisburg über Stettin und Danzig – Die Ortsgemeinschaften Kurwien, Kreuzofen, Erdmannen, Heidig und Karpen unternehmen vom 17. bis 26. Juli wieder mit dem Reiseunternehmen Plewka, Schützenstraße 91, Herten, Telefon (0 23 66) 3 6 51, Fax (0 23 66) 8 15 89, eine zehntägige Reise nach Johannisburg mit HP (DZ, EZ, Dusche, WC) im Hotel Nad Pisa in Johannisburg zu einem günstigen Gesamtpreis und vielen Leistungen inklusive. Wir fahren über Stettin, Danzig, Elbing, Marienburg das Frische Haff und Oberlandkanal, machen Halt zur Besichtigung und Zwischenübernachtung, dann weiter für fünf Tage nach Johannisburg. Auf dem Programm in Johannisburg stehen Fahrten zu touristischen und kulturellen Zielen wie unter anderem Lyck, Nikolaiken. Wir nehmen teil am Dorffest in Kreuzofen: „300 Jahre Bestehen Kreuzofen am Niedersee“, besuchen in Lötzen das Sommerfest der Deutschen Vereine, machen Picknick am See, Grillen und Kaffeetrinken auf einem Bauerhof runden unser Programm ab. Die Abfahrt des Busses erfolgt im Ruhgebiet, weiter entlang der BAB 2, Hannover

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung

Dank für diesen informativen und gelungenen Nachmittag bekam Dr. Hartmann einen Blumenstrauß überreicht.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vors.: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstraße 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (0 29 64) 10 37, Fax (0 29 64) 94 54 59

Bielefeld – Montag, 3. April, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Köln – Sonnabend, 1. April und Sonntag, 2. April, jeweils 14 Uhr, Treffen der Palmnicker in Köln, Kolpinghaus International, Helenenstraße / St.-Apernstraße 32.

Lippe – Mittwoch, 29. März, 15 Uhr, Frühjahrsveranstaltung in der Stadthalle Detmold. Im Mittelpunkt der Veranstaltung steht ein Filmvortrag: „Trakehner – im Galop durch Ostpreußen“.

Wesel – Sonnabend, 1. April, 17 Uhr, Frühlingsfest mit traditionellen Grützwurstessen in der Heimatstube, Kaiserring 4, Wesel. Wie immer stehen verschiedene Darbietungen auf dem Programm. Umgehende Anmeldung wird erbeten bei Kurt Koslowski, Telefon (02 81) 6 42 27 oder Inge Koslowski, Telefon (02 81) 6 04 51.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim

Kaiserslautern – Sonnabend, 1. April, 14.30 Uhr, Treffen in der Heimatstube, Lutzerstraße 20.

Ludwigshafen – Donnerstag, 6. April, 16 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Kassenbericht im Haus der Arbeiterwohlfahrt, Forsterstraße. Anschließend gibt es einen Filmvortrag über Ostpreußen. – Den Gottesdienst des Ermlandtreffens in der St. Hedwigskirche feierte Pfarrer Bernhard Schaffrinski. Als Einleitung für seine Predigt erzählte er eine Geschichte von Ernst Hemingway, in der ein Kellner, nachdem das Lokal geschlossen hatte, sich beim Anblick der leeren Gläser und Stühle die Frage stellte: Was habe ich am heutigen Tage erreicht? Er blieb sich die Antwort schuldig. So, Pfarrer Schaffrinski, geht es auch heute vielen Menschen. Sie leiden unter dem Leerlauf ihres Lebens und können mit niemanden darüber sprechen. Als Folge davon werden sie depressiv. Sie laufen Götzen nach, die ihnen aber nicht helfen können, den Sinn des Lebens zu finden. Es bleibt ihre Gleichgültigkeit und innere Leere. Ein Zurückschauen zu den Anfängen kann oft helfen, die Liebe wieder neu zu entflammen. Hermann Hesse drückt es so aus: Jedem Anfang liegt ein Zauber inne. Beim gemütlichen Beisammensein, wurde derjenigen gedacht, die im letzten Jahr verstorben sind, vor allem Diakon Paul Kruck, der von 1962 bis 1992 das Ermländertreffen organisiert hatte, und aller, die aus gesundheitlichen Gründen dieses Jahr nicht dabei sein konnten. Der Dank am Schluß galt allen, die gekommen waren und die in irgendeiner Weise zum Gelingen des Treffens beigetragen hatten.



SACHSEN

Vors.: Erwin Kühnappel. Geschäftsstelle: Christine Altermann, Telefon und Fax (03 71) 5 21 24 83, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Dienstag und Donnerstag, 9 bis 16 Uhr

Landesgruppe – Sonnabend, 29. April, Frauenseminar im „Platner Hof“. – Wie auch im vergangenen Jahr hat die Landesfrauenreferentin, Dora Arnold, die aktiven Frauen aus dem Arbeitskreis Sachsen zum Internationalen Frauentag eingeladen. Die Teilnehmerinnen wurden herzlich vom Landesvorsitzenden Erwin Kühnappel mit Blumen und einem Geschenk begrüßt. Bedeutende Frauen Ostpreußens zu würdigen ist das Anliegen von Dora Arnold. Es war kein Zufall, daß in diesem Jahr die Wahl auf „Erminia v. Olfers-Batocki“ fiel. Vorarbeit hatte die Landesfrauenreferentin Marga Ritter aus Thüringen geleistet. Sie hatte Dora Arnold mit dem Buch „Dorfgeschichten“ erfreut. Aus der Vielfalt der Geschichten brachte Arnold „Im Torfbruch“ und „Zwei Hähne“ zu Gehör. Auch wurde eine Kurzbiographie der Dichterin vorgetragen, die sich dafür einsetzte, daß die plattdeutsche Sprache Ostpreußens rein erhalten bleibt und überliefert wird. Ein Dank ging an alle Helfer, die zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen hatten. Hervorzuheben ist Ruth Baumgart, Leiterin der Frauengruppe Chemnitz, die Kartengeschenke mit Blumenmotiven angefertigt hatte, die Ergebnisse der Backkünste von Hannelore Kedzierski, Dietlinde Böhme und der Gattin des Landesvorsitzenden, Ingrid Kühnappel, fanden an der Kaffeetafel lobende Worte. Es war nicht nur der kulinarische Genuß der die Teilnehmerinnen noch stundenlang am Tisch festhielt. In den Gesprächen kam zum Ausdruck, diese Art der Erinnerung und Ehrung wie Dora Arnold sie gestaltet, sollte öfters in einem größeren Rahmen stattfinden.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (03 91) 7 33 11 29

Gardelegen – Freitag, 31. März, 14 Uhr, gemütliche Kaffeerunde im „Café am Rathaus“. Anschließend: Kinoveranstaltung.

Halle – Sonnabend, 8. April, 14 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Neuwahl in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße.

Schönebeck – Freitag, 7. April, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Volkssolidarität „Am Stadtfeld“.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (04 31) 55 38 11, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel

Fehmarn (Burg) – Dienstag, 11. April, 15 Uhr, Treffen im „Haus am Stadtpark“. Klaus Nehring hält einen Diavortrag: „Streifzug durch den Norden Schleswig-Holsteins“.

Malente – Mittwoch, 29. März, 15.30 Uhr, Jahreshauptversammlung im Café Raven, Janusallee 16, Bad Malente-Gremsmühlen. Auf der Tagesordnung stehen: Eröffnung und Begrüßung, Totenehrung, Jahresbericht des Vorsitzenden, Kassenbericht, Bericht des Kassenprüfers, Entlastung des Vorstandes, Anfragen und Verschiedenes. Nach Beendigung der Tagesordnung wird Harald Breede aus seinem neusten Prosaband: „Königsberg – verzeih!“ lesen. Gäste sowie Freunde sind natürlich herzlich willkommen.

Prussia

Duisburg – Die Prussia trifft sich am Sonnabend, 1. April, 11 Uhr im Museum „Stadt Königsberg“, Karmelplatz 5, Duisburg. Im Anschluß an 30 Minuten „Prussia-Angelegenheiten“ spricht ab 13.30 Uhr Prof. Dr. N. Szafowal über „Preußen, Deutschland und ihre Perzeption, aus der Sicht eines Politikwissenschaftlers dargestellt“. Anschließend wird Dr. Heinrich Lange gegen 14 Uhr einen Diavortrag über die Geschichte der Prussia halten. Dr. Wolfgang Rothe wird ab 16 Uhr den unter seiner Mitwirkung gedrehten Film aus der im Fernsehen gezeigten Reihe „Als die Deutschen weg waren“ (Folge 1 „Tollmingkehmen“) vorführen und die notwendigen kritischen Ergänzungen vortragen.

Hörfunk & Fernsehen

Sonntag, 26. März, 6.05 Uhr, WDR 5: Tischgespäch – Curt Hondrich mit dem Trainer-Star Udo Lattek.

Sonntag, 26. März, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und neue Heimat.

Montag, 27. März, 22.50 Uhr, MDR: Der Stellvertreter.

Dienstag, 28. März, 20.15 Uhr, ZDF: Göring – Eine Karriere (3/3).

Donnerstag, 30. März, 20.15 Uhr, 3sat: Tag X – Die Türken vor Wien (Dokumentation).

Donnerstag, 30. März, 20.15 Uhr, ZDF: Karol Wojtyla – Geheimnisse eines Papstes.

Freitag, 31. März, 21.30 Uhr, 3sat: 3satbörse spezial – Iran.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung

und Berlin bis zur Grenze mit mehreren Haltepunkten an Raststätten. Wir laden Sie, Ihre Angehörigen und alle, die unser Masuren kennenlernen möchten, herzlich ein. Nähere Auskünfte bei Willi Reck, Telefon (0 51 71) 1 77 51, Günter Woyzechowski, Telefon (0 50 66) 6 34 38, und natürlich beim Reiseunternehmen.



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (0 21 61) 89 56 77, Fax (0 21 61) 8 77 24. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Tel. (05 71) 4 62 97, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Unser Ostpreußen-Kalender – Der zum ersten Mal von unserer Heimatkreisgemeinschaft erstellte ostpreußische Heimatkalender für 2006 hat erfreulicherweise einen großen Zuspruch erfahren. Wir danken allen Landsleuten, die den Kalender erworben und durch ihre Spende dazu beigetragen haben, daß wir unser Samland-Museum im Preußen-Museum in Minden auch weiterhin mit heimatlichen Exponaten ausstatten können. Die so rege Nachfrage nach unserem Kalender sollte uns ermuntern, auch für das Jahr 2007 einen Kalender mit weiteren heimatlichen Motiven zu erstellen und anzubieten. Unsere Bemühungen gehen dahin, unseren Kindern Enkeln und Urenkeln die ostpreußische Heimat ihrer Vorfahren nicht allein durch Erzählungen, sondern durch einen Besuch unseres Samland-Museums auch optisch näher zu bringen. Der Besuch unseres Samland-Museums kann durchaus mit einer Besichtigung des Preußen-Museums in Minden verbunden werden. Anmeldungen über die Geschäftsstelle, Telefon (05 71) 4 62 97, sind erforderlich.

Eigene Geschichte kennen

Gumbinner Heimatpreis läßt Vergangenes lebendig werden

Seit vielen Jahren unterhält die Vereinigung ehemaliger Angehöriger der Friedrichsschule und Cecilienschule Gumbinnen e. V. einen Schülerwettbewerb. Im Rahmen des Gumbinner Heimatpreises zeichnet sie alljährlich herausragende Arbeite zum Thema Ostpreußen aus. In der Regel waren es bislang Oberstufenschüler, die sich mit ihren Arbeiten um die 750 Euro des Preisgeldes bewarben.

Da es aber nicht der Zweck des Preisausschreibens ist, die zahlreich vorhandene Literatur über Ostpreußen zu vermehren, sondern möglichst viele junge Menschen zu motivieren, sich überhaupt einmal mit der Geschichte, Geographie und Kultur Ostpreußens zu befassen, beschloß der Vortand der Vereinigung, zusätzliche Anerkennungspreise für gelungene Arbeiten einzurichten. Somit können auch weitere Wettbewerbs-Beiträge und auch solche aus der Unter- und Mittelstufe prämiert werden, für deren Bewertung dann gesonderte Maßstäbe gelten.

Um zu demonstrieren, wie wichtig der Vereinigung auch Unter- und Mittelstufenarbeiten sind, fuhren die beiden Vorsitzenden, Harald Tanck und Dieter Dziobaka, nach Weikersheim, um dort einen Anerkennungspreis in Höhe von 300 Euro an Florian Kleefeldt zu übergeben.

Vor seiner 9. Klasse und in Anwesenheit des Klassenlehrers Herrn Brunotte und der Fachlehrerin Frau Schulzki-Seiter nahm der jungen Preisträger die Urkunde und Preisgeld in Empfang – für seine noch in der 8. Klasse angefertigten Arbeit zum Thema „Flucht und Vertreibung der Deutschen infolge des Zweiten Weltkrieges“ – die Familie Kleefeldt stammt aus Osterode.

In seiner Ansprache nahm Dieter Dziobaka unter anderem Bezug auf eigene Erlebnisse, als auch er Schüler einer 9. Klasse war, denn auf den Tag genau vor 62 Jahren zog man ihn als Flakhelfer nach Königsberg ein.

Durch diese Preisverleihung wurde das Thema „Flucht und Vertreibung“ nachhaltig in das Bewußtsein der Schüler gerückt, bei manchen erneut, bei anderen wohl zum ersten Mal, und stieß bei ihnen auf großes Interesse.



Foto: privat

D. Dziobaka überreicht Florian Kleefeldt den Preis

Nach Erscheinen der Berichte in den lokalen Zeitungen „Fränkische Nachrichten“ und „Tauber Zeitung“ zog das Thema weitere Kreise. Verwandte und Freunde, aber auch Eltern von Mitschülern sprachen die Kleefeldts daraufhin an, nicht nur, um zum Erfolg zu gratulieren, sondern auch, um von ihren eigenen Erlebnissen in jenen schrecklichen Tagen zu berichten. **EB**

Der 1. Preis, des Gumbinner Heimatpreises, ging an zwei Abiturienten des Luisengymnasiums in Wunsiedel (je 500 Euro). Drei weitere Anerkennungspreise zu je 100 Euro erhielten die drei Verfasser einer Gemeinschaftsarbeit des Heinrich-Böll-Gymnasiums in Saalfeld.

Eine feste Partnerschaft

Landesregierung Hessens steht zu ihren Verpflichtungen

Der Landesbeauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Rudolf Friedrich, hat den Vorsitzenden der Gruppe Weichsel-Warthe, Karl Bauer, in seinem Büro zu einem Informationsaustausch empfangen. Im Rahmen der Patenschaft des Landes Hessen über die Gruppe seien diese Abstimmungsgespräche im Sinne einer vertrauensvollen Zusammenarbeit für ihn selbstverständlich.

Karl Bauer bedankte sich beim Land Hessen für die ideelle und materielle Unterstützung seiner Landsmannschaft im Rahmen der Patenschaft. Er würdigte insbesondere die Unterstützung durch Ministerpräsident Roland Koch und die Sozialministerin Silke Lautenschläger. Das Regierungsprogramm 2003 bis 2008 sei für den Bereich Heimatvertriebene und Spätaussiedler von großer Bedeutung. Ebenso die Regierungserklärungen von Ministerpräsident Roland Koch mit eindeutigen Aussagen zugunsten dieses Personenkreises.

„Als Vertreter der Deutschen aus dem Zwischenkriegspolen legen wir besonderen Wert darauf, daß das kulturelle Erbe der Deutschen aus dem Posener Land, aus Mittelpolen, Galizien und Wolhynien wegen seines speziellen Erfahrungsschatzes aus dem jahrhundertelangen Zusammenleben der deutschen Volksgruppen mit Polen, Juden und Ukrainern und seiner Bedeutung für die Neugestaltung der deutsch-polnischen Beziehungen die gebührende Anerkennung, Unterstützung und Förderung erfährt“, erklärte Bauer.

Landesbeauftragter Friedrich ging auf die Regionalpartnerschaft Hessens mit Großpolen (Wielkopolska) ein, in die die Gruppe Weichsel-Warthe einbezogen ist. Er erinnerte an den offiziellen Besuch von Sozialministerin Lautenschläger in Posen, bei dem Karl Bauer zur Delegation gehörte.

Der Landesbeauftragte bedankte sich für die vielfältigen Aktivitäten der Gruppe Weichsel-Warthe im vergangenen Jahr. „Hessen nimmt die Patenschaft weiterhin ernst. Die Betreuung der Patenschaft gehört zu meinen Aufgaben und ich nehme sie sehr gerne wahr“, so Friedrich abschließend. **EB**

Macht des Kunden

Stadtwerke verschenken WM-Strom

Von Oliver Bruhns

Rund 13 Millionen Kilowattstunden. So viel Strom wird innerhalb eines Jahres durchschnittlich von 4000 Einfamilienhaushalten verbraucht. Ebenso hoch allerdings ist auch der Verbrauch in allen deutschen Fußballstadien, in denen im Juni „die Welt zu Gast bei Freunden“ sein wird – innerhalb nur eines Monats.

Allein für die Flutlichter und die Berichterstattung der Medien verbraucht die Fußball-Weltmeisterschaft diese unvorstellbare Menge Strom. Zum Vergleich: Ein durchschnittlicher Zwei-Personen-Haushalt kommt mit jährlich rund 2600 Kilowattstunden aus.

> »Darum prüfe, wer sich länger bindet«

Während der WM sollten sich jedoch auch Fußballbegeisterte auf einen höheren Verbrauch einstellen, schließlich werden Schweinsteiger, Kahn, Beckham, Zidane und Co. auf dem Rasen für Nervenkitzel sorgen – und die heimischen Fernseher deshalb häufiger laufen als vielleicht üblich.

Eine besonders pfiffige Idee hatten hier die Stadtwerke Flensburg GmbH: Wer bis 30. April 2006 zum Stromangebot „Flensburg eXtra“ wechselt, zahlt nicht drauf – sondern schaut daheim alle Spiele kostenlos, denn Stadtwerke schenken Neukunden eine WM-Wechsel-Prämie im Wert von 15 Euro. Das reicht nicht nur, um sämtliche WM-Spiele Zuhause kostenlos zu verfolgen – auch die Kühlung der Getränke und das Aufbacken so mancher Pizza ist da noch drin. Der Stromanbieter von der Flensburger Förde wurde bereits im vergangenen Jahr von der „Stiftung Warentest“, „Plusminus“, „Capital“ und dem „Stern“ als einer der bundesweit besten und günstigsten Stromanbieter bewertet.

Weltmeister-Strom kostenlos und nach dem Fußballfest weiterhin eines der günstigsten Stromangebote der Republik – das ist ganz einfach: Der Wechsel des Stromanbieters ist für den Verbraucher kostenlos und dank Service-Center bequem und schnell zu erledigen.

Wie einfach der Anbieterwechsel ist, darauf hat auch Margrit Hinz, Referentin für Energie der Verbraucherzentrale Kiel, bereits mehrfach hingewiesen. Dennoch kaufen noch immer rund 60 bis 70 Prozent der Schleswig-Holsteiner ihren Strom zu teuer ein, so die Expertin.

Denn entscheidend für den Strompreis ist nicht nur der Grundpreis, der pro Zähler erhoben wird, sondern auch der Arbeitspreis, also der Preis einer Kilowattstunde (kWh). Und hier lohnt sich der Vergleich. Während beispielsweise bei e.on-Hanse die Kilowattstunde 19,42 Cent („Tarif E“) beziehungsweise 17,34 Cent („Little Jo“) kostet und bei Yello mit 18,24 Cent abgerechnet wird, schlägt sie bei „Flensburg eXtra“ lediglich mit 16,98 Cent zu Buche. Ein Einfamilienhaushalt mit einem durchschnittlichen Jahresverbrauch von 4000 Kilowattstunden kann da leicht 97,60 Euro sparen.

Doch nicht nur der Preisvergleich ist wichtig, bevor man als Verbraucher seinen Stromanbieter wechselt. Margrit Hinz von der Verbraucherzentrale rät dazu, auch das Kündigungsrecht im Falle einer Preiserhöhung zu prüfen. Die Bindungsfrist sollte zudem nicht mehr als zwölf Monate betragen

Zu Preisvergleichen und Anbieterwechsel stehen die Energieberater der Verbraucherzentralen Rede und Antwort.

VORTRAG

Berlin – Einen Vortrag zum Thema: „Was uns heute in Deutschland fehlt. Die Säkularisierung und die Zukunft des Glaubens“ hält am Mittwoch, 29. März, 19 Uhr der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bischof Dr. Wolfgang Huber, im Hilton Berlin am Gendarmenmarkt, Mohrenstraße 30, Berlin. Gastgeber ist die Preußische Gesellschaft Berlin-Brandenburg e. V.

Osterfreizeit für Senioren im Ostheim

Vom 10. bis 20. April 2006 bietet das Ostheim wieder eine Osterfreizeit für Senioren an. Freizeiten im Ostheim, das sind abwechslungsreiche und erholsame Urlaubstage in Bad Pyrmont. Die Angebote reichen vom morgendlichen Singen, über Seniorengymnastik, Dia- und Videoabenden, die Lesungen aus Werken ostpreußischer Dichter und Schriftsteller, Spaziergänge, Museumsbesuche und einem Halbtagesausflug bis zur heimatlichen Speisekarte am Mittag und Abend. Der unlängst als „Schönster Kurpark Deutschlands" ausgezeichnete Kurpark lädt zu Kurkonzerten, einem Bummel durch den größten Palmengarten nördlich der Alpen oder zum Ausprobieren des Wassertretbeckens und des Barfuß-Pfades ein. In der Hufeland-Therme können Sie die Meersalzgrotte genießen, in verschiedenen Saunen schwitzen oder das Wasser in verschiedenen Formen auf den Körper wirken lassen. Bad Pyrmont selbst

Eine große ostpreußische Familie

lädt mit seinen Sehenswürdigkeiten, Einkaufsmöglichkeiten, Cafés und Kulturangeboten zum Bummeln und Genießen ein. Am letzten Abend feiern wir gemeinsam Abschied, bei dem jeder nach seinen Möglichkeiten besinnliche und lustige Beiträge beisteuern kann. Sie sind in einer Gemeinschaft mit ostpreußischen und ostdeutschen Landsleuten, in einer großen Familie.

Diese zehntägige Freizeit kostet im Einzelzimmer 454 Euro und im Doppelzimmer pro Person 389 Euro. Die Inklusivpreise beinhalten Vollpension mit Festmenü an den Feiertagen, die Gästebetreuung, eine Halbtagesfahrt und die Reise–Rücktrittskostenversicherung. Die Kurtaxe wird vom Staatsbad Bad Pyrmont separat erhoben. Anfragen und Anmeldungen, diese bitte nur schriftlich, richten Sie an:

Ostheim – Jugendbildungs- und Tagungsstätte, Parkstraße 14, 31812 Bad Pyrmont, Telefon (0 52 81) 9 36 10, Fax (0 52 81) 93 61 11, E-Mail: info@ostheim-pyrmont.de



Der Sprecher der LO, Wilhelm v. Gottberg, verlieh Anfang März dem stellvertretenden Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft Wehlau, Hans Schlender, das Goldene Ehrenzeichen. Die Laudatio wurde schon in Folge 11 veröffentlicht. Foto: privat

DDR war absolut kein GULag

Betr.: „Der Palast des Bösen muß restlos verschwinden“ (Nr. 8)

Gegen die Leserzuschrift erheben wir „schärfsten Widerspruch“. Trotz aller Widrigkeiten in der Ex-DDR haben wir nicht in einem GU-Lag gelebt. Der Vergleich ist unter Niveau. Übrigens erfreuten sich die gastronomischen und kulturellen Einrichtungen des Palastes der Republik allergrößter Beliebtheit. Dieses Haus gehört ebenso zur Geschichte Deutschlands wie andere Bauten mit geschichtlichem Hintergrund, auch solche mit einer Geschichte, die inzwischen überholt ist.

In Bezug auf das Berliner Schloß sollte man bedenken, daß seine Hausherren, die Könige und Kaiser des Hauses Hohenzollern durch die von ihnen zu verantwortenden Kriege so viel Elend über die Völker Europas gebracht haben, daß man dieses Haus ebenfalls als „Palast des Bösen“ bezeichnen könnte und der demzufolge auch nicht wiederaufgebaut werden dürfte.

Jutta und Erwin Rosin, Grimma

Rußland hat nur Gebietshoheit

Betr.: „Öffnet sich Königsberg wirklich?“ (Nr. 7)

Ich finde es schon bemerkenswert, daß es dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, neu ist, daß das nördliche Ostpreußen vor dem Zweiten Weltkrieg nicht zu Rußland gehört hat. Ansonsten hätte er ja nicht davon gesprochen, daß seine Vorfahren „in der Region Kaliningrad lokalisiert seien“. Auch die Äußerung von Gouverneur Boos kann man so nicht stehenlassen. Unter anderem ist er der Meinung, daß das Gebiet ein Teil Rußlands sei. Völkerrechtlich gehört das Gebiet nach wie vor zu Deutschland. Rußland hat lediglich die Gebietshoheit.

Solange das Gebiet unter russischer Verwaltung steht, glaube ich nicht, daß es in dem Gebiet wirtschaftlich aufwärts geht. Wieso kommt keiner auf die Idee, Rußland die Schulden zu erlassen und als Gegenleistung wird die Verwaltung des Gebietes wieder auf Deutschland übertragen?

Jan-Dierk Oetken, Wildeshausen

Nicht Gott, sondern Terroristen

Betr.: „Du sollst nicht töten“ (Nr. 8)

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, daß ein Passagierflugzeug nicht von der Luftwaffe abgeschossen werden darf, auch wenn es erkennbar und erklärtermaßen als „lebendige Bombe“ auf ein vollbesetztes Fußballstadion gelenkt wird.

Ich kann das nicht nachvollziehen. Herr Mahlitz zitiert die Begründung des BVG „Der Schutz des Lebens – jedes einzelnen Lebens – hat absoluten Vorrang vor allen anderen Rechtsgütern.“ Die „anderen“ Rechtsgüter sind in diesem Falle aber keine anderen, sondern dieselben, und außerdem auch noch in wesentlich höherer Anzahl.

Herr Mahlitz folgert aus dem Fünften Gebot „Du sollst nicht töten“: „Das Leben hat uns Gott gegeben, nur er kann und darf es uns nehmen.“ Nein! In diesem Falle können und werden auch die Terroristen Leben nehmen.

Nur der Inhaber des Gewaltmonopols könnte, bei entsprechender Rechtsgrundlage, die Anzahl der „rechtswidrig“ genommen Leben in Grenzen halten.

Gott möge ihm in einer solchen schweren Stunde einen klaren Verstand bewahren.

Marco Nennhaus, Wetzlar

Hebräische Originalschrift der zehn Gebote

Die Deutschen schlummern

Betr.: „Stimmung und Lage nach den ersten hundert Tagen“ (Nr. 9)

Es wird niemandem weh getan, alles fließt ruhig, das Land genießt noch, daß nichts geschieht. Frau Merkel kassiert an Ansehen ohne wirkliche Leistung. Die Bundesbürger schlummern gern und machen vor dem die Augen zu, was uns erwarten muß.

Gerade war man glücklich, daß in Nürnberg für die Arbeitnehmer des ehemaligen AEG-Werkes mehr herausgeholt werden konnte. Nur die Arbeitsplätze sind jetzt in Polen. Und es mag ja großartig sein, wenn Waschmaschinen dort vielfach preiswerter produziert werden können und das vielleicht sogar auf die Preise bei uns durchschlägt, aber was haben wir denn von dem Vorteil niedrigerer Preise, wenn bei uns ein Arbeitsplatz nach dem anderen auf Nimmerwiedersehen verschwindet. Dann kommen wir nämlich dahin, wo wir auch für preiswerteste Waschmaschinen kein Geld mehr haben.

Es tut mir sehr leid, daß ich auch mit Frau Merkel in die Zukunft keine Hoffnung setzen kann. Ich täte es sehr, sehr gerne. Aber woher soll ich denn Zuversicht nehmen?

Arthur Reiff, Lingen

Lautet das Fünfte Gebot »Du sollst nicht morden« oder »Du sollst nicht töten«?

Betr.: „Du sollst nicht töten“ (Nr. 8)

Hans-Jürgen Mahlitz sagt in seinem Leitartikel ein uneingeschränktes Ja zum Urteil des Bundesverfassungsgerichts über das Luftsicherheitsgesetz. Dem widerspreche ich nicht, weil in das Urteil die grundsätzliche Verpflichtung des Staates hineingeschrieben ist, dem Schutz des Lebens vor allen anderen Rechtsgütern die Priorität zuzuerkennen. Aber ich widerspreche Mahlitz, wenn er in seiner Deutung des Urteils hinsichtlich des angenommenen Konfliktfalles zwischen dem „Schutz des Lebens“ und „anderen Rechtsgütern“ unterscheidet. Denn seine Feststellung: „Der Schutz des Lebens – jedes einzelnen Lebens! – hat absoluten Vorrang vor allen anderen Rechtsgütern“ gilt natürlich unterschiedslos sowohl für die Flugpassagiere als auch für die Stadionbesucher. Und das bedeutet: Es gibt in diesem Konfliktfall keine Hierarchie der Werte!

Und ich widerspreche Mahlitz auch entschieden in seiner Begründung des Karlsruher Urteils durch den Hinweis auf das Fünfte Gebot. Luthers allgemein bekannte Übersetzung von 2. Mose 20,13 („Du sollst nicht töten!“) wurde bis in die jüngste Vergangenheit von jedermann im Sinne des Urtextes als Verbot der unrechtmäßigen Tötung eines Menschen, der Tötung aus niedrigen Beweggründen oder schlicht der Tötung eines Menschen zu eigenem Nutzen verstanden – so verständlich im konkreten Falle auch eine solche Tat sein mag.

Erst in jüngster Zeit ist im Sprachgebrauch ein Bedeutungswandel eingetreten: Das Fünfte Gebot wird inzwischen vielfach als unterschiedslos allgemeines Tötungsverbot verstanden. Dies aber gibt der hebräische Text so nicht her. Durch die unzulässige Ausweitung des Tötungsverbotes wird die Lutherübersetzung verfälscht. Im Alten Testament heißt es nämlich nicht „Lo tiktol“ (allgemein „Du sollst nicht töten“), sondern „Lo tirzach“ („Du sollst nicht morden“).

Auf den angenommenen Konfliktfall im Sinne des Luftsicherheitsgesetzes bezogen: Der Minister oder befehlsgebende Offizier, der den Abschuß des Zivilflugzeuges anordnet, handelt nicht als Mörder im Lichte des Fünften Gebotes, weil er durch den Abschuß Menschenleben rettet. Daß er dabei trotzdem schuldig wird am Tode der Passagiere, steht natürlich außer Zweifel. Er befindet sich in diesem Augenblick im ursprünglichen Wortsinne in einer tragischen Situation: Ganz gleich, wie er sich entscheidet (oder nicht entscheidet!), wird er schuldig, weil er in jedem Falle für den Tod der Flugzeuginsassen oder für den Tod der Stadionbesucher verantwortlich wird.

Kein Gesetz, keine Verfassung und auch kein Karlsruher Urteil kann für ihn in diesem Augenblick irgendeine Bedeutung haben! Er steht einsam in Glaubensgebundenheit seines Gewissens vor Gott. Er kann nur im Sinne des Luther-Wortes „pecca fortiter“ („sündige tapfer“) seinen Entschluß fassen – im Vertrauen auf die Gnade Gottes, die auch Schuldigen verheißen ist.

Eine zusätzliche Anmerkung: Es gibt gewichtige Gründe gegen die Todesstrafe, aber jene Christen, die gegen die Todesstrafe das Fünfte Gebot in die Waagschale werfen, befinden sich im Irrtum. Nicht der Richter und sein Henker sind Mörder im Lichte des Fünften Gebotes, sondern allein der Mörder ist es, an dem das Todesurteil vollstreckt wird.

Dem Schlußsatz von Mahlitz kann ich nun wieder uneingeschränkt zustimmen: Denn die Vernichtung des ungeborenen Lebens im Mutterleibe fällt eindeutig unter das Fünfte Gebot, so wie es im Alten Testament steht.

Elimar Schubbe, Bonn

Anmerkung der Redaktion:

Ganz so eindeutig ist der hebräische Urtext leider nicht. Der Wortstamm „razach“, von dem das „lo tirzach“ in Ex. 20,13 abgeleitet ist, bedeutet laut Gesenius, „Hebräisches und Aramäisches Handwörterbuch“, „töten“, „morden“, aber auch „totschlagen“ im Sinne eines nicht beabsichtigten Totschlags (S. 772). Hollenberg-Budde, „Hebräisches Schulbuch“, bietet nur die Übersetzung „töten“ an (S. 39). David Cassel, „Hebräisch-Deutsches Wörterbuch“, bevorzugt an dieser Stelle die Übersetzung „morden“, läßt aber auch „töten“ und „hinrichten“ zu (Seite 313).

Das als Alternative angebotene „katal“, hier abgeleitet „lo tiktal“, wird in den drei zitierten Quellen allgemein mit „töten“ übersetzt. Gesenius und Cassel verweisen aber auch auf das hiervon abgeleitete Hauptwort „ketel“ gleich „Mord“ (Seite 710 bzw. Seite 290).

Luther hat also das Fünfte Gebot keineswegs falsch übersetzt; auch ist die rigorose Interpretation als generelles Tötungsverbot nicht ausgeschlossen. Allerdings räume ich ein, daß der alttestamentliche Kontext mit zahlreichen göttlichen Tötungsgeboten (zum Beispiel bei der Landnahme Israels) eher die von Elimar Schubbe bevorzugte Übersetzung („Du sollst nicht morden“) nahelegt.

Unabhängig davon ist aber auch Folgendes zu beachten: Wer den Befehl zum Abschuß einer von Terroristen gekaperten Passagiermaschine gibt, tötet mit absoluter Gewißheit die Insassen. Ob aber das Leben der von den Terroristen Bedrohten (beispielsweise Stadionbesucher) wirklich nur dadurch zu retten war, ist eine Vermutung mit hoher Wahrscheinlichkeit, jedoch keine absolute Gewißheit. So ist es zwar unwahrscheinlich, aber nicht gänzlich auszuschließen, daß die Entführer in letzter Sekunde überwältigt worden wären oder aufgegeben hätten.

Im übrigen halte ich Schubbes begrüßenswerte Ausführungen bezüglich der „tragischen Situation“ für den eigentlichen Kern der Thematik, unabhängig von der jeweiligen Interpretation des Fünften Gebotes.

Hans-Jürgen Mahlitz

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Hans-Jürgen Mahlitz
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)

Chef vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Panorama, Preußen/Berlin:** Hans Heckel; **Kultur, Unterhaltung, Leben heute:** Silke Osman; **Geschichte, Landeskunde, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Aktuelles:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilfried Böhm, Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Joachim von Leesen, Jürgen Liminski.

Verantwortlich für den Anzeigenteil: Knut Bantow.

Anschrift für alle: Parkallee 84/86, 20144 Hamburg. Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Parkallee 86, 20144 Hamburg. Preußische Allgemeine Zeitung / Das Ostpreußenblatt ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der Landsmannschaft Ostpreußen. – Ab 1. 1. 2006 Bezugspreis Inland 8,30 € monatlich einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 € monatlich, Luftpost 14,50 € monatlich. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten. Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb); Konto-Nr. 907 00-207 (für Anzeigen).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet. Rücksendung erfolgt nur, wenn Porto beiliegt. Für Anzeigen gilt Preisliste Nr. 28,. Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH, Fehmarn Str. 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597. Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementspreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 41 40 08-0
Telefon Redaktion (040) 41 40 08-32
Fax Redaktion (040) 41 40 08-50
Telefon Anzeigen (040) 41 40 08-41
Telefon Vertrieb (040) 41 40 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 41 40 08-51
http://www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
http://www.LM-Ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
info@LM-Ostpreussen.de
Pressestelle:
presse@LM-Ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **8767**

»Wir wollen Danzig, wir wollen Königsberg«

Betr.: Leserbrief „Polen mußten sehr viel erleiden und haben doch viel geleistet“ (Nr. 4)

Der Leserbriefschreiber will von der Vorgeschichte des Krieges und der Vertreibung ablenken; das ist unsachlich. Polen hatte schon bis 1939 auf weiteren deutschen Gebietszuwachs und die Vertreibung hingearbeitet. Es sei hier nur auf Überfälle und Kämpfe in Westpreußen und Schlesien hingewiesen. Tausend Tote bei den Kämpfen am schlesischen Annaberg. Polen wollte vollendete Tatsachen schaffen. Roman Dmoski wollte ein großpolnisches Reich und bezeichnete schon 1920 die abgetrennten deutschen Gebiete, deren Bevölkerung im Versailler Diktat wie Figuren auf einem Spielfeld von deutscher Staatsoberhoheit in die polnische verschoben wurde, als Anzahlung. Überhaupt hatte sich Polen in alle vier Himmelsrichtungen ausgedehnt und war somit auf einen großen Anteil nicht polnischer Bevölkerung gekommen. Für diese Volksgruppen bestand Minderheitenschutz, der mißachtet wurde. Ermahnungen des Völkerbundes und Verurteilungen durch internationale Gerichte blieben fruchtlos.

Polen lehnte auch immer wieder eine Verständigung ab. Man war nicht bereit, Verträge zu machen über die Wahrung der Menschenrechte der Volksdeutschen, die Wiederangliederung Danzigs und exterritoriale Verkehrsweg nach Ostpreußen für Deutschland und eine solche Verbindung für Polen im Danziger Gebiet. Schon 1930 wurden vom polnischen Westmarkenverband Karten mit der Oder / Neiße als Polens Grenze verbreitet; andere Karten und Äußerungen polnischer Politiker verlangten noch viel mehr deutsches Gebiet, teilweise bis vor Lübeck. Am 26. März 1939 erklärte der polnische Botschafter Joseph Lipski im Auftrag seiner Regierung, er habe die unangenehme Pflicht darauf hinzuweisen, daß jegliche Weiterverfolgung der deutschen Pläne, insbesondere soweit sie eine Rückführung Danzigs zum Reich beträfen, den Krieg mit Polen bedeute.

Danzig war nicht Polen. Warum bestand dann Polen störrisch darauf, daß die „Freie Stadt Danzig“ nicht über sich selbst entscheiden durfte? Polen war also zum Krieg entschlossen, allein schon weil Danzig mit 97 Prozent deutscher Bevölkerung und mit 20jähriger Trennung wieder zurückkehren wollte.

Am 30. Juni 1939 erläßt Polen ein Kriegszustandsgesetz, das die Befugnisse zum Vorgehen gegen Deutsche erweitert, und am 4. August 1939 auf Großkundgebung mit Marschall Ryds-Smigly in Krakau rufen Sprechchöre. „Wir wollen Danzig, wir wollen Königsberg.“

Für die Wiedererstehung Polens hatten sich Deutschland und Österreich-Ungarn eingesetzt, nachdem ihre Streitkräfte das russische Heer aus dem Gebiet des ehemaligen Polens vertrieben haben. Am 5. November 1916 spielte aus Anlaß der proklamierten Neugründung Polens eine deutsche Miliz in Warschau die polnische Nationalhymne. Wie schon der Leserzuschrift von Friedrich Kurreck in der Ausgabe 1/2006 zu entnehmen ist, sandten die Polen den beiden Kaisern von Österreich-Ungarn und Deutschland ein Telegramm mit großen Worten von Dankbarkeit und zu bewahrender Treue. Das Gegenteil war aber der Fall. Polnische Geistlichkeit sorgte beim Volk für Stimmung gegen Deutschland. Seit August 1917 wirkte Roman Dmoski in den USA und machte es mit polnischen Forderungen nach Ost- und Westpreußen, Posen und Schlesien vertraut.

Und der frühere polnische Außenminister Bartoszewski äußerte sich zur Vertreibung am 10. Mai 2002 in der Zeitung „Die Welt“: „... Uns Polen fällt es leichter, uns von der Vertreibung der Deutschen zu distanzieren, weil es in unserem Falle eine aus Moskau eingeflogene, oktroyierte Clique war, die sie organisierte ...“ Das ist nun wirklich eine halsbrecherische Argumentation, die beweist, was bei uns mittlerweile alles möglich ist, wenn es um die Vertreibung geht.

Ernst Weber, Hannover

Entwürdigt

Betr.: „‚Umstrittener‘ Rundumschlag“ (Nr. 7)

Es ist nicht mehr zu begreifen, mit welchem Starrsinn zu Werke gegangen wird, das Andenken an untadelige Männer zu demontieren, denen einst aufgegeben war, ihr Leben für ihr Vaterland einzusetzen.

Die Initiatoren dieser Demontage sind Leute, die nicht einmal annähernd in die Lage gebracht worden sind, sich für den Staat zu opfern. Und es sind die gleichen Leute, die im selben Atemzuge deutschen Soldaten befehlen, die Bundesrepublik Deutschland am Hindukusch und in welchen Teilen der Welt sonst noch zu verteidigen. Woher nehmen die Befehlshaber eigentlich die Gewißheit, daß nicht auch diese Einsätze dereinst in der historischen Bewertung verrissen und das Andenken an die im Einsatz gewesenen Soldaten entwürdigt werden?

Heinz Tepper, Prien

Von den zahlreichen an uns gerichteten Leserbriefen können wir nur wenige, und diese oft nur in sinnwahrend gekürzten Auszügen, veröffentlichen. Die Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Meinung der Redaktion zu decken braucht. Anonyme oder anonym bleiben wollende Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Geometrie auf der Kaffeetasse

Das Badische Landesmuseum Karlsruhe zeigt eine Ausstellung mit Spritzdekor-Keramik aus der Zeit um 1930

Von SILKE OSMAN

Im Jahr 1875 war es, als Adolph von Menzel sein vielbeachtetes Gemälde „Eisenwalzwerk“ schuf. Für diese Arbeit, die später von der Königlichen Nationalgalerie in Berlin erworben wurde, war der Künstler eigens ins oberschlesische Königshütte gereist, um dort Motive zu sammeln. Am Rande des Bildes ist eine Menschengruppe zu erkennen, die trotz des Trubels um sie herum eine Ruhepause einlegt. Einer der Arbeiter hält zwischen seinen Knien einen Bunzlauer Topf ...

Der Name läßt aufhorchen: Bunzlau. Gemeint sind der Ort, aber auch der Kreis Bunzlau mit den Dörfern Naumburg / Queis, Tillendorf und Ullersdorf im westlichen Teil Niederschlesiens, der durch seine Töpferware weit über die Grenzen Schlesiens hinaus bekannt geworden ist.

Hauptabsatzgebiete des Bunzlauer Geschirrs waren der Osten Deutschlands, Österreich, Böhmen und Mähren. Aber auch nach Rußland und Polen, sogar bis ins damalige Konstantinopel gelangten Waren aus Bunzlau. Ende der 20er Jahre des 20. Jahrhunderts kamen gar Bestellungen aus Südwestafrika.

1851 zählte man in Bunzlau 18 Töpfereien mit 90 Gesellen, 30 Lehrlingen und 24 Arbeitern. Das kleine Dorf mauserte sich im Laufe der Jahre zu einem wahren Paradies für Töpfer. So gab es 1895 schon 32 Töpfereien mit 260 Gesellen und etwa 50 Lehrlingen sowie 18 Hilfsarbeitern. 1939 gar waren in der keramischen Industrie zusammen fast 3000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt.

Nach der Vertreibung gelang es vielen Töpferfamilien, im Westen wieder Fuß zu fassen und einen Neubeginn zu wagen. Auch unter polnischer Verwaltung wurde die Produktion fortgesetzt. So arbeiteten 1946 in Bunzlau, das heute von den Polen Boleslawiec genannt wird, bereits wieder vier Werkstätten.

Betrachtet man das Bunzlauer Geschirr in Vergangenheit und Gegenwart, so fallen vornehmlich acht Muster oder Dekore auf, die typisch für die Ware aus Schlesien sind. Da gibt es den Reliefdekor (weiß auf braun), der zum ersten Mal in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts verwandt wurde, oder den ähnlichen aufgelegten Dekor, der seine Blütezeit im späten 18. und in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts erlangte. Der Kerbschnitt und durchbrochene Arbeiten wurden meist im 17. Jahrhundert gefertigt, während der gemalte Dekor im 18. und 19. Jahrhundert Verwendung fand. Da die Kaltbemalung nur schlecht haftete, ist von diesen Arbeiten kaum etwas erhalten geblieben. Anders die eingebrannten Pinselmalereien aus dem späten 19. Jahrhundert oder der eingelegte Dekor aus den Jahren 1909 und 1910, der auf der Keramischen Fachschule in Bunzlau entwickelt wurde. Das berühmte Muster „Pfauenauge“ aus dem Schwämmeldekor hat wohl jeder Keramikfreund noch in Erinnerung.

Mitte der 1920er Jahre begann man schließlich auch in Bunzlau aus wirtschaftlichen Zwängen, sich mit dem Spritzdekor auseinanderzusetzen. Man verwandte die Spritzpistole vorerst allerdings nur für die Fond- und Glasurspritzerei. Einfache Muster und Schmuckbänder wurden mit Hilfe von Schablonen erzeugt. Erst als Artur Hennig als Professor für die Abteilung Dekor und Gestaltung an die Bunzlauer Staatliche Keramische Fachschule berufen wurde und dieses Institut binnen kurzer Zeit zu einer der fortschrittlichsten keramischen Schulen machte, hatten auch die Bunzlauer Werkstätten teil am Erfolg des Spritzdekors.

Der Katalog zur Ausstellung „Revolution der Muster – Spritzdekor-Keramik um 1900“, die derzeit im Badischen Landesmuseum Karlsruhe zu sehen ist, nennt allein fünf Werkstätten aus dem schlesischen Bunzlau, die Gegenstände für den täglichen Gebrauch ebenso wie für die feine Kaffeetafel mit dem unverwechselbaren Spritzdekor verzierten.

Das Bunzlauer Geschirr war für damalige Verhältnisse und Ansprüche übrigens geradezu „modern“, galt es doch als feuerbeständig und durch die später bleifreie Glasur als nicht gesundheitsschädlich. Vom 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts wurde Bunzlauer Geschirr in der Küche und im Haushalt ebenso benutzt wie bei einer feinen Kaffeetafel. Das braune Geschirr allerdings war vor allem in der Küche gefragt. Erst als um 1850 gußeiserne Töpfe und Pfannen und später emaillierte Blechwaren an Beliebtheit bei der Hausfrau zunahmen, ging die Nachfrage nach Bunzlauer Geschirr zurück. Wegen des vergleichsweise günstigen Preises jedoch blieben die Töpferwaren bei den ärmeren Schichten beliebt.

Eine regelrechte Revolution bedeutete Ende der 1920er Jahre der Einzug des völlig neuartigen Spritzdekors in die deutschen Haushalte. Die Ausstellung zeigt den unerschöpflichen Reichtum an geometrischen Mustern, Farbe und neuen abstrakten Formen der Spritzdekor-Keramik und leistet damit Pionierarbeit, denn noch nie zuvor gab es zu diesem Thema eine umfassende Schau oder eine systematische Veröffentlichung. Die Muster spiegeln charakteristische Strömungen der Zeit wider und vermitteln auch heute noch die künstlerische Aufbruchsstimmung der Weimarer Republik. So zeigt die Ausstellung die Bezüge der Spritzdekor-Keramik zur avantgardistischen Kunst auf, zum Bauhaus, zu Futurismus, Kubismus, De Stijl und Konstruktivismus. Vorbilder waren Werke von Wassily Kandinsky, Paul Klee oder Piet Mondrian. Auch zum Art Déco und zum Heimatstil kann man Verbindungen entdekken. Um die Stimmung jener Zeit einzufangen, wurden für die Ausstellung ein Art Déco-Zimmer, ein bürgerliches Wohnzimmer, eine Küche sowie ein Herrenzimmer nachgebaut und originalgetreu eingerichtet. Spritzdekor ist in jeder Inszenierung der Wohnräume zu finden – als Kakaokanne, Küchenuhr, Lampe, Nudelholz, Likörset, Leuchter, Obstschale, Vorhang oder als Tischdecke. Während der NS-Zeit fand die Revolution der Muster ein Ende. Die geometrischen Ornamente wurden von Heimatmotiven abgelöst. Nur wenige Werkstätten stellten weiterhin abstrakte Spritzdekore her und legten damit trotz der veränderten politischen Lage ein Bekenntnis zur Moderne ab.

Zur Ausstellung ist ein reich bebilderter Katalog mit grundlegenden Aufsätzen zur Spritzdekor-Keramik und zu den bedeutendsten Keramik-Firmen (Hatje Cantz Verlag, Ostfildern, 248 Seiten, 362 Abb., davon 339 farbig, gebunden mit Schutzumschlag, im Museum 29,90 Euro, im Buchhandel 35 Euro) erschienen. Er enthält außerdem einen fundierten Nachschlageteil, in dem rund 50 Hersteller samt Firmenmarken und den prägnantesten Dekorvarianten beschrieben sind. Ein Rahmenprogramm mit einer großen Spritzdekor-Börse (20. Mai), Familiennachmittagen, Themenführungen und Aktionen in der Design-Werkstatt vermittelt die Faszination rund um die „Schablone der Moderne“.

Die Ausstellung ist dienstags bis donnerstags von 11 bis 17 Uhr, freitags bis sonntags und feiertags von 10 bis 18 Uhr geöffnet, bis 9. Juli.


Foto: Badisches Landesmuseum Karlsruhe

Vasen mit Spritzdekor: Anregungen kamen aus der modernen Malerei von Kandinsky oder Klee.

Von REBECCA BELLANO

Sanfte Revolutionärin

Die vor 195 Jahren geborene Fanny Lewald war eine der ersten »Karrierefrauen«

Und wir Frauen sitzen und sitzen von unserem 17. Jahr ab und warten und warten, hoffen und harren in müßigem Brüten von einem Tag zum anderen, ob denn der Mann noch nicht kommt, der uns genug liebt, um sich unserer Hilflosigkeit zu erbarmen.“

Fanny Lewald, die vor 195 Jahren in Königsberg geboren wurde, verweigerte sich jedoch der damals für Frauen vorgesehenen „Karriere“. Der Tochter eines jüdischen Kaufmanns machte es zu schaffen, als ein Lehrer ihr in der Schule sagte, es sei bedauerlich, daß ihr kluger Kopf nicht auf dem Halse eines Jungen gewachsen sei, denn bei einem Mädchen wäre dieser ja nutzlos.

Obwohl im 19. Jahrhundert Bildung neben der Geburt immer mehr zum Kriterium des sozialen Status wurde, galt das doch nur für Bürgersöhne, die – auch akademische – Karrieren anstrebten. Die Schulbildung der Bürgerstöchter verlief jedoch weiter auf der untersten Ebene. Ihre Alphabetisierung war durch die Aufklärung zwar vorangeschritten, aber das war dann auch schon wieder fast alles. So gab es beispielsweise sogar im fortschrittlichen Preußen die erste Mädchenoberschule erst 1872. Das Abitur, als Voraussetzung für ein Universitätsstudium, konnten Frauen in Deutschland erst ab 1900 ablegen. Und so gab es für die 1811 geborene Fanny nach dem Verlassen der Schule mit 16 Jahren nur die häusliche Zurückgezogenheit, in der Nähen, Sticken, Lesen, Klavierstunden und Haushaltsführung auf dem Plan standen. Dies ging für unverheiratete Frauen so lange, bis sich, wie eingangs von Fanny Lewald gesagt, ein Mann ihrer annahm.

Fanny Lewald rebellierte jedoch nicht offen gegen die ihr zugeteilte, verhaßte Rolle. Krimhild Stöver beschreibt in „Leben und Wirken der Fanny Lewald“ (Insel Verlag, Oldenburg, broschiert, 135 Seiten, 20 Euro), wie die junge Frau eher durch Zufall zu der berühmten, weitgereisten Schriftstellerin wurde, die später in ihrem Berliner Salon viele preußische Intellektuelle zu interessanten Gesprächsrunden laden konnte. Da Fanny ihre Freizeit sittsam zu gestalten hatte und das öffentliche Leben für Bürgerstöchter tabu war, verbrachte sie ihre Zeit mit Schreiben. Ihr Vetter entdeckte das Talent und protegierte sie.

„Meine Empfindung war mir zu heilig, ich war auch viel zu verzagt, um mir ein Talent zuzuerkennen, das mich zu dichten befähigte, und meines Vaters immer wiederholter Ausspruch, daß die Frau nur für das Haus geboren sei, hatte doch so weit auf mich zurückgewirkt, daß ich niemals ernstlich an die Verwirklichung der Träume dachte, welchen ich mich trotzdem fortwährend überließ.“ Fanny Lewald war also keineswegs eine selbstbewußte emanzipierte Frau. Erst nach einigen erfolgreichen anfangs anonymen Veröffentlichungen durchaus gesellschaftskritischer Romane, die keiner einer Frau zuzusprechen auf die Idee kam, lernte sie, ihre Interessen zu vertreten.

Auch war sie keineswegs gegen die Rolle der Ehefrau und Mutter eingestellt, da sie aber erst spät heiratete, waren ihr eigene Kinder verwehrt. Sie wollte nur nicht, daß Ehe und Kinder die einzige Erfüllung für Frauen darstellten.

Doch auch heute, 117 Jahre nach dem Tod der Königsberger Schriftstellerin, ist die Gesellschaft immer noch nicht frei von Sperrzonen für das weibliche Geschlecht. In „Frauen an der Macht“ (Diederichs, geb., 216 Seiten, 19,95 Euro) beschreiben 21 einflußreiche Frauen aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft, daß es selbst nach vielen Erfolgen in der Emanzipation immer noch Gebiete gibt, in denen Frauen nicht allzuviel zu sagen haben.

So behauptet Ursula Engelen-Kefer, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds, daß sich leider viel zu viele Frauen von der Dominanz der Männer beeindrucken lassen würden, wie sonst sei es zu erklären, daß, obwohl mehr Frauen ihr Abitur und Hochschulabschlüsse erwerben, fast ausschließlich Männer in den Spitzenpositionen in Wirtschaft, Politik und Wissenschaft säßen.

Angelika Jahr-Sticken, journalistisches Vorstandsmitglied des Verlages „Gruner + Jahr“, meint, daß es auch heute noch viele bedauernswerte Klischees gäbe. Selbst wenn die Frau nicht mehr nur Mutter und Ehefrau sein muß, sondern auch berufstätig sein kann, so sei dies doch häufig eher Last statt Lust. „Drei Jahre Babypause klingt gut, funktioniert aber nicht, wenn frau wirklich Karriere machen will. Ganztagsschulen stehen in fast jedem Parteiprogramm, aber in fast keiner Stadt. Solange das so ist, gibt es für berufstätige Mütter keine Chancengleichheit.“

Annelie Keil, Professorin und lange Zeit Dekanin, spürte, daß selbst in den 70er Jahren die sogenannte Aufbruchstimmung nur Täuschung war. „Ich spürte, daß der Muff von tausend Jahren sich auch mit Jeansjacken und längeren Haaren tarnt und daß männliche Ehrenformationen in der Berufungskommission die Zähne fletschen, wenn sie lächeln und dabei eher auf Frisur, Kleidung, Tonfall der Stimme oder die politisch korrekte Linie als die Inhalte achten, wenn eine Frau zu ihnen zu sprechen versucht.“

Aus Sicht von Fanny Lewald sind diese Klagen jedoch nichts anderes als „Jammern auf hohem Niveau“.

Wenn die FDP-Europaabgeordnete Silvana Koch-Mehrin die tapferen Kämpfer für die Rechte der Frauen nennt, dann sind Alice Schwarzer, Rita Süßmuth, Antje Vollmer und Hildegard Hamm-Brücher jedoch nur Ur-Ur-Ur-Enkelinnen von Frauen wie Fanny Lewald, die eine sanfte Revolution in Sachen Gleichstellung vollzog, indem sie den Männern zeigte, daß eine Frau genauso intelligent, wortgewandt, geistreich und vorausschauend sein kann wie ein Mann.


Foto: Archiv

Fanny Lewald: Eine weibliche Autorin war 1843 sehr selten.

Frankreich tritt an Rußlands Stelle

Vor 150 Jahren fand der Krimkrieg mit der Unterzeichnung des Pariser Friedens sein Ende

Von Manuel Ruoff

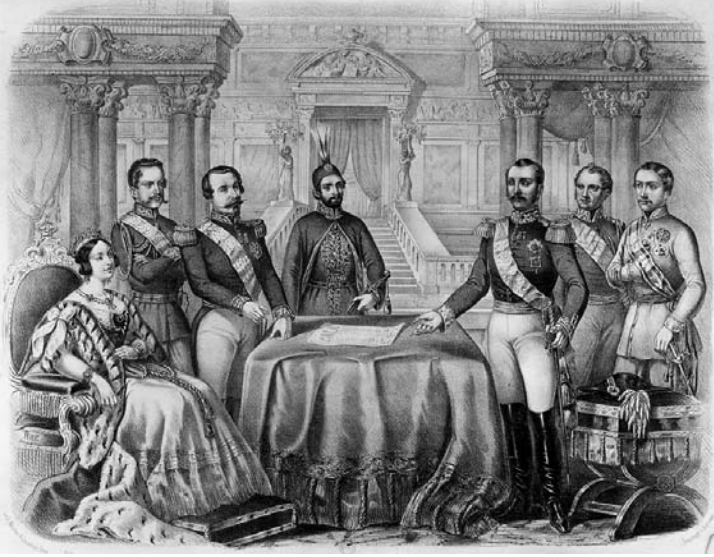
Nach dem Ende der napoleonischen Kriege und der napoleonischen Ordnung wurde Europa vor allem auf dem Wiener Kongreß von 1814/15 neu geordnet. Verteidiger der Wiener Ordnung halten dieser zugute, daß sie mit ihrem sogenannten Konzert der Mächte rund hundert Jahre bis zum Ersten Weltkrieg und der anschließenden Neuordnung Europas durch Versailles und die anderen Pariser Vorortverträge gehalten habe. Kritiker hingegen verweisen darauf, daß sich bereits vier Jahrzehnte nach dem Wiener Kongreß die Mehrheit der Großmächte wieder in einem Krieg gegenüberstand – dem sogenannten Krimkrieg.

Nach der Niederringung Napoleons wurde Frankreich durch Rußland als mächtigste Macht auf dem Kontinent abgelöst. Von Moskau war die Zurückdrängung der napoleonischen Truppen ausgegangen. Am Ende der napoleonischen Kriege standen russische Truppen nicht nur in Mittel-, sondern auch in Westeuropa. Aus dem Wiener Kongreß ging die östliche Flügelmacht als Besitzer „Kongreßpolens“ heraus und war damit längerfristig in die Mitte Europas vorgedrungen. Das Zarenreich versuchte, diese Macht zu einer weiteren Ausdehnung seines Einflusses in Europa zu nutzen. Als Opfer schien sich das Osmanische Reich anzubieten, der nicht ohne Grund so genannte "kranke Mann am Bosporus“.

Ein eisfreier Hafen mit unbeschränktem Zugang zu den Weltmeeren ist traditionell ein Anliegen Rußlands. Das Schwarze Meer hatten die Russen bereits erreicht, aber die Verbindung zwischen diesem und dem Mittelmeer, die türkischen Meerengen, befanden sich (noch) in den Händen der Osmanen. Dieses wünschte der Zar zu ändern. Am 2. Juli 1853 überschritten russische Truppen den Grenzfluß Pruth und marschierten in die zum osmanischen Imperium gehörenden Donaufürstentümer ein.

Nikolaus I. erlebte nun eine ähnliche Überraschung seitens der Angelsachsen wie knapp eineinhalb Jahrhunderte später Saddam Hussein. Wie der Iraker vor dem Einmarsch in Kuwait bei der US-Botschafterin April Glaspie, hatte der Russe vor dem Einmarsch ins osmanische Imperium beim britischen Außenminister George H. Aberdeen und beim englischen Gesandten George Hamilton Seymour vorgefühlt, und wie dem Präsidenten war auch dem Zaren Wohlwollen signalisiert worden. Wie im irakischen folgte auch im russischen Falle der Invasion eine bittere Desillusionierung. Großbritannien reagierte nämlich keineswegs wohlwollend. Das lag grundsätzlich an der britischen Strategie des divide et impera (teile und herrsche). Entsprechend dieser Strategie versuchte Großbritannien, die europäischen Großmächte im Gleichgewicht zu halten, so daß keine stark genug wurde, Britanniens Herrschaft auf den Weltmeeren in Frage zu stellen. Diese Gleichgewichtspolitik ließ die Inselmacht mehr oder weniger automatisch Machterweiterungen der mächtigsten Kontinentalmacht kritisch gegenüberstehen, und das war zu dieser Zeit nun einmal Rußland.

Ein spezielles Interesse Großbritanniens an der „Integrität und Unabhängigkeit“ des Osmanischen Reiches kam in diesem Fall hinzu. Bereits 1833 war diese „Integrität und Unabhängigkeit“ im Unterhaus vom damaligen Außenminister und späteren Premierminister des Inselreichs, Henry John Temple Palmerston, als unabdingbar für „die Ruhe, die Freiheit und das Gleichgewicht im übrigen Europa“ bezeichnet worden. Die Hauptverbindungslinie zwischen Großbritannien und der Kronkolonie Indien verlief über die Landenge von Suez, und ein Großteil der Getreideimporte erfolgte aus den Donaufürstentümern über die Donau. Verständlicherweise wußten die Briten diese Gebiete lieber in der Hand der schwachen Osmanen als der starken Russen. Zudem war das Osmanische Reich ein ausgesprochen wichtiger Abnehmer britischer Waren. Der britische Botschafter in Konstantinopel Stratford Canning brachte es auf den Punkt: „Eine Auflösung der Türkei wäre das Signal für den Ruin des englischen Handels.“ Inwieweit sich dieser britische Botschafter in Konstantinopel als Kriegstreiber betätigt hat, ist in der Geschichtsschreibung umstritten, jedenfalls erklärte das Osmanische Reich Rußland am 4. Oktober 1853 den Krieg.



Unterzeichnung des Pariser Friedens: Die Königin von Großbritannien, der König von Sardinien, der Kaiser der Franzosen, der Sultan des Osmanischen Reiches, der Kaiser von Rußland, der König von Preußen und der Kaiser von Österreich (von links nach rechts) Foto: bpk

Entgegen den Hoffnungen des Zaren ergriff Großbritannien von Anfang an Partei. Die englische Mittelmeerflotte wurde Richtung Dardanellen in Marsch gesetzt. Genug Gründe waren bereits vorhanden, nun fehlte den Briten nur noch ein Anlaß zum offiziellen Kriegseintritt. Als ein solcher diente ein Greuelmärchen. Am 30. November 1853 hatten die Russen mit großem Erfolg die osmanische Schwarzmeerflotte im Hafen von Sinope angegriffen. Daraus wurde in Großbritannien nun das „Massaker von Sinope“. Am 27. März 1854 erklärte Großbritannien Rußland den Krieg.

Einen Tag später folgte Frankreich. Für Napoleon III. waren Streit und Zwietracht zwischen den Bezwingern seines Onkels Napoleon I. eine willkommene Chance, die von der Anti-Napoleon-Koalition geprägte Wiener Nachkriegsordnung zu revidieren. Zweierlei sprach für eine Parteinahme gegen Rußland und damit für Großbritannien. Ähnlich wie bei den gegenwärtigen Auseinandersetzungen zwischen dem Westen im allgemeinen und den USA im besonderen auf der einen Seite und der muslimischen Welt auf der anderen, gab es auch im Krimkrieg neben geostrategischen und ökonomischen eine religiöse Komponente. Der Zar begründete und rechtfertigte sein offensives, um nicht zu sagen aggressives, Auftreten gegenüber dem Osmanischen Reich mit der Notwendigkeit, die Rechte seiner Glaubensbrüder in diesem muslimischen Staat verteidigen zu müssen. Als orthodoxer Christ machte er sich dabei primär für die Interessen der orthodoxen Minderheit stark – und das nicht nur zu Lasten der muslimischen Mehrheit, sondern auch der katholischen Minderheit. Der Kaiser der Franzosen setzte in seinem Kampf um Mehrheiten im eigenen Volk allerdings in starkem Maße auf den katholischen Bevölkerungsanteil in seinem Land und versuchte deshalb in dieser Orientkrise, sich als Verteidiger der Katholiken gegen die Orthodoxen zu profilieren. Hinzu kam, daß der erzkonservative, legitimistisch gesinnte Zar den aus der 48er Revolution hervorgegangenen Franzosenkaiser nicht als ebenbürtig anerkannte, was darin zum Ausdruck kam, daß er ihn statt wie andere gekrönte Häupter mit „Mon frére“ (mein Bruder) nur mit „Cher ami“ (lieber Freund) anredete.

Die Fronten waren also soweit klar. Den beiden Westmächten auf der einen Seite stand die große Macht des Ostens auf der anderen gegenüber. Als Problem bei der Kriegsführung erwies sich nun, daß die Kriegsgegner keine gemeinsame Grenze besaßen, an der die gegnerischen Armeen hätten aufeinanderprallen können. Hier kommt nun Deutschland ins Spiel. Aus Sicht des Westens war die deutsch-russische Grenze an der Weichsel optimal als Hauptkampflinie geeignet. So versuchten die beiden Großmächte also, die deutschen Großmächte in den Krieg zu ziehen, wobei Frankreich mit einer Involvierung des östlichen Nachbarn in die Auseinandersetzung die Hoffnung verband, in einem großen Krieg quasi nebenbei auch noch Deutschlands Grenzen zur Disposition stellen zu können.

Bei Österreich waren die Westmächte erfolgreicher als bei Preußen. Der Kaiserstaat grenzte an die Donaufürstentümer, und verständlicherweise hatte der Kaiser dort lieber die schwachen Osmanen als die starken Russen zum Nachbarn. Um bei einem Krieg gegen die Russen den Rücken freizuhaben, wünschten die Österreicher jedoch die Rückendeckung des Deutschen Bundes in Form eines gemeinsamen Kriegseintritts. Dieses wußte Preußen unter dem Einfluß Otto von Bismarcks zu verhindern. Im Gegensatz zur süddeutschen war der norddeutschen Großmacht der Balkan nämlich ziemlich egal. Zudem war die Waffenbrüderschaft mit den Russen in den Befreiungskriegen und die gemeinsame Befreiung Deutschlands von der Franzosenherrschaft für die Preußen ein viel prägenderes Erlebnis. Die süddeutsche Großmacht hatte ungleich weniger als die norddeutschen unter der Franzosenherrschaft zu leiden gehabt, weshalb sie ja auch erst relativ spät und leidenschaftslos von der französischen auf die russische Seite gewechselt hatte.

Ohne Preußen hatte Österreich jedoch Hemmungen, sich gegen Rußland zu stellen. Vor einem Kriegseintritt wollte es deshalb versuchen, in seiner Hauptstadt eine friedliche Lösung zu finden. Da die Österreicher erst nach dem Scheitern dieses Versuches in den Krieg eintreten wollten, blieb den Westeuropäern nichts anderes übrig, als der Einladung nach Wien Folge zu leisten. Wie von ihnen gewünscht, endete die Friedenskonferenz ergebnislos.

Bevor es jedoch zu einem aktiven Eingreifen der Donaumonarchie in den Krieg kommen konnte, geschah zweierlei. In Rußland kam es zu einem Thronwechsel. Am 2. März 1855 starb Zar Nikolaus I. und Alexander II. trat seine Nachfolge an. Und am 8. September 1855 erstürmten die Westmächte die russische Festung Sewastopol. Da die Preußen durch ihre Neutralität verhindert hatten, daß die Weichsel Front wurde, hatte sich die Krim zum entscheidenden Kriegsschauplatz entwickelt. Nachdem den Westmächten hier ein letztlich kriegsentscheidender Sieg gelungen war, streckte der neue Zar Friedensfühler aus. Da Napoleon III. inzwischen aufgrund der internationalen Konstellation die Hoffnung aufgegeben hatte, durch eine Ausweitung des Krimkrieges die polnische Frage auf Kosten Rußlands (und Deutschlands) neu aufrollen zu können, versuchte er nun, als Friedensmittler den größtmöglichen Prestigegewinn zu erzielen. In seiner Hauptstadt kam es zu einer Friedenskonferenz, die im Gegensatz zu der vorausgegangenen in Wien nicht scheiterte, da diesmal sowohl er als auch der Zar sich von der Fortsetzung des Krieges keinen Gewinn versprachen. Am 30. März 1856 erfolgte mit der Unterzeichnung des Friedens von Paris die Beendigung des Krimkrieges.

Rußlands Niederlage manifestiert sich vor allem in der Pontusklausel. Das Schwarze Meer wird neutralisiert und demilitarisiert. Das Zaren- darf wie das Osmanische Reich an seiner Schwarzmeerküste keine Kriegshäfen unterhalten und keine Kriegsschiffe stationieren. Es hat also keine Möglichkeit, vom Schwarzen Meer aus mit Seestreitkräften in das Mittelmeer vorzustoßen; und im Kriegsfall steht seine Schwarzmeerküste ohne maritime Verteidigung einem Angriff von aus dem Mittelmeer kommenden gegnerischen Marineeinheiten gegenüber. Auch ist ihm unmöglich, die Getreidelieferungen der Donaufürstentümer nach Großbritannien im Schwarzen Meer zu unterbrechen.

Ganz im Interesse der Briten an einer ungehinderten Getreideversorgung aus den Donaufürstentümern war auch die von den Russen erzwungene Anerkennung der Freiheit der Donauschiffahrt sowie Rußlands Aufgabe des Protektorats über die Donaufürstentümer. An seine Stelle trat die Gesamtheit der europäischen Großmächte unter Einschluß Rußlands wie Großbritanniens.

Des weiteren mußte Rußland seinen Anspruch aufgeben, Schutzmacht der unter osmanischer Herrschaft lebenden Christen zu sein. Auch diese Rolle wurde nun den europäischen Mächten in ihrer Gesamtheit übertragen.

Schließlich mußte das Zarenreich auch noch auf britischen Wunsch hin der Entfestigung seiner in der Ostsee gelegenen Åland-Inseln zustimmen, die eine britisch-französische Flotte im Laufe des Krimkrieges erobert hatte und welche die Briten wie die Schweden als potentielle Gefahr für ihren Handel in der Region betrachteten.

Die Folgen des Krimkrieges und des Pariser Friedens sind vielfältig. Kontinentaleuropa bekommt eine neue Hegemonialmacht. Rußland verliert als Kriegsverlierer seine vorherrschende Stellung auf dem Kontinent. An seine Stelle tritt nun wieder Frankreich als die den Friedenskongreß ausrichtende Großmacht.

Rußlands Verhältnis zu Österreich ist nachhaltig gestört. Die Russen fühlen sich um die Dankbarkeit betrogen, welche die Österreicher ihnen ihres Erachtens dafür schulden, daß sie 1849 den ungarischen Aufstand im Gefolge der 48er Revolution niederschlugen. Kurzfristig profitiert Preußen von dieser Trübung des russisch-österreichischen Verhältnisses, da es so die Rückendeckung Rußlands bei der Lösung der deutschen Frage auf Kosten Österreichs erhält. Es kommt zwischen beiden Großmächten zu einer großen Symbiose. Rußland übt wohlwollende Neutralität, als Preußen Deutschlands Einigung unter seiner Führung durchsetzt. Und Preußen übt wohlwollende Neutralität, als Rußland die Aufhebung der zum Pariser Frieden gehörenden Pontusklausel durchsetzt. Ohne russische beziehungsweise preußische Unterstützung jedoch sind die Westmächte weder in der Lage das eine noch das andere zu verhindern.

Langfristig schadet der im Krimkrieg zutage getretene russisch-österreichische Interessengegensatz auf dem Balkan Preußen, denn als Verbündeter des Habsburgerreiches wird der Hohenzollernstaat zum Gegner Rußlands im Ersten Weltkrieg, der sowohl die deutsche als auch die russische Nation ins Unglück stürzt und Frankreich wieder zur ersten Macht auf dem europäischen Kontinent macht.

50 Jahre »Bullis« aus Hannover

Von Bullis und Multivans“ erzählt eine Sonderschau in Hannovers Historischem Museum am Hohen Ufer. Ihr Thema ist die Produktion von VW-Transportern in der niedersächsischen Hauptstadt, jener Leinemetropole, von der vor 200 Jahren der damalige Preußenkönig Friedrich Wilhelm III. in den Wirren der napoleonischen Kriege Besitz ergriff, nachzulesen in einem königlichen Patent vom 1. April 1806.

Anlaß der Ausstellung ist jedoch nicht dieses Jubiläum aus der preußisch-hannoverschen Geschichte, sondern die Tatsache, daß der VW-Transporter seit 50 Jahren aus der niedersächsischen Hauptstadt kommt. Im März 1956 verließ der erste sogenannte T1 oder Typ 2, besser bekannt unter der ebenso volkstümlichen wie liebevollen Bezeichnung „Bulli“, die Bänder im neu erbauten Volkswagenwerk in Stöcken.

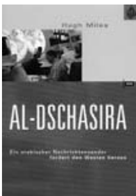
Bereits Ende 1949 waren in Wolfsburg die ersten Prototypen eines universell einsetzbaren Transportfahrzeugs vorgestellt worden; am 8. März 1950 hatte dann die Produktion begonnen. Da die Kapazitäten für die Transporter-Produktion im Wolfsburger Stammwerk nicht ausreichten, wurde 1955 innerhalb von zehn Monaten ein eigenständiges Transporterwerk in Hannover-Stöcken errichtet. Nachdem dort der erste VW-Transporter vom Band gelaufen war, stieg die Produktion schnell von 250 Fahrzeugen auf 300 täglich. Bereits sechseinhalb Jahre später, am 2. Oktober 1962, wurde der 1000000. Bulli feierlich der Öffentlichkeit präsentiert. Er wurde dem Kinderhilfswerk Unicef der Vereinten Nationen als Geschenk übergeben.



Der 1000000. VW-Transporter

Welche Gründe zur Ansiedlung von Volkswagen in Hannover führten, wie sich das Werk, die Produkte und die Produktionsbedingungen in 50 Jahren verändert und entwickelt haben, darüber gibt die Sonderausstellung Auskunft. Sie ist in Zusammenarbeit mit dem Ausbildungsbereich der Volkswagen Coaching GmbH in Hannover und dem Betriebsrat entstanden. Es werden nicht nur Fotos und Dokumente aus dem Besitz des Historischen Museums und ehemaliger VW-Mitarbeiter gezeigt, sondern es wird auch die rasante technische Entwicklung der Transporterproduktion von Auszubildenden beispielhaft vorgeführt. Der grundlegende technologische Wandel der vergangenen 50 Jahre wird im Vergleich des T1 mit luftgekühltem Heckmotor mit dem aktuellen, derzeit gebauten Nachfolger T5 mit wassergekühltem Frontmotor nicht nur am Beispiel des Motors, sondern auch der Autoelektrik und der Lackierung von Auszubildenden aufbereitet und präsentiert. Die Informatiker steuern eine interaktive Medienstation bei, an der sich die Besucher einen Wunsch-T5 zusammenstellen können. *M. R.*

Die Ausstellung im Historischen Museum am Hohen Ufer, Pferdestraße 6, 30159 Hannover, ist noch bis zum 30. April dienstags und donnerstags von 10 bis 19 Uhr sowie mittwochs, freitags bis sonntags und feiertags (mit Ausnahme des Karfreitags, an dem geschlossen ist) von 10 bis 17 Uhr geöffnet. Der Eintritt für Erwachsene beträgt 5, ermäßigt 4 Euro. Kinder zahlen ab 5 Jahren 1 und ab 13 Jahren 3 Euro. Kinder und Schüler in Gruppen sind mit 1 Euro dabei.



Selbst in Beduinenzelten

Der Fernsehsender »Al-Dschasira« und seine Wirkung in der arabischen Welt

Kurz nach dem 11. September 2001 erlangte der Fernsehsender „Al-Dschasira" weit über sein arabisches Sendegebiet hinaus Bekanntheit: Hier wurde das erste Tonband Osama bin Ladens nach den Anschlägen auf das World Trade Center in New York veröffentlich. Von da an wurde „Al-Dschasira" Stück für Stück auch zum Alltag in westlichen Wohnzimmern, da die dortigen Sender das Exklusivmaterial „Al-Dschasiras" übernahmen.

Doch was ist das eigentlich für ein Sender, dem Terroristen und Entführer ihre Videobotschaften exklusiv zur Verfügung stellen und den sie damit zu ihrem Sprachrohr machen? Ist er gar das Propagandainstrument von Al Kaida?

Weit gefehlt, meint Hugh Miles, Autor des Buches „Al-Dschasira – Ein arabischer Nachrichtensender fordert den Westen heraus". Hugh Miles, Sohn eines britischen Diplomaten, wurde in Saudi-Arabien geboren und ging später auf das Eliteinternat Eton in Großbritannien. Seine als Kind erworbenen Arabischkenntnisse baute er in einem entsprechenden Studium in Oxford und im Jemen aus. Eigentlich sollte er 2003 während der Invasion im Irak für den Nachrichtensender „Sky News" nur die Berichte auf „Al-Dschasira" auswerten, doch schnell wuchs die Faszination, die dieser ungewöhnliche Sender auf ihn ausübte, der für sich selbst das Motto „Meinung und Gegenmeinung" in Anspruch nimmt. Meinungsfreiheit im arabischen Raum?

Vor Ort recherchierte Hugh Miles die Hintergründe dieses unerwarteten Phänomens. Bereitwillig ließ man ihn in die Redaktionsräume hinein und erklärte ihm die Entwicklung des Senders, der 1996 einen Großteil der Mitarbeiter eines gescheiterten BBC-Ablegers für den arabischen Raum übernahm. Der Emir von Katar gab seinem neuen Projekt umgerechnet 137 Millionen US-Dollar Starthilfe, bei denen es allerdings nicht geblieben ist.

Der in der arabischen Welt sehr beliebte und auch umstrittene Sender schreibt bis heute rote Zahlen, doch seine Nachrichten und Talkshows, in denen offen religiöse Fragen diskutiert werden und Kritik an verschiedenen arabischen Herrscherhäusern und Regierungen geäußert wird, sind inzwischen nicht mehr aus der arabischen Welt wegzudenken. Zwar haben schon manche arabischen Staaten ihren Bewohnern den Empfang „Al-Dschasiras" untersagt oder Büros in ihren jeweiligen Städten geschlossen, doch selbst in dieser Region ist die staatliche Kontrolle nicht mehr vollständig: Wer will überprüfen, was die jeweiligen Satellitenschüsseln empfangen? Selbst in den abgelegensten Winkeln der Wüste findet sich auf Beduinenzelten aus Ziegenfell eine Satellitenschüssel auf dem Dach.

Doch so meinungsfrei, wie es scheint, geht es bei „Al-Dschasira" keineswegs zu. Der Emir von Katar ist zwar ein im Westen erzogener Mann, doch das heißt keineswegs, daß die 610 000 in Katar lebenden Menschen – etwa 400 000 davon sind Gastarbeiter – entscheiden dürfen, wer sie regiert. Der Emir ist Alleinherrscher, zwar im Vergleich zu seinem von ihm gestürzten Vater und den Herrschern der Nachbarländer gemäßigt, aber was heißt das schon in der arabischen Welt.

„Zu Beginn galten die Moderatoren und Nachrichtensprecher ‚Al-Dschasiras' als ausgesprochene Gegner des Establishments", doch Hugh Miles belegt, daß sie das so nie sein konnten.

Der Autor weist darauf hin, daß „Al-Dschasira" in den Augen seiner Befürworter gern als erster Weg in die islamische Aufklärung gesehen wird – für den Autor eine überzogene Wunschvorstellung.

Am Ende der Lektüre des sehr interessanten Buches, in dem ausführlich nicht nur der Sender und sein Umfeld, sondern auch seine jeweilige Haltung zu wichtigen Entwicklungen im Nahen Osten von der Intifada über Al Kaida bis hin zum Irakkrieg dokumentiert und analysiert wird, bleibt trotzdem der Eindruck zurück, daß „Al-Dschasira" einen Hoffnungsschimmer in den ansonsten nach westlichem Ermessen eher rückwärtsgewandten Entwicklungen der Region darstellt. *Bel*

***Hugh Miles: „Al-Dschasira – Ein arabischer Nachrichtensender fordert den Westen heraus"**, Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 2005, broschiert, 335 Seiten, 24,80 Euro*

Spannend

Ostpreußische Familiensaga

Im Jahr 1656, mit dem Einfall der Tartaren, beginnt die große Familiensaga von Ernst Bohn.

„Hin und her wogte die Reiterschlacht an diesem Oktobermorgen. Zusehens schmolz die von Anfang an zahlenmäßig unterlegene brandenburgisch-schwedischen Reitertruppe zusammen, während das gewaltige Heer der Tartaren zu wachsen schien ... An dieser verhängnisvollen Schlacht bei Prostken nahm auf der brandenburgisch-schwedischen Seite der 25jährige Friedrich Bohn teil."

Als dieser, stark verletzt, den Hof des Mädchens Anorhas und ihres Vaters erreicht, faßt das Mädchen den Entschluß, ihn gesund zu pflegen. Entgegen der Erwartung ihres Vaters gesundet der junge Mann tatsächlich aufgrund ihrer liebevollen Pflege.

„Als Friedrich endlich das Krankenlager verlassen durfte und sichtlich zu Kräften kam, bemerkte er zunehmend das nun zur Frau erwachte Mädchen. Mit absoluter Sicherheit gewann er die Erkenntnis: Nur sie war sein Leben." Anorha schenkt zwei gesunden Söhnen das Leben, und die Geschichte beginnt. Die Jahre vergehen, die Kinder werden zu Eltern.

1709 geschieht jedoch etwas Furchtbares. Eine sich rasend schnell verbreitende Epidemie hält Einzug im Lande und hinterläßt nur Tot und Verderben.

„Im Jahr 1709 zog das große Sterben, das irgendwo im Süden begonnen hatte, auch nach Norden hinauf: Die Pest. Viele Menschen flohen vor ihr bis zur Ostsee-Küste, denn sie glaubten sich durch die Flucht dem Zugriff dieses unsichtbaren Mörders zu entziehen. Es war aber meist vergeblich."

Viele Einzelschicksale beschreibt Ernst Bohn in diesem Roman, viele Einzelschicksale, welche am Ende zum Gesamtschicksal einer großen Familie verschmelzen.

Auf glückliche Jahre folgen wieder schlechte Jahre. Krieg und Revolution bedrohen die ostpreußische Familie.

Eine sehr interessant zu verfolgende Familiensaga, die einzelne Familienmitglieder in einem zeitgeschichtlichen Rahmen vom Jahre 1656 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges begleitet.

Gemeinsam haben alle Familienangehörigen, daß sie trotz Vertreibung und Flucht das heimatliche Masuren nie ganz aus ihren Herzen verbannen können. *A. Ney*

***Ernst Bohn: „Stürme fegten über ihr Land – Geschichte einer Familie aus Ostpreußen"**, Karin Fischer Verlag, Aachen 2005, geb., 383 Seiten, 22,90 Euro*

Alle Bücher sind über den PMD, Parkallee 84/86,20144 Hamburg, Telefon (0 40) 41 40 08 27, www.preussischer-mediendienst.de, zu beziehen.

Im Gedankenhorizont seiner Zeit

Intellektuelle Biographie über den als Antidemokraten verleumdeten Historiker Hans Rothfels

Hans Rothfels (1891–1976) war einer der wirkungsmächtigsten deutschen Historiker im 20. Jahrhundert. Sein Leben und Werk paßt natürlich wenig in die heutige linksintellektuelle Welt mit ihren moralischen Schwarz-Weiß-Zeichnungen eines schlechten (oder bösen) kulturellen oder nationalen „Partikularismus" und eines rundum guten, fortschrittlichen „Universalismus" zur moralischen Ausstaffierung des Herrschaftsanspruchs der Globalisierung.

Der Abkömmling eines assimilierten jüdischen Elternhauses hatte mit 20 Jahren die Entscheidung des Übertritts zum lutherischen Protestantismus getroffen, und Luthers Zwei-Reiche-Lehre hat sein Lebenswerk spürbar geprägt mit der Absage an das „pharisäische Selbstbewußtsein" schon der Sieger von 1918 und ihre „moralische Herabwürdigung" der Besiegten, die sich 1945 wiederholte und erneut in unseren Tagen sich mit der Political Correctness selbst entlarvt als Gesinnungsdiktatur und „Machtausübung, die sich als Aufklärung versteht" (Martin Walser).

Schon mit der Studie „Die deutsche Opposition gegen Hitler" (amerikanisch 1948, deutsch 1949) des von den Nazis als Jude in die USA Vertriebenen hatte er den Zivilisationsbruch nicht allein den Deutschen angelastet, sondern ihn universalhistorisch eingeordnet in die gesamteuropäische Kulturkrise der modernen säkularisierten Massengesellschaft, die sich selbst von ihren nährenden religiösen und kulturellen Wurzeln abgeschnitten und Selbsterlösung in den totalitären Rassen- und Klassenreligionen gesucht hatte. Rothfels sprach in seinem Buch über den deutschen Widerstand von den „dunklen Kräften" im „Bodensatz" der modernen Massenzivilisation, die nicht von jenen begriffen werden konnten, die mit „einer gewissen Robustheit des Gewissens sich ein Richteramt anmaßen, um etwa einem Volk allein alle Schuld beizumessen".

Das war der vielgescholtene „Revisionismus" avante lettre. Rothfels' Verständnis der Zeitgeschichte, das wir vor 50 Jahren von ihm lernten, landete nicht in jener „Bewältigung der Vergangenheit", deren Geschichtspolitik vor allem daran gelegen ist, die eigene Gegenwart und deren „Fortschritt" zur besten aller möglichen Welten zu stilisieren und den Mächtigen des Tages und des Marktes die Schuhe zu küssen. Rothfels, dem Konservativen im totalitären Zeitalter, ging es nach dem Paradigma des 20. Juli 1944 um den Widerstand gegen die „drohende Entseelung eines mechanistischen und säkularisierten Gesellschaftsapparates", und er war deshalb gleichermaßen gegen die Verherrlichung von Nation, Rasse und Klasse wie gegen die Vergötzung von Technik und Mammon gerichtet. Rothfels war eine Befassung mit Geschichte zutiefst unverständlich, die aus einer nur „gegenwärtigen Wirklichkeitswahrnehmung" heraus urteilt, und er plädierte daher für eine unnachsichtig allseitige Geschichtsreflexion, wie sie den Jahrzehnten danach mit ihrer Verwechslung von Geschichtswissenschaft mit Geschichtspolitik so fern gerückt ist. Geschichte war ihm jedenfalls alles andere als eine „Pappelallee" auf dem Weg zum Heil, schon gar nicht zu einem irdischen, sei es der Rasse oder Klasse, sei es sozialistischer oder liberaler Observanz. Natürlich hat man seit den 90er Jahren eine solche Position leichthändig in die Nähe der Nationalsozialisten zu rücken versucht.

Es ist ein Verdienst des Buches „Hans Rothfels – Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert" von Jan Eckel, daß es nicht in den Chor der Verurteilung von Rothfels als „Antidemokrat" (wie kürzlich noch in der Rezension des Buches in der „Zeit" behauptet) einstimmt, sondern ihn „im Erfahrungshorizont und Gedankenhaushalt seiner Zeit" (Hans-Ulrich Wehler) versteht und sein Bestreben würdigt, inmitten der Katastrophen und Diskontinuitäten des 20. Jahrhunderts in einem „affirmativen Verhältnis" zur deutschen Nationalgeschichte die Aufgabe positiver Deutung, Sinnstiftung und Traditionsbildung übernommen zu haben.

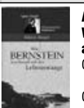
Als Angehöriger der Generation Rothfels' verhehlt der Verfasser zwar nicht seine Neigung zu einer „nationalkritischen" Geschichtsbetrachtung, aber er ist besonnen genug, den deutsch-jüdischen Historiker als konservativen „Vernunftsrepublikaner" zu würdigen und als Vertreter einer Geschichtswissenschaft, für die geistige Verantwortung für das Gemeinwesen noch zentraler und selbstverständlicher Antrieb war, ohne dabei von nationalistischer Enge bestimmt zu werden.

Auch diese „intellektuelle Biographie" kann sich jedenfalls der imponierenden Einheit des Werkes von Rothfels nicht entziehen, die sich dann noch einmal in den letzten 25 Jahren seines Wirkens in Tübingen so überzeugend bestätigte. *Klaus Hornung*

***Jan Eckel: „Hans Rothfels – Eine intellektuelle Biographie im 20. Jahrhundert"**, Wallstein Verlag, Göttingen 2005, 479 Seiten, 42 Euro*



Jean Ziegler
Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher
Die neuen Herrscher der Welt - die Beutejäger des globalisierten Finanzkapitals, die Barone der transkontinentalen Konzerne, die Börsenspekulanten - häufen ungeheure Vermögen an.
Mit ihrem Tun zerstören sie den Staat, verwüsten die Natur und entscheiden jeden Tag darüber, wer sterben muss und wer überleben darf. Willfährige, effiziente Verbündete stehen ihnen zu Diensten, allen voran die Funktionäre der Welthandelsorganisation, der Weltbank und des Weltwährungsfonds.
Geb., 320 Seiten **Best.-Nr.:2638, € 22,90**



Agnes Miegel
Wie Bernstein leuchtend auf der Lebenswaage
Gesammelte Balladen.
Geb., 254 Seiten **Best.-Nr.: 1310, € 12,95**



Wieder lieferbar - Nur bei uns!

Garniec
Schlösser und Gutshäuser im ehemaligen Ostpreußen
Katalog von erhalten gebliebenen Herrensitzen im ehemaligen Ostpreußen (polnischer Teil)
Geb., 397 Seiten **Best.-Nr.: 1120, € 29,00**



Robert Albinus
Königsberg Lexikon
Ein unentbehrliches Nachschlagewerk für alle, die Königsberg lieben und ihr Wissen über die Stadt und ihre Menschen vertiefen wollen.
Geb., 379 Seiten **Best.-Nr.: 1405, € 12,95**

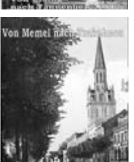


Hans Heinz Pollak
Verschleppt und Verschollen
Geschichte einer Deportation aus Ostpreußen.
Kart., 239 Seiten **Best.-Nr.: 4485, € 13,29**

CDs + DVDs



Von Elbing nach Tannenberg 1942, DVD
Die Fahrt beginnt in der Hansestadt und führt über Rosenberg, Deutsch Eylau, Preußisch Holland, Mohrungen, Osterode und Allenstein bis zum Tannenberg – Denkmal
Spieldauer 30 Min, s./w.
Best.-Nr.: 4473, € 19,00



Von Memel nach Trakehnen, DVD
Dieser Film zeigt Ihnen mit historischen Aufnahmen den Zauber der Landschaften Ostpreußens. Er lässt sie noch einmal die Urwüchsigkeit und Kraft der Trakehner Stuten und Hengste auf den Vorwerken, im Muttergestüt und in freier Wildbahn miterleben. 30 Min. s/w histor. Aufnahmen **Best.-Nr.: 4557, € 19,00**



Von Thorn zur Marienburg 1942, DVD
Die Perle Westpreußens in historischen Filmaufnehmen
Laufzeit: ca. 30 Min.
Best.-Nr.:4693, € 19,00



Agnes Miegel, CD
Gisela Limmer von Massow spricht Gedichte und Balladen von Agnes Miegel
Best.-Nr.: 1106, € 15,50



Zogen einst fünf wilde Schwäne, CD
24 Lieder aus Ostpreußen, Aus dem Inhalt: Ännchen von Tharau, Die Erde braucht Regen, Sag, wohin fährst du, Abends treten Elche aus den Dünen, u.v.m
Best.-Nr.: 1424, € 15,90

Buch der Woche

Frank Schirrmacher
Minimum

Vom Vergehen und Neuentstehen unserer Gemeinschaft



Zu den knappen Rohstoffen der Zukunft wird etwas gehören, das man nicht sparen kann: soziale Bindungen. Eine wachsende Zahl von Kindern wird in ihrer eigenen Generation wenige oder gar keine Blutsverwandte mehr haben. Damit werden unsere sozialen Beziehungen als Folge der Schrumpfung unserer Gesellschaft und vielfältiger Globalisierungseffekte großen Belastungen ausgesetzt sein. Denn das private Versorgungsnetz innerhalb der Familie wird es so nicht mehr geben. Wir werden gezwungen sein, unser alltägliches Zusammenleben von Grund auf neu zu organisieren. Nach Ansicht des Autors werden Frauen dabei eine alles entscheidende Rolle spielen.
Frank Schirrmacher, geboren 1959, Studium in Heidelberg und Cambridge, Promotion. Seit 1994 einer der Herausgeber der "FAZ". Dort auch zuständig für das Ressort Natur und Wissenschaft. Zahlreiche Fachpublikationen. Der Autor lebt in Frankfurt am Main.
2006, Geb., 250 Seiten Best.-Nr.: 5344, € 16,00



Detlev Cramer
Geschichten einer Gefangenschaft
In erschütternd nüchterner Sprache erzählt Detlev Cramer, wie er nach dem Zweiten Weltkrieg 42 Monate Kriegsgefangenschaft in sowjetischen Lagern überlebte.
Geb., 132 Seiten
Best.-Nr.: 2474, € 14,80

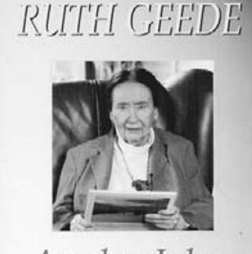


Marianne Kopp
Agnes Miegel - Biographie
Leben und Werk.
Kart., 127 Seiten **Best.-Nr: 3476, € 6,95**



Bernstein, CD
Lieder für Ostpreußen
1. Nach der Heimat zieht 's mich wieder 3:42 Min
2. Traumreise 3:53 Min
3. Annas Flucht 4:02 Min
4. Reiterlied 1:57 Min
5. Vaters Heimat 3:38 Min
6. Masurenlied 4:27 Min
7. Lied der Ostpreußen 2:02 Min **Best.-Nr.:1376, € 14,94**

Ruth Geede – Mutter der ostpreußischen Familie





Neu! Nur bei uns!

Ruth Geede
Aus dem Leben einer Ostpreußin

Ruth Geede erzählt aus Ihrem Leben:
Kindheit und Jugend, Beginn der schriftstellerischen Tätigkeit, Flucht aus Königsberg, Neubeginn nach Kriegsende
Ruth Geede wurde 1916 in Königsberg geboren und veröffentlichte bereits 1934 Märchen und Erzählungen in Zeitschriften, sowie erste Rundfunkbeiträge für den Reichssender Königsberg. Es folgten bald plattdeutsche Sagen und Erzählungen, Dramen und Lustspiele. Sie leitete 40 Jahre die Redaktion eines niedersächsischen Zeitungsverlages in Hamburg. Außerdem ist sie Mitarbeiterin der ersten Stunde beim Ostpreußenblatt / Preußische Allgemeine Zeitung und hat zahlreiche Bücher veröffentlicht, sehr viele zu Ostpreußen, aber auch Reiseführer, Kochbücher und Chroniken.Ruth Geede lebt in Hamburg und wünscht sich, noch recht lange schreiben zu dürfen. Sie ist Trägerin des Preußenschildes und des Bundesverdienstkreuzes.
Laufzeit: ca. 90 Min.



Als VHS-Video: Best.-Nr.: 5324, € 14,95
Als DVD: Best.-Nr.: 5325, € 14,95



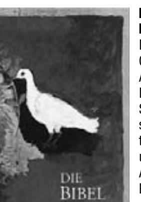
Volker Neuhaus
Schnellkurs Bibel
Wann ist die Bibel entstanden und wie alt ist das Alte Testament? Wer waren die Männer, die uns im Neuen Testament ihre unterschiedlichen Versionen vom Leben und Wirken Jesu hinterlassen haben? „Schnellkurs Bibel" stellt das heilige Buch des Christentums nach den neuesten Forschungsergebnissen vor - einerseits in seiner historischen Entstehung, aber auch in seinem theologischen Anspruch.
Geb., 191 Seiten, mit zahlr. meist farb. Abb.; 20 cm
Best.-Nr.: 5345, € 14,90



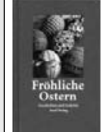


Christian Nürnberger
Die Bibel
Der Autor erzählt in diesem Buch die wichtigsten Geschichten des Alten und des Neuen Testaments und erklärt, worin die revolutionäre Botschaft des biblischen Geschehens liegt, damals und heute, für Christen und Nichtchristen zugleich.
Eine ebenso anschauliche wie unterhaltsame Einführung in den Klassiker namens Bibel - lebensnah und überraschend aktuell.
Geb., 222 Seiten, 22 cm **Best.-Nr.: 5346, € 15,90**

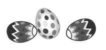
Hubertus Halbfas
Die Bibel
Das einzigartige Werk entwirft ein tiefenscharfes Bild der Bibel, das mehrfach hinter den Text zurückführt.
Es bietet Kennern wie Neugierigen, die dieses Buch der Menschheit verstehen wollen, eine aspektreiche und klare Orientierung.
Ein großes Leseerlebnis!
Geb., 599 Seiten mit zahlr. meist farb. Abb. u. Ktn.; 26,5 cm
Best.-Nr.: 5347, € 58,00



Rosina Wachtmeister
Die Bibel
Die schönsten Texte im Großdruck
Altes und Neues Testament
Diese Ausgabe der Heiligen Schrift enthält die wichtigsten und schönsten Bibeltexte: die Vätererzählungen und Psalmen aus dem Alten Testament sowie die Evangelien, die Apostelgeschichte und die Briefe aus dem Neuen Testament. Die besonders handliche und lesefreundliche Ausstattung sowie die eindrucksvollen Bilder von Rosina Wachtmeister machen diese Bibel zu einem wunderschönen Geschenk.
Geb., 376 Seiten, mit 9 Ktn., 20 Farbillustr., 25, cm
Best.-Nr.: 5356, € 29,90



Peter Wenzel
Fröhliche Ostern
Geschichten und Gedichte
Walter Benjamin macht sich in einer „Kleinen Versteck-Lehre" Gedanken über die besondere Kunst des Ostereierversteckens. Joachim Ringelnatz wartet mit einem rätselhaften Ostermärchen auf und Erich Kästner entlarvt den Osterhasen.
Die schönsten Geschichten und Gedichte rund um das Osterfest sind in diesem Band versammelt. Mit Texten u. a. von Johann Wolfgang Goethe, Rainer Maria Rilke, Theodor Storm, Eduard Mörike, Peter Huchel und Eugen Roth.
Geb, 140 Seiten, 18 cm **Best.-Nr.: 5348, € 7,00**





Volker Held
Osterspaziergang
Geschichten und Gedichte zum Osterfest
„Vom Eise befreit sind Strom und Bäche" - Begleiten Sie uns auf einen Spaziergang durch die frühlingshafte Osterwelt mit den schönsten Geschichten und Gedichten!
Geb., 252 Seiten, 16 cm
Best.-Nr.: 5357, € 10,00



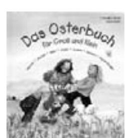
Fritz Koch-Gotha
Die Häschenschule
Die heiteren Verse des Kinderbuchautors Albert Sixtus (1892-1960) und die liebevollen, detailreichen Bilder des Illustrators Fritz Koch-Gotha (1877-1956) machen dieses Bilderbuch seit seiner Veröffentlichung im Jahre 1924 zu dem Klassiker der deutschen Kinderliteratur.
Geb., mit zahlr. bunten Bildern, 21 cm
Best.-Nr.: 3200 € 8,90



Jürgen Fliege liest die Bibel; 1 Audio-CD
Die Ostergeschichte
Nach Matthäus, revidierte Luther-Fassung von 1912
68 Min.
Best.-Nr.: 5349, € 16,00



Holst/Kutzer
Ein frohes Fest im Hasennest
Ein lustiges Osterhasenbuch
Der Osterhase feiert sein Jubiläum und übergibt sein Amt an seinen Sohn. Zum Fest kommen die unterschiedlichsten Gratulanten aus Wald und Flur!
Geb., mit zahlr. bunten Bildern, 21 cm
Best.-Nr.: 5359, € 8,90



Möres/Mohr
Das Osterbuch für Groß und Klein
Dieses bunte Buch bringt Abwechslung und Gemeinschaft in die Zeit zwischen Karneval und Ostern. Zu den Themen Fastnacht, Fastenzeit, Palmsonntag, Karwoche und Ostern gibt es Sachinformationen, Rätsel- und Bastelseiten, Lieder, Gedichte, Brauchtumsinformationen und Backideen.
Geb., 61 Seiten mit zahlr. bunten Bildern, 25 cm
Best.-Nr.: 5358, € 12,90



Herbert Reinoß (Hrsg.)
Letzte Tage in Ostpreußen Erinnerungen an Flucht und Vertreibung
Geb., 335 Seiten
Best.-Nr.: 1696, € 9,95



Hedwig Rau
Meine Jugendzeit am Lasmiadensee
Erinnerungen einer Ostpreußin, Kart.,45
Best.-Nr.: 1226, € 6,00



Günther Daum
Unser Herrgott durch Ostpreußen geht
Eine Ode an sein geliebtes Ostpreußen, Geb, 99 Seiten
Best.-Nr.: 2439, € 10,00



Frieda Koschorreck
Zerbrechliches Glück
Das schwere Schicksal einer Ostpreußin während des Krieges und der Nachkriegszeit.
Kart., 80 Seiten, 1 Foto
Best.-Nr.: 2620, € 6,00

Besuchen Sie uns im Internet: www.preussischer-mediendienst.de

Bitte Bestellschein ausfüllen und senden an: PREUSSISCHER MEDIENDIENST
Parkallee 86 · 20144 Hamburg · Telefax 040 / 41 40 08 58 · Telefon 040 / 41 40 08 27
E-Mail: info@preussischer-mediendienst.de · Internet: www.preussischer-mediendienst.de

Best.-Nr.	Menge	Titel	Preis

Lieferung gegen Rechnung, Versandkostenpauschale € 4, / Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, CDs, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

☐ Bitte senden Sie mir den aktuellen Katalog zu.

Vorname: Name:
Straße, Nr.:
PLZ, Ort: Telefon:

MELDUNGEN

Verfolgte Christen: SWR stoppt Film

Baden-Baden – Der Südwestrundfunk (SWR) hat einen Fernsehbeitrag über die Verfolgung von Christen in Bethlehem zurückgezogen, um Informanten nicht zu gefährden. Wie der Sender laut der Nachrichtenagentur „Idea“ mitteilte, berichtet der für den 12. März geplante Film über Mord, Landraub, Vergewaltigung und Gewalttaten auf offener Straße, denen Christen in den Palästinensergebieten von radikalislamischer Seite seit zehn Jahren ausgesetzt seien. Der Appell eines christlichen TV-Journalisten in Bethlehem an Palästinenserpräsident Mahmud Abbas, gegen die Übergriffe vorzugehen, sei unbeantwortet geblieben. Den Beitrag auszustrahlen hätte einige der zu Wort gekommenen Zeugen in ernste Gefahr bringen können, so SWR-Fernsehdirektor Bernhard Niellessen.

USA sperren Deutsche aus

New York – Wegen des heftigen Widerstands der USA darf Deutschland nur eingeschränkt an den Beratungen der fünf ständigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats zur iranischen Atompolitik teilnehmen. Kanzlerin Merkel hatte US-Präsident Bush zwar die Zusage abgerungen, daß Deutschland an den Sitzungen beteiligt werde. Der amerikanische UN-Botschafter John Bolton verweigerte dann aber seinem deutschen Kollegen Gunter Pleuger den Zutritt. Die Textentwürfe der deutsch-französisch-britischen Dreiergruppe nannte Bolton hartnäckig „britisch-französisch“.

ZUR PERSON

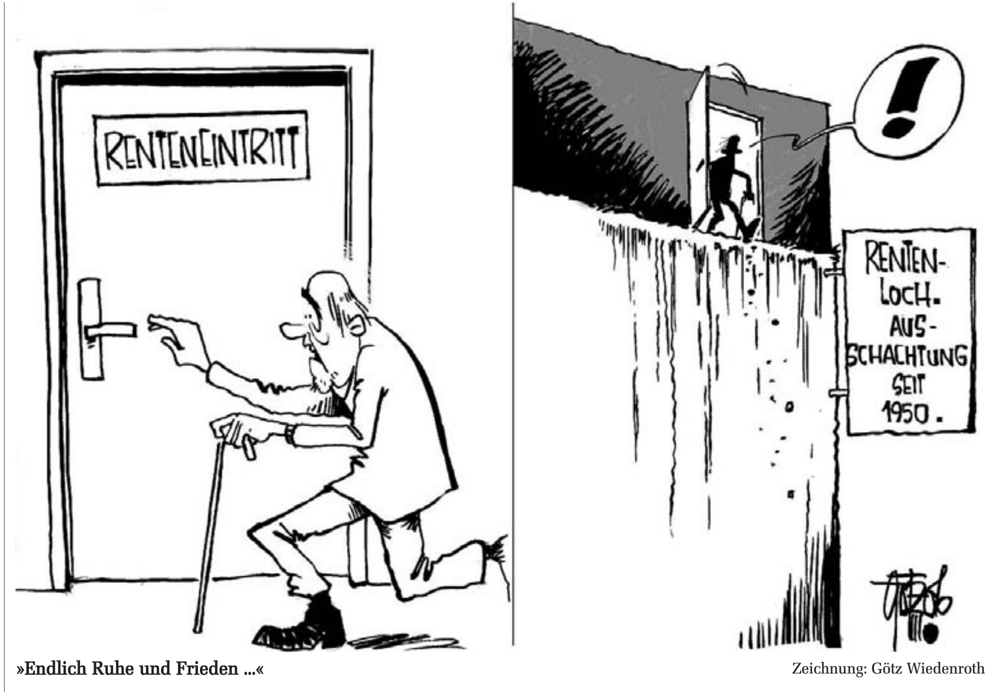
Flucht nach vorn



Sie könne „keine seriöse Außenpolitik mehr betreiben“ und müsse daher zurücktreten, verkündet **Laila Freivalds** (63), bis vergangenen Dienstag schwedische Außenministerin. Grund ihres Rücktritts: Sie war entgegen früherer Angaben an einer Regierungsinitiative zur Schließung einer Internet-Seite beteiligt. Soviel politische Kultur mögen Deutsche auf den ersten Blick angesichts der Vergangenheit ihres Ex-Außenministers Fischer vermissen – er sagt derzeit zu seiner Straßenkämpfervergangenheit als Zeuge aus.

Doch die Stockholmer Affäre hat einen besonders peinlichen Beigeschmack, der in Freivalds Biographie begründet ist: Die lettisch-stämmige Juristin war einst selbst vor politischer Unfreiheit mit ihrer Familie nach Schweden geflohen und wurde nun gegen besagte Seite aktiv, weil diese von der Meinungsfreiheit Gebrauch gemacht hatte: Der Internetauftritt hatte dänische Mohammed-Karikaturen gezeigt.

Der Karikaturen-Streit schwelt indes weiter. Der dänische Arla-Lebensmittelkonzern „entschuldigte“ sich in Anzeigen bei moslemischen Kunden, die britische Regierung kritisiert Kopenhagen, weil es „Anfragen“ von Moslem-Staaten ignoriert habe. *SV*



»Endlich Ruhe und Frieden ...« Zeichnung: Götz Wiedenroth

Im Grundsatz einig

Die schwarz-roten Phantasien für neue Steuern stehen in voller Blüte, denn Karlsruhe hat endlich den letzten Damm gesprengt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Daß sich Volk und Führung in Deutschland einander entfremden, hat einen simplen Grund: Man versteht sich einfach nicht, weil manche Wörter, die wir achtlos jeden Tag so hinwerfen, auf Volksdeutsch eine völlig andere Bedeutung haben als auf Politikerdeutsch.

Spricht der gewöhnliche Straßengermane beispielsweise von den „Rentenlöchern“, dann sieht er vor seinem inneren Auge das große Nichts, das wie in Michael Endes schöner Erzählung „Die unendliche Geschichte“ die Märchenwelt seiner Ruhestandsphantasien verschlingt.

Und er meint, die Parteien sähen genau das Gleiche und hätten längst nach dem Helden geschickt, der alles wendet – oder ihm, dem kleinen Beitragszahler, wenigstens so etwas besorgt wie die Rennschnecke, auf der sich in Endes Saga der Waldzwerg vor dem Nichts in Sicherheit bringt.

Doch Politiker haben, wie uns zu dämmern beginnt, etwas ganz anderes im Blick, wenn ihnen vor den besagten Rentenlöchern graust. Sie sehen überall nur die kleinen, noch unverstopften Schlupflöcher, durch die der findige Versicherte seine Rente vorbei am Staatssäckel in die eigene Tasche schmuggelt. Das Märchenland der Politik ist umschlossen von einem Gehölz so dicht wie Dornröschens Hecke, in der jeder Beitragscent hängen bleibt bis auf eine vom Staat huldvoll gewährte „Grundsicherung“.

Der Respekt, den die Politiker ihren Bürgern entgegenbringen ist dabei weit höher als der umgekehrte. In den Ministerien, Parteivorständen und Kommissionen billigt man den Menschen im Land durchaus eine gewisse Restschläue zu und geht daher sorgsam und geschickt vor.

Bis heute säuseln die Politiker, wie die Flüstermaschinen in Aldous Huxleys "Schöner neuer Welt“, den Bürgern ins Ohr, sie müßten sich privat oder betrieblich zusatzversichern, sonst gäb's was mit der Balalaika. Hübsche Steuervorteile wurden in die Fenster gehängt und luden zum Eintritt ein. Wer hineinging in die „Betriebliche“ sieht sich nun elegant in die Falle gelockt: Die Steuerfreiheit seiner Beiträge fällt ab 2009 flach und sobald er ins Rentenalter kommt, halten die gesetzlichen Krankenkassen die klebrige Hand auf: voller Beitragssatz. Die Kassen beteuern ihre Unschuld, sie bräuchten das Geld, die Kosten stiegen ja immer höher. Das tun sie tatsächlich. Immerhin will die stolze Zahl von 253 deutschen Krankenkassen mit ihren Apparaten und Vorständen erst einmal versorgt sein, bis am Schluß die praxisgebührpflichtigen Nassauer abkriegen, was übrigbleibt.

Lebensversicherungen, die am Tage der Verrentung in einem Zug ausbezahlt werden, sind ein richtiger Leckerbissen für die gesetzlichen Kassen. Sie sind beitragspflichtig wie normales Einkommen. Die Beiträge müssen über zehn Jahre abgestottert werden. Da kommen schnell mehrere zehntausend Euro zusammen.

> Sterben hilft auch nicht mehr: Sogar Tote zahlen noch zehn weitere Jahre lang Kassenbeiträge

Wegen besagter Restschläue der Bürger müssen sich Politiker allerdings stets neue Schliche einfallen lassen. Findige Neurentner desertieren nur wenige Tage vor dem Beginn des Ruhestandes von der gesetzlichen Kasse zu einer privaten und entziehen sich auf diese Weise hinterrücks der Plünderung. Gesundheitsministerin Ulla Schmidt hatte schlaflose Nächte über die Abzockflüchtigen und knirschte vernehmlich mit den Zähnen. Eines Morgens wurde ihr klar, daß hier nur noch die radikale Lösung hilft: Das ganze private Kassenunwesen will sie nun abschaffen, damit keiner mehr entwischen kann. Wenn sie das schafft, kann sie sich über weitere Milliarden freuen.

Damit hat Schmidt echte Staatsmannqualitäten gezeigt, denn sie verfährt mit den Deutschen nach dem weisen Muster „Herrsche und teile!“, mit dem schon die alten Römer und die Briten ihre unterworfenen Völker in Schach hielten. Das funktioniert so: Zunächst wird nur ein bestimmter Stamm oder Bevölkerungsteil geschröpft, damit die Proteste kontrollierbar bleiben, weil die anderen, die Unbetroffenen, das ja nicht schert. Wenig später „entdeckt“ man, daß das eigentlich sozial ungerecht ist und zieht auch die bislang Unbehelligten ab. Dabei kann Ulla Schmidt sogar noch auf die Schadenfreude der Erstgeschröpften über die Zweitgeschröpften bauen.

Ein Problem bleiben die Republikflüchtlinge, die sich mit Sack und Pack und Rentenansprüchen ins Ausland absetzen, wo sie nach dortigem Recht – und daher oft sehr viel günstiger – besteuert werden. Wegen der künftigen „nachgelagerten“ Besteuerung der Altersbezüge könnten das bald sehr viele sein, bibbert Berlin. In alle Himmelsrichtungen versucht die Bundesregierung daher, Auslieferungsabkommen ... Verzeihung: Besteuerungsabkommen mit den Asylländern zuwege zu bringen, um auch dieses Loch in der Dornenhecke dichtzukriegen.

Ein erster Anlauf, den Verrätern wenigstens die kompletten Riesterrentenzuschüsse wegzukonfiszieren, ist leider an der EU-Kommission gescheitert. Dort sitzen schließlich die Vertreter einiger Länder, denen nichts gelegener kommt als viele, gutbetuchte deutsche Rentner, die ihr Geld mitbringen. Spanien etwa würde liebend gern alle seine grölenden, saufenden, aber chronisch klammen deutschen Pauschalproleten gegen eine sanfte Schar ruhiger, reicher und zivilisierter Graugermanen eintauschen. Warum sollte ein spanischer EU-Kommissar Berlin dabei behilflich sein, das zu verhindern? Soweit geht die europäische Solidarität denn auch wieder nicht.

Einen weiteren, scheinbar naheliegenden Fluchtweg konnte die Bundesregierung indes versperren, den in den Tod nämlich: Auch wer gleich nach Beginn des Ruhestandes den Geist vom Körper trennt, hat keine Chance: Aus seinem Nachlaß müssen zehn Jahre lang Kassenbeiträge auf die Lebensversicherung abgeführt werden. Kritiker dieser Regelung haken spitz nach, welche Gesundheitskosten der Verblichene denn noch verursache, für die hier bezahlt werden muß. Als wenn es darum ginge! Eines Tages werden wir nur noch Beiträge abführen und die Arztrechnung trotzdem ganz allein tragen. Das Geld braucht „die Gesellschaft“ nicht für unsere Zipperlein, sondern für „Zukunftsaufgaben“.

Wenn schon auf die europäischen Partner kein Verlaß ist, so doch wenigstens auf die deutsche Rechtsprechung. Vorvergangenen Donnerstag hat das Bundesverfassungsgericht den sogenannten „Halbteilungsgrundsatz“ von 1995 gekippt, nach dem der Staat höchstens 50 Prozent der Erträge eines Steuerpflichtigen eintreiben darf. Seitdem steht die Steuererhöhungsphantasie der Schwarz-Roten in voller Blütenpracht: Reichensteuer, mehr Erbschaftsteuer, Vermögensteuer und, und, und. Karlsruhe hat den Damm gesprengt, jetzt können wir endlich den ganzen See ablassen!

Ärgerlich bleibt, daß es die Vermögensteuer nur in acht der 30 führenden Industrieländer gibt und das von den acht im Moment fünf dabei sind, diese Abgabe langsam abzuschaffen. Schlimm und sehr unsolidarisch, denn Kapital ist noch fluchtsüchtiger als wohlhabende Rentner.

Das Ausland, da wo die Heuschrecken hausen, ist eine Plage. Es ist halt viel einfacher, in einem wohlgeordneten Staatswesen unter sich zu verhandeln, wo man immer zu „einem guten und für alle Seiten tragbaren Ergebnis“ kommt, weil sich alle Verhandlungspartner kennen und schätzen.

So wurde Deutschland zum Land des Ausgleichs, wo sich die Gewerkschaft Ver.di (auf der Arbeitnehmerseite) mit den Ver.di-Mitgliedern Kurt Beck und Ralf Stegner (auf der Arbeitgeberseite) schnell darauf hätten einigen können, wieviel Geld der Steuerzahler es diesmal sein darf. Ja, „hätten“ – wenn nicht dieser gewerkschaftslose Niedersachse dazwischengekommen wäre, um den Konsens zu stören. Aber das ist Ländersache. Auf Bundesebene verraten die entspannten Gesichter von Angela Merkel und Franz Müntefering, daß man sich – wie heißt das immer? – „im Grundsatz einig ist“.

ZITATE

*Der **französische** Publizist Michel Gurfinkiel malt in der „Welt“ vom 16. März ein **düsteres** Bild von der **Zukunft seiner Heimat**:*

„Ich glaube, daß die französische Nation in 20 Jahren dem Libanon oder Malaysia sehr ähnlich sein wird. Ob dies zur Gründung einer islamischen Republik in Frankreich führt, wie manche Leute befürchten, wage ich nicht zu sagen. Doch wird sich der Druck erhöhen, moslemisches Regelwerk in das französische Gesetzeswerk aufzunehmen.“

*Für das „Hamburger Abendblatt“ vom 20. März ist die **US-Irakpolitik verzweifelt** in die Klemme geraten:*

„Die Amerikaner befinden sich in einem furchtbaren Dilemma. Sie können angesichts des alltäglichen Terrors, von Zehntausenden zivilen Toten und des Ausblutens ihrer Armee eigentlich nicht bleiben. Aber sie können auch nicht vorzeitig abziehen, weil der Irak sonst gänzlich zum Schlachtfeld eines Bürgerkrieges und danach wieder der Tyrannei zum Opfer fallen würde.“

*Der Chef der Jungen Union, Philipp Mißfelder, beklagt im Interview mit der „Welt“ vom 21. März den **Tarifvertrag im Öffentlichen Dienst** als Ausdruck von **Generationenungerechtigkeit**:*

„Bei den aktuellen Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst gibt es Vereinbarungen, nach denen junge Leute längere Wochenarbeitszeiten akzeptieren müssen, während für ihre älteren Kollegen alles so bleibt, wie es ist. Mit anderen Worten: Junge Berufseinsteiger, die zu einem späteren Zeitpunkt eine geringere Rente erhalten werden, sollen nun Woche für Woche auch noch länger arbeiten.“

Zu neuen Ufern

Ist's wirklich oder bloß Roman?
Das Thema würde passen:
Im Tode selbst kann Slobodan
auf Handke sich verlassen!

Der Barde, nibelungentreu,
hielt Rede beim Begräbnis
und las dem Rest der Welt aufs neu'
Leviten – ein Erlebnis.

Ihr fragt euch, was die zwei verband?
Was mochte sie bewegen?
War's Torheit oder war's Verstand?
Woran ist's wohl gelegen?

Na, am Nobelpreis lag es klar:
Verweigert blieb er denen!
Und weil's wohl aus Rassismus war,
vereinte sie ihr Leiden.

Verwaist muß jetzt der Literat
nach neuen Ufern sehen –
ich wüßte was, und in der Tat,
er wird mich gleich verstehen:

An allen Seiten eingekreist
von Alt- und Neu-Faschisten
regiert ein Mann in strengem Geist –
bisher mit Einheitslisten.

Doch wird er neuerdings gequält
von Widerspenstigkeiten –
es wäre sicher nicht verfehlt,
ab nun für ihn zu streiten.

Drum auf nach Minsk als Hofpoet!
Grad weil die andern hetzen,
wird solche Solidarität
man dort besonders schätzen!

Pannonicus